

Öffentliche Räume im Zentrum der Städte

Nutzung, Bedeutung und Entwicklung

Ein Forschungsprojekt im
Auftrag des vhw e. V.



Inhalt

Vorwort des vhw	1
Einführung & Überblick	2
A Zentrale öffentliche Räume in zehn Städten Herausforderungen, Strategien, Erfahrungen – aus kommunaler Perspektive	4
B Der Marktplatz in Mannheim Bedeutung, Nutzung, Handlungsbedarf – eine multiperspektivische Fallstudie	21
C Lärm, Littering & Co Ergebnisse eines Werkstattgesprächs	32
D Lessons learned Anmerkungen zur Auseinandersetzung mit öffentlichen Räumen – in Theorie und Praxis	37
Anhang	55
Literatur	58

Vorwort des vhw

Mit der vorliegenden Publikation „Öffentliche Räume im Zentrum der Städte“ vervollständigt Prof. Dr. Klaus Selle und sein Team der RWTH Aachen ihre derzeitige konzeptionelle und empirische Grundlagenforschung zu den öffentlichen Räumen in den Städten, die sie in den letzten Jahren im Auftrag des vhw – Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung erarbeitet und veröffentlicht haben. Die Studie ist konzeptionell eingebettet in die stadträumlichen und quartiersbezogenen Forschungsaktivitäten des vhw, insbesondere zu Fragen der sozialen Kohäsion im Kontext der Stadt- und Quartiersentwicklung unter den Bedingungen einer zunehmenden gesellschaftlichen Vielfalt.

Das erste Gutachten »Öffentliche Räume in stadtsocietärlieh vielfältigen Quartieren« aus dem Jahr 2017, bereits als vhw-Schriftenreihe Nr. 7 veröffentlicht, widmete sich vor allem jenen öffentlichen Räumen in den Quartieren, die von einer Vielzahl von Begegnungen, Nutzungen, Belastungen und potentiellen gesellschaftlichen Konflikten geprägt sind und aufgrund dessen alltäglich ein erhebliches Maß an oft als selbstverständlich erachteten Leistungen zu erbringen haben.

Im Mittelpunkt des Gutachtens stand dabei die methodisch und empirisch untersuchte Frage, welche Instrumente überhaupt für eine tragfähige sozial- und milieuräumliche Analyse von öffentlichen Räumen zur Verfügung stehen, und ob sich diese – im Sinne einer »Annäherung an die Wirklichkeit« auf dem empirischen Felde bewähren können. Als Ergebnis aus diesem komplexen Forschungsprozess konnte von den Gutachterinnen und Gutachtern ein hybrides Instrumentarium aus teilnehmender Beobachtung, Mental Mapping, Expertengesprächen und Nutzerinterviews vorgelegt werden, das mit Blick auf die gestellten Leitfragen erfolgreich angewendet werden konnte und abschließend umfassend dokumentiert wurde.

Nachdem damit für die weiterführende Forschung nicht nur ein fundierter Einstieg in die Thematik öffentlicher Räume, sondern auch ein fundiertes Instrumentarium zur Bearbeitung geschaffen werden konnten, war es dem vhw ein besonderes Anliegen, ein Folgegutachten in Auftrag zu geben. Dieses sollte sich vertiefend mit den Herausforderungen, Strategien und Erfahrungen im Umgang mit den öffentlichen Räumen (im Zentrum) der Städte befassen und die Ergebnisse mithilfe eines ausführlich betrachteten Fallbeispiels empirisch unterfüttern. Besonders wichtig war es dabei den Autorinnen und Autoren sowie dem vhw, die Probleme und konkreten Herausforderungen im Umgang mit den öffentlichen Stadträumen deutlich herauszuarbeiten und abschließend in konkrete Handlungsempfehlungen münden zu lassen.

Unser besonderer Dank für die fruchtbare Zusammenarbeit bei der Erarbeitung der hiermit vorgelegten und der Fachöffentlichkeit zugänglich gemachten Studie gilt an dieser Stelle erneut allen Unterstützern der Studie in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft der beteiligten Städte sowie den Bearbeitern des Gutachtens, Prof. Dr. Klaus Selle und seinen engagierten Mitstreiterinnen und Mitstreitern.

Dr. Thomas Kuder, vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Berlin, Juni 2019

Einführung & Überblick

Seit alters her wird öffentlichen Räumen im Zentrum der Städte besondere Bedeutung beigemessen: Sie prägen das Bild der Stadt, sind Ausdruck stadtgesellschaftlichen Lebens, bieten vielfältigen Aktivitäten eine Bühne, gelten als wichtige Sphären politischer Präsentation und Auseinandersetzung und sind nicht zuletzt hochsensibles Handlungsfeld lokaler Planung und Politik. Aber sie sind – möglicherweise gerade wegen ihrer hervorgehobenen Bedeutung – nicht frei von Konflikten. Diese können aus Umgestaltungsabsichten ebenso resultieren wie aus Nutzungskonflikten unterschiedlicher Art.

Mit dem Projekt »Öffentliche Räume im Zentrum der Städte« werden verschiedene, auf diese besonderen Orte in der Stadt gerichtete Untersuchungsziele in einem Forschungskonzept gebündelt – und dabei auch an Fragestellungen angeknüpft, die im Vorgängerprojekt (»Öffentliche Räume in stadtgesellschaftlich vielfältigen Quartieren«) bereits behandelt wurden (vgl. Fugmann u. a. 2017).

Wie bereits zuvor liegt auch dieser Studie ein umfassendes Verständnis des Untersuchungsgegenstandes zugrunde: Als öffentlicher Raum wird die Gesamtheit aller Flächen in einem Gemeindegebiet bezeichnet, die für die Allgemeinheit zugänglich sind. Der nun titelgebende Zusatz »im Zentrum der Städte« ist hierbei bewusst offen gehalten und kann sich sowohl auf die geografische Lage als auch auf ihre Bedeutung für die Städte beziehen. Letztlich geht es erneut auch um Orte, an denen die Begegnung der verschiedenen Teile der Stadtgesellschaft besonders wahrscheinlich ist.

Vor diesem Hintergrund war es Ziel des Projekts,

- die vordringlichen Fragen und Probleme zu identifizieren, mit denen Städte in Bezug auf ihre zentralen, öffentlich nutzbaren Stadträume konfrontiert sind,
- nach Ursachen, Handlungsmöglichkeiten und negativen wie positiven Erfahrungen im Umgang mit diesen Herausforderungen zu fragen und
- die Nutzung und Wahrnehmung zentraler Räume – aus unterschiedlichen Perspektiven – in den Blick zu nehmen.

In der ersten Phase der Untersuchungen, über deren Ergebnisse hier im Querschnitt berichtet wird (Abschnitt A), wurden Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Fachbereiche kommunaler Verwaltung in zehn deutschen Städten durchgeführt. Gefragt wurde nach Bedeutung und Nutzung der als »zentral« angesehenen öffentlichen Räumen, nach Problemen, Konflikten und Handlungsbedarfen und selbstverständlich auch nach Problemlösungswegen und den mit ihnen gewonnenen Erfahrungen. Die Interviews wurden vorbereitet und durch Materialrecherchen, insbesondere zur Medienberichterstattung sowie durch Erkundungen vor Ort ergänzt.

In der zweiten Phase der Erhebungen (Kurzbericht in Abschnitt B) stand ein konkreter, zentraler Stadtraum im Mittelpunkt: Der Marktplatz in Mannheim hatte sich bereits in der ersten Projektphase als für die weitere Untersuchung besonders geeignet herausgestellt. In dieser Fallstudie wurde durch Raumbesichtigungen und Befragungen exemplarisch untersucht, wie zentrale Stadträume wahrgenommen und bewertet werden, wer sie (nicht) nutzt und welche Arten von Begegnung stattfinden. Diese

Fallstudienarbeit bot damit sowohl die Möglichkeit, Erkenntnisse aus der ersten Phase zu überprüfen, wie auch an zentrale Fragestellungen des Vorläuferprojekts unmittelbar anzuknüpfen.

Zentrale Befunde aus den Untersuchungen – insbesondere zu bisher in der allgemeinen Fachliteratur zu öffentlichen Räumen wenig behandelten Themen – wurden im Herbst 2018 im Rahmen eines Werkstattgesprächs auf den Prüfstand gestellt. Über Einschätzungen und Konsequenzen wird in Abschnitt C berichtet.

»Lessons learned« lautet der Titel des letzten Abschnitts (D) dieser Publikation. Mit diesem Begriff aus dem Projektmanagement wird das Verdichten von Erfahrungen, die im Zuge der Durchführung eines Vorhabens gewonnen wurden, bezeichnet. Es geht dabei also nicht um die eigentlichen Ergebnisse, sondern um das, was bei deren Verfertigung auffiel – und für mögliche zukünftige Projekte ähnlicher Art bedeutsam sein könnte. Dies geschieht hier in Form von vierzehn Anmerkungen zur theoretischen wie praktischen Auseinandersetzung mit öffentlichen Räumen.

Zum Schluss möchten wir sehr herzlich allen denen danken, die unsere Arbeit auf vielerlei Weise unterstützten – indem sie sich Zeit für ausführliche Interviews nahmen, uns Materialien zur Verfügung stellten und Hinweise gaben, vor Ort für Gespräche und Befragungen zur Verfügung standen, an Werkstattgesprächen mitwirkten und den fast zweijährigen Forschungsprozess konstruktiv begleiteten.

Für das ganze Team
Ronja Klopmeier und Klaus Selle
Juni 2019



Abb. 1: Veröffentlichung Vorgängerprojekt, März 2017

A | Zentrale öffentliche Räume in zehn Städten

Herausforderungen, Strategien, Erfahrungen – aus kommunaler Perspektive

1 | Einführung

Im Rahmen einer Untersuchung zum Handlungsbedarf aus Sicht der Praxis wurden in zehn Kommunen Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Fachbereiche der kommunalen Verwaltung bzw. kommunaler Betriebe durchgeführt. In diesen Interviews ging es darum,

- die aus Sicht der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zentralen öffentlich nutzbaren Räume zu erfassen,
- deren Bedeutung (warum sind sie wichtig?) und Nutzung (wer nutzt sie vorrangig, wer nicht?) zu erfragen,
- Probleme, Konflikte und Handlungsbedarf aus Sicht der Kommune zu identifizieren. Dabei richtete sich unser Blick sowohl auf Nutzungs- und Nutzerkonflikte (Konkurrenzen, Übernutzung, unerwünschte Nutzergruppen etc. pp.) als auch auf Konflikte, die mit Planung, (baulicher) Entwicklung bzw. Pflege und Unterhalt der Räume im Zusammenhang stehen oder aus unzureichenden Rahmenbedingungen (personelle, finanzielle Ressourcen etc.) resultieren,

- bisherige Erfahrungen mit Lösungsansätzen (also durchaus auch Positivbeispiele) kennenzulernen. In diesem Zusammenhang ist (auch) von Bedeutung, welche Rolle kooperative Handlungsansätze (also die aktive Einbeziehung nichtkommunaler Akteure) hierbei spielten.

Folgende Städte (bzw. Stadtbezirke) wurden in die Untersuchung mit einbezogen:

- Aachen (Pretest)
- Berlin-Neukölln
- Essen
- Hamburg
- Hamm
- Kiel
- Ludwigsburg
- Mannheim
- München
- Offenbach

Ihre Auswahl ergab sich vor allem durch die Mitgliedschaft dieser Gemeinden im Städtenetzwerk des vhw. Auf eine entsprechende Anfrage hin teilten sie Interesse und Mitwirkungsbereitschaft mit und wurden danach unmittelbar vom Forschungsteam kontaktiert, um nächste Schritte zu vereinbaren.

Selbstverständlich ist diese Auswahl von Kommunen nicht für alle Städte Deutschlands repräsentativ. Dazu ist die Verteilung über alle Regionen, Größenklassen und Entwicklungsdynamiken (und was mögliche Kriterien mehr sein könnten) zu unregelmäßig.

Aber wir haben den Eindruck, dass doch ein sehr breites Spektrum von Sichtweisen und Problemlagen (vor dem Hintergrund unterschiedlichster Rahmenbedingungen) erfasst werden konnte. Und darauf kam es bei dieser Untersuchung an.



Abb. 2: Magellan-Terrassen Hafencity, Hamburg

Erhöht wurden Vielfalt und Verschiedenheit der berücksichtigten Aspekte noch durch das Spektrum unterschiedlicher fachlicher Sichtweisen, die mit den Interviews erfasst werden konnten. Durchgängig in allen Kommunen waren Planungs- bzw. Grünflächenämter vertreten. Das Spektrum wurde aber gezielt erweitert – etwa in den Bereich der baulichen Umsetzung (z. B. Tiefbauämter), der Stadtentwicklung, der Ordnungsämter, der Jugend- bzw. Sozialämter, des Quartiersmanagements, des Stadtmarketings usw.

Die Auswahl der jeweiligen Ressorts und Gesprächspartnerinnen/ Gesprächspartner erfolgte im Dialog mit den zunächst über das Städtenetzwerk angesprochenen Kontaktpersonen vor Ort.

Die Interviews wurden vorbereitet und ergänzt durch Materialrecherchen – lokale Presse-/Medienberichterstattung, kommunale Pläne und Programme etc. Die Gespräche selbst wurden dann als leitfadengestützte Interviews (sh. Anhang) durchgeführt, aufgezeichnet, teiltranskribiert und durch Ortsbesichtigungen

ergänzt (leider fand das zumeist in der kalten Jahreszeit statt, so dass sommerliche Nutzungsintensität nicht selbst erlebt werden konnte).

Die folgende Querauswertung basiert auf den schriftlichen Dokumentationen der Gespräche und auf Zeichnungen, um die wir Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zumeist zu Beginn der Interviews baten (»was sind die aus Ihrer Sicht die »zentralen« öffentlichen Räume in Ihrer Stadt?«).

2 | Zentrale öffentliche Räume in zehn Städten: Herausforderungen, Strategien, Erfahrungen – eine Querauswertung

Nach Interviews mit mehr als dreißig Fachleuten aus den kommunalen Verwaltungen und Betrieben von zehn Städten machen wir im Folgenden den Versuch, die wesentlichen Ergebnisse zusammenzufassen. Dabei beginnen wir mit der Frage nach den Räumen (2.1), den Nutzungen und den Nutzern (2.2), von denen die Rede ist. Einen Schwerpunkt bildet dann ein Überblick über die Probleme und Herausforderungen, mit denen die Städte konfrontiert sind und die bislang eingeschlagenen Lösungswege (2.3). Am Schluss steht die Governance des öffentlichen Raumes und die Vielfalt von Koordinations-, Beteiligungs- und Kooperationsbemühungen, die in diesem Zusammenhang vorzufinden ist (2.4).

2.1 | Von welchen Räumen ist die Rede?

Die Interviews begannen mit folgender Frage: »Welche sind aus Ihrer Sicht die zentralen öffentlich nutzbaren Räume der Stadt?«



Abb. 3 : Kartierungen während der Interviews

Zur Beantwortung baten wir darum, die gemeinten Räume in vorbereiteten Karten verschiedener Maßstabsstufen (also unterschiedlichen räumlichen Umgriffs – von den Innenstädten bis über das Stadtgebiet hinaus) einzuzeichnen. Dabei überließen wir den Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern bewusst die Entscheidung, was für sie jeweils »zentral« bedeutet – ob sie etwa vor allem Lage und Erreichbarkeit als wesentlich ansahen, ob Nutzungsfrequenz oder Imagewert als ausschlaggebend empfunden wurden, ob es die Orte sind, an denen sich die Stadtgesellschaft begegnet, jene von besonderer historischer Bedeutung etc. Diese Offenheit der Fragestellung diente ausdrücklich dazu, die »Bedeutung« öffentlicher Räume nicht durch vorab festgelegte Kriterien einzugrenzen, sondern – ausgehend von der ersten Benennung und Zeichnung der Räume – mit den Interviewten gemeinsam deren Verständnis (von »Bedeutung«) zu ergründen.

Das Ergebnis dieser Befragungsphase führte daher auch zu einem breiten Spektrum von Antworten. Will man sie auf einen Nenner zurückführen, so kann man sagen: Es gibt »die« zentralen öffentlichen Räume nicht. Als Außenstehender assoziiert man häufig ganz bestimmte Plätze (oder Parks) mit einer Stadt – aber aus der Innensicht stellt sich das nicht selten ganz anders dar – wie eine erste Auswahl der Antworten illustriert. So hieß es etwa, dass »zentral bedeutsame Räume nicht von Planern gemacht werden, sondern von den Menschen«, dass sie also nicht einfach vorhanden sind, sondern sich durch Nutzungsprozesse ergeben. Andere näherten sich der Frage über historische Hintergründe, die z. B. ganz entscheidend für die Akzeptanz von Umgestaltungen sein könnten. Und von wieder anderer Seite wurde darauf hingewiesen, dass es nicht einen Raum besonderer Bedeutung gebe, sondern selbst im Zentrum der Stadt die einzelnen Plätze und Grünräume unterschiedliche Funktionen und Bedeutungen hätten – wie die »Zimmer einer Wohnung«. Und nicht zuletzt war die Auswahl der Räume – mehr oder weniger bewusst – von den Arbeitsfeldern der Interviewpartner beeinflusst.

Eine Betrachtungsweise verdient besondere Hervorhebung: Wenn unsere Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner die Bedeutung von Räumen nach der ihnen in der öffentlichen Diskussion gewidmeten Aufmerksamkeit bemaßen, wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass diese Aufmerksamkeit sowohl lage- wie milieuabhängig sei: Je sprachmächtiger die Hinweisgeber oder Fürsprecher seien, desto eher fände der Ort oder das Problem, um das es geht, Beachtung. Umgekehrt, so hieß es an anderer Stelle, hätten bestimmte Gruppen »es aufgegeben, uns zu benachrichtigen, weil sie die Erfahrung gemacht haben, dass eh nichts passiert«.

Zu einigen dieser Stichworte noch Ergänzungen:

Polyzentralität

In unserem Untersuchungsansatz so nicht bedacht, ist insbesondere in Städten wie Hamm, Essen oder Ludwigsburg (wo die Vororte historisch sehr viel älter sind als das Zentrum) die reale Polyzentralität von großer Bedeutung. Hier sind auch im Bewusstsein der Stadtbevölkerung die öffentlichen Räume in den (vormals selbständigen) Ortsteilen von großer Bedeutung.



Abb. 4: Kettwiger Straße, Essen

In abgeschwächter Form gilt das aber auch für Orts- und Stadtteile oder Stadtbezirke in Großstädten. Sodass die Aussage »Jeder Stadtteil hat seine eigenen »zentralen« Räume« eigentlich in allen untersuchten Städten Geltung hat.

»Zimmer einer Wohnung« und Raumsequenzen

Auch im Innern der Städte werden die öffentlichen Räume nicht als gleichwertig und gleichartig beschrieben, sondern – ein wenig wie die Zimmer einer Wohnung – durch vorherrschende Nutzungen und gelegentlich auch dominante Nutzer charakterisiert. So wurde beispielsweise der Lindenplatz in der Aachener Innenstadt als »Wohnzimmer« für die Anrainer bezeichnet und der Kurpark in Hamm als »Außenwohnzimmer«. In Ludwigsburg gibt es sogar einen ausdrücklich als »grünes Zimmer« bezeichneten, in dem Fall zugleich experimentellen Freiraum. Es gibt Marktplätze, die diese Funktion auch noch vorrangig wahrnehmen, es gibt stadtbildprägende Schmuckplätze (von gartenhistorischer Bedeutung), es gibt Orte, in denen Gastronomie und Freizeitnutzungen dominieren oder vor allem nächtens gefeiert wird, es gibt Transiträume, die wie die Flure in Wohnungen funktionieren (hier wurde etwa die Kettwiger Straße in Essen als Beispiel genannt) und zahlreiche weitere Differenzierungen.

Damit wird zugleich deutlich, dass die öffentlichen Räume der Städte nicht nur für sich betrachtet werden sollten, sondern zum Teil komplementär aufeinander bezogen sind, in Raumgefügen Bedeutung entfalten – und so erst eine vollständige »Wohnung« ergeben.

Zudem war auch ein anderer Hinweis wichtig: Die einzelnen Räume haben ihrerseits Umfeld, die Nutzung und Nutzbarkeit prägen, sie drücken aber auch der Umgebung ihren Stempel auf – ob es nun um die Rückseiten der Randnutzungen geht oder um die Wege, die Touristen zum Erreichen ihrer eigentlichen Ziele in Parks oder Plätzen nehmen.

Transiträume, Wasserräume, Friedhöfe

Transiträume, darunter insbesondere Bahnhofsplätze, wurden sehr unterschiedlich betrachtet. In einigen Fällen wurden sie gar nicht oder erst auf Nachfrage benannt.



Abb. 5: Bahnhofplatz, Kiel



Abb. 6: Jungfernstieg, Hamburg

Hier stand bei den Befragten offenbar die Aufenthaltsqualität im Vordergrund, die dort ihrer Meinung nach nicht gegeben ist. In anderen Fällen waren solche Räume wichtiger Teil der oben erwähnten Raumkontinua oder bildeten sogar eigene (Problem-)Schwerpunkte, gerade weil ihre Aufenthaltsqualität für breite Bevölkerungsschichten bemängelt wurde.

Ein anderer Raumtyp – der zunächst nicht im Vordergrund zu stehen scheint, wenn man nach »zentralen« öffentlichen Räumen fragt – ist offenbar entlang von Wasserläufen, Kanälen, Seeufern etc. zu finden. Sie entfalten, das wurde in verschiedenen Beispielen (u. a. Hamburg, München, Mannheim, Offenbach etc.) deutlich, eine enorme Anziehungskraft. Oder um mit den Worten eines Gesprächspartners zu sprechen: »Wasser zieht«. Betont wurde auch, dass man hier Menschen aus allen Schichten und allen Teilen der Stadt finden könne, wenngleich der Altersdurchschnitt wohl unter dem der jeweiligen Gesamtstadt liege.

Ebenfalls einen besonderen Raumtyp stellen die Friedhöfe dar. Sie seien »entschleunigte Räume« und daher von besonderer Bedeutung im städtischen Raumgefüge. Neben ihrer eigentlichen Funktion und Bedeutung würden sie (zunehmend) auch als Aufenthaltsorte genutzt – von jungen wie älteren Menschen.

An einem Beispiel aus München wurde zudem darauf hingewiesen, dass sich die Beerdigungskultur insgesamt ändere – unter anderem, wenn verschiedene Kulturen und Religionen einen Friedhof nutzen. Das biete viele neue Ansatzpunkte. Dabei sei auch zu bedenken, dass viele alte Menschen Friedhöfe aufsuchen (wollten) und man schon aus diesem Grunde über deren Erreichbarkeit, aber auch die (E-)Mobilität im Areal selbst – zumindest bei Größenordnungen von 50 ha – nachdenken müsse.

Ressort-/handlungsfeldspezifische Räume

Im Rahmen unserer Interviewserie legten wir Wert darauf, das Spektrum der verschiedenen mit öffentlichen Räumen befassten Ressorts abzubilden. Da liegt es nahe, dass sich die unterschiedlichen Fachsichten auch in der Benennung der Räume niederschlug.

So erläuterte etwa der Vertreter eines Grünflächenamtes: »Alle Räume, für die wir zuständig sind, sind für uns zentral«. Seitens der Ordnungsämter wurden besonders konfliktbehaftete Orte beschrieben. Vertreterinnen und Vertreter des Stadtmarketings konzentrierten sich auf bestimmte Teilräume, die für die wirt-



Abb. 7: Marienplatz, München

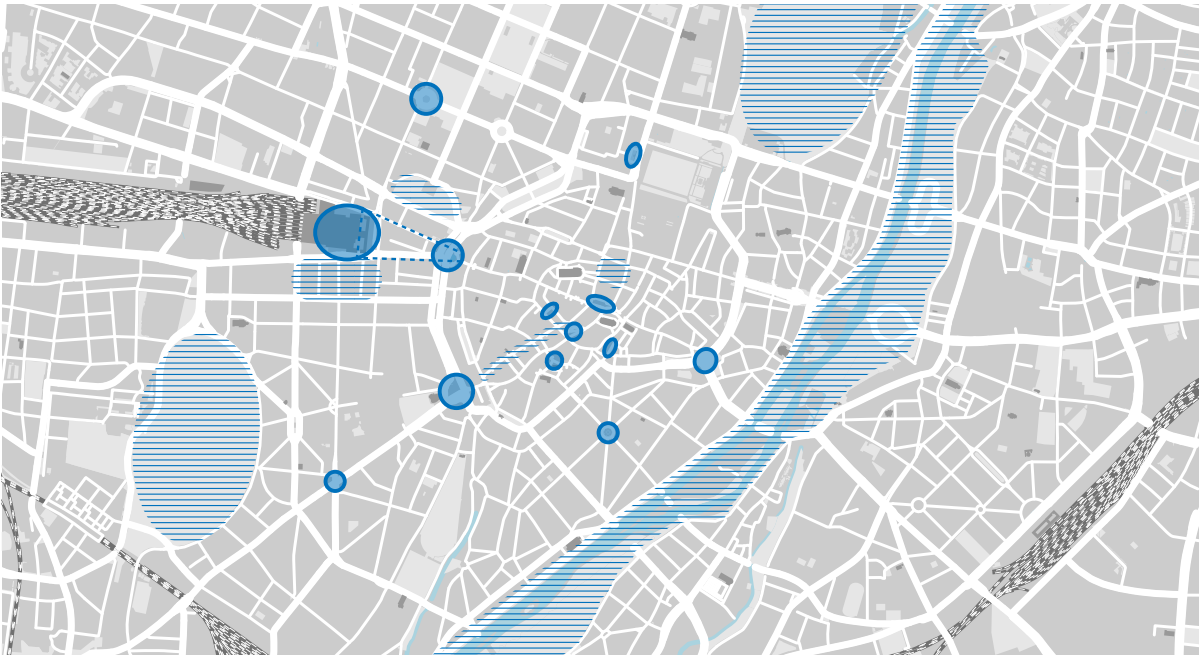


Abb. 8: Zentrale öffentliche Räume in München, Kartenausschnitt

schaftliche Funktion der Innenstadt wie auch für die Außendarstellung der Stadt von Bedeutung sind. Und aus der Sicht der Stadtplanung wurden nicht nur städtebaulich oder stadthistorisch bedeutsame Orte hervorgehoben, sondern auch solche, die sich gerade in Planung befinden oder demnächst angegangen werden sollen.

Damit wurden wir auch auf »Potenzialräume« hingewiesen, also solche Flächen, die derzeit noch Verkehrsräume (Straßen, Parkplätze) sind, aber eine wichtige Funktion im Gefüge der öffentlich nutzbaren Freiräume einnehmen könnten.

Durch die Beleuchtung verschiedener Perspektiven auf öffentliche Räume konnte so breites Bild ihrer Beschaffenheit, Nutzer, Nutzungen und damit verbundenen Aufgaben gezeichnet werden.

Vielfalt der Bedeutungen – Zusammenhang der Räume

Als Zwischenresümee lässt sich festhalten, dass öffentlich nutzbare Räume aus vielerlei Gründen für die Stadt und ihre Bevölkerung »zentral«, also von besonderer Bedeutung sein können. Das heißt auch: Es sind viele und verschiedene Räume, die in ihrer Summe und in ihren Zusammenhängen von Bedeutung sind bzw. sein können. Der (touristische) Blick auf den einen Raum oder auf wenige besondere, das Außenbild prägende Räume wird dem nicht gerecht.

2.2 | Von welchen Nutzungen – durch wen – ist die Rede?

Das Spektrum der »zentralen« öffentlich nutzbaren Räume ist breit und vielfältig. Damit sind demnach auch sehr unterschiedliche Nutzungen bzw. Funktionen angesprochen: Von den »klassischen« zentralen Räumen mit Markt-, Einkaufs-, Kultur- und Gastronomiefunktionen über die Bewegungs-/Transiträume bis

zu den Grün- und Freiräumen mit ihren vielfältigen Aufenthalts- und Freizeitfunktionen.

Randnutzungen und Umfeld prägen Platz- und Straßennutzung

An den Orten höchster Erreichbarkeit in den Städten, also denen in zentraler Lage, sind es zumeist Einkaufsnutzungen sowie gastronomische Angebote, die Nutzerinnen und Nutzer anziehen. Es hängt also sehr stark von der Attraktivität dieser Angebote ab, wie, von wem und für was diese Räume genutzt werden.

Es liegt nahe, dass einkommensstarke Gruppen eher in hochpreisigen Lagen zu finden sind als in den Randzonen der Einkaufsbereiche. Umgekehrt verhält es sich aber wohl nicht so: Viele gehen, so hieß es etwa, in die exklusiveren Geschäftslagen »nicht um zu kaufen, sondern um zu schauen«. Ganz ähnlich wohl auch bei den Märkten in der Stadt: Deren Angebote seien oft vergleichsweise teuer. Dennoch seien an Markttagen dort alle sozialen Milieus der Stadt zu finden – aber nicht alle würden dort einkaufen.

Handel und Gastronomie befinden sich im Wandel. Auch das kann Auswirkungen auf die Nutzung der öffentlichen Räume haben. Einen besonderen Fall stellt hier der Marktplatz in Mannheim dar. Ihm ist sogar ein Wikipedia-Eintrag gewidmet, in dem es u. a. heißt: »Der Marktplatz befindet sich heute am Rande eines von Restaurants, Geschäften und Einrichtungen aller Art geprägten Stadtviertels, das im Volksmund auch als »Klein-Istanbul« oder »Little Istanbul« bezeichnet wird [...] Zu den Cafés und Geschäften am Marktplatz gesellten sich daher auch eine türkische Bäckerei, eine türkische Metzgerei sowie mehrere türkische Restaurants. Diese gehören mittlerweile zu den Attraktionen für Besucher Mannheims und vor allem an den Wochenenden kommen Türkischstämmige aus ganz Südwestdeutschland und dem Elsass zum Essen und Einkaufen hierher. Der historische Markt-



Abb. 9: Marktplatz, Ludwigsburg

platz gehört damit zu den wenigen innenstadtnahen Bereichen in Deutschland, die stark von Einwandererkulturen geprägt sind. Nach wie vor ist der Marktplatz ein beliebter Ort für politische Demonstrationen und Kundgebungen, Feierlichkeiten, Feste und andere Veranstaltungen.« (Nicht zuletzt aufgrund solcher Vorausinformationen war der Marktplatz in Mannheim Ort unserer vertiefenden Raumbesichtigungen, siehe Kapitel B).

Beeinflusst werden Randnutzungen auch durch den Strukturwandel des stationären Einzelhandels, der mit dem Online-Handel und mit Einkaufszentren am Rande der Stadt oder in deren Umland konkurriert. Dies kann zu »Downgrading«-Prozessen bis

hin zu Leerständen führen. Besonders in Stadtteilzentren oder in Klein- und Mittelstädten von geringer zentralörtlicher Bedeutung kann der Verlust solcher Randnutzungen weitreichende Folgen für die öffentlichen Räume haben. Dazu gehört die Reduzierung sozialer Kontrolle vor Ort, die wiederum das Sicherheitsgefühl der Menschen beeinträchtigt und auch Verwahrlosungserscheinungen begünstigt. Solche Entwicklungen sind mit ein Grund dafür, dass sich viele Städte um eine »Bespielung« innerstädtischer öffentlicher Räume bemühen, um so zumindest temporär belebende Impulse zu geben.

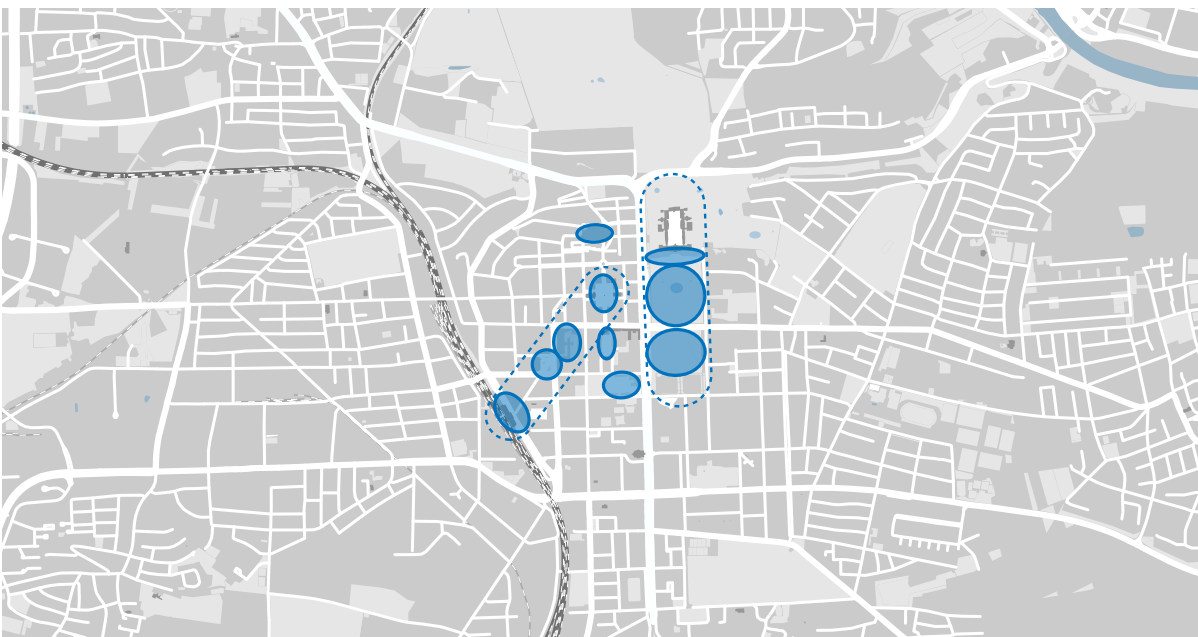


Abb. 10: Zentrale öffentliche Räume in Ludwigsburg, Kartenausschnitt



Abb. 11: Innerstädtisches Wohnen „Grüne Mitte“, Essen

Mehr Wohnen in der Stadt?

Bislang sind Wohnnutzungen in den meisten Innenstädten nur in geringem Umfang zu finden. Das soll sich, so hörten wir in den Interviews vielerorts, ändern. Den Hintergrund bildet nicht nur der allgemeine Mangel an Wohnungen – und an Wohnbauland –, der den Blick auch auf Potenziale in den Innenstädten richtet. Vielmehr geht es auch um Belebung durch Nutzungsmischung. Die intensivere Nutzung der öffentlichen Räume durch die neuen Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstädte soll auch zu einer

Belebung jenseits der Öffnungszeiten von Büros und Geschäften beitragen. Das stärkt zudem die soziale Kontrolle und kann zur Minderung von Unsicherheit beitragen.

So schlüssig und naheliegend diese Überlegungen klingen, so hoch sind die Hürden unterschiedlicher Art, die es zu überwinden gilt. Zunächst ist die Problematik hoher Bodenpreise in zentralen Lagen und die damit verbundenen Rückwirkungen auf die soziale Zusammensetzung der neuen Bewohnerschaft zu nennen. Auch auf potentielle Nutzungskonflikte – etwa mit der ansässigen Gas-

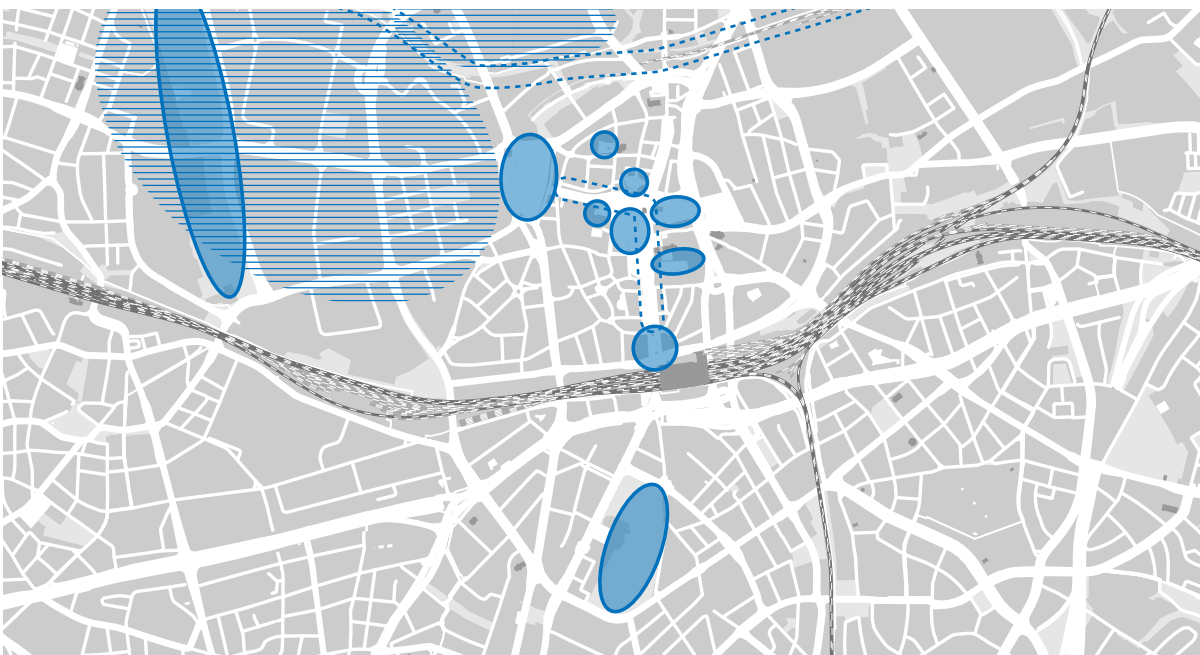


Abb. 12: Zentrale öffentliche Räume in Essen, Kartenausschnitt



Abb. 13: Martin-Luther-Park, Offenbach

tronomie – wurde hingewiesen. Und nicht zuletzt sei, so war zu hören, die Nahversorgung oft noch nicht ausreichend gesichert.

Randnutzungen prägen Umfeld

Randnutzungen haben zwei Seiten: die dem Platz, der Straße zugewandte und eine Rückseite, die wiederum den Rand eines öffentlichen Raums, zumeist einer Straße bildet. Es sind diese Rückseiten, die nicht selten Probleme erzeugen: Hier sind Ein- und Ausfahrten, hier werden An- und Ablieferungen abgewickelt, hier entstehen Belastungen und Nutzungskonkurrenzen zwischen verschiedenen Verkehrsarten etc. In die Betrachtung der Räume sind daher auch die Rückseiten der Randnutzung mit einzubeziehen.

Räume der Bewegung, Räume der Begegnung?

Häufig werden öffentliche Räume vor allem unter Aufenthaltsgesichtspunkten betrachtet. Auch in einigen unserer Interviews war dies der Fall. Begreift man aber öffentliche Räume als System, dann sind eben auch die räumlich verbindenden Elemente von besonderer Bedeutung (siehe vorher). Das gilt sowohl räumlich-funktional, wie auch mit Blick auf die soziale Funktion öffentlicher Räume. Versteht man »Begegnung« unterschiedlicher Gruppen zunächst und vor allem als »Sichtbarkeit« (visibility), dann ist dies gerade dort gegeben, wo sich die Aktionsräume vieler verschiedener Gruppen überschneiden.

Schwankende Nutzungsfrequenz

Nutzungen und Nutzer stellen sich nicht nur im Städte- und Ortsvergleich unterschiedlich dar, sondern sie sind auch stark von Jahreszeiten abhängig. Zudem unterscheidet sich die Nutzungsfrequenz je nach Tages- und Nachtzeit. Es gibt allerdings sowohl

»nächtliche Leere« wie auch intensive nächtliche Nutzung, aus der viele Störungen resultieren. Auf ähnliche Weise können auch temporäre Ereignisse – Feste, public viewing, Kulturveranstaltungen etc. – Nutzungsintensivierungen bewirken, die ihrerseits häufig nicht störungsfrei sind. Und nicht zuletzt schwankt die Nutzungsfrequenz besonders in Transiträumen in der Nähe von Bahnhöfen, Anlegestellen etc. in Abhängigkeit von Tageszeiten, Fahrplänen etc.

Unterschiede der Raumwahrnehmung und -bewertung

Dass Stadträume und ihre Nutzung unterschiedlich wahrgenommen und bewertet werden, war bereits ein Ergebnis unserer Beobachtungen des Vorgängerprojekts zu Nutzung und Bedeutung öffentlicher Räume in stadtgesellschaftlich vielfältigen Quartieren. Dies wird in der zweiten Phase dieses Projekts – exemplarisch an einem zentralen Stadtraum – wieder aufgegriffen und überprüft. Aber schon in den Interviews, über die hier zu berichten ist, wurde dieser Aspekt unterstrichen. Auch hier wurde deutlich, dass Wahrnehmung und Bewertung der Räume (neben den verschiedenen fachlichen Sichtweisen) auch von:

- ihrer Nutzung (wird ein Raum häufig durchquert, hält man sich häufiger und länger dort auf oder sucht man ihn nur zu bestimmten Anlässen auf),
 - dem Verhältnis der Nutzer zum Raum (handelt es sich um Anwohner oder beispielsweise Touristen),
 - von Alter, Geschlecht, Milieuzugehörigkeit etc.
- abhängt.



Abb. 14: Wilhelmplatz, Offenbach

Dazu einige Illustrationen:

- Die Möglichkeit, auf einer öffentlichen Grünfläche zu Grillen, wird von den einen als Bereicherung und von anderen als Störung wahrgenommen. Womit die Ursache für einen häufig beschriebenen Nutzungskonflikt gegeben ist.
- Für die einen löst ein schlecht ausgeleuchteter Platzraum Unsicherheitsgefühle aus, wenn sie ihn zu dunklen Tageszeiten benutzen (müssen). Anderen ist nicht einmal die Beleuchtungssituation geläufig, geschweige denn die dadurch ausgelöste Bewertung, da sie den Platz nur gelegentlich zu Festen aufsuchen.
- Während für die einen die Umnutzung eines Industrieareals zu attraktiven neuen Räumen führen mag, sind sie für ehemals dort Beschäftigte z. B. als Freizeitorte nicht attraktiv.

Sozial differenzierte Nutzung?

Nicht alle Stadtbewohner nutzen alle Stadträume. Das ist eine eigentlich banale Feststellung. Sie ergibt sich schon aus sozial-räumlicher Differenzierung, die dazu führt, dass quartiersbezogene Räume vorrangig von den Menschen aus der jeweiligen Umgebung genutzt werden. Auch die Tatsache, dass bestimmte Freizeiträume (z. B. entlang von Wasserflächen) eher von jüngeren Menschen und Familien genutzt werden, ältere hier hingegen weniger oft anzutreffen sind, ist nicht verwunderlich. Und auch die Feststellung, dass die Art der Randnutzung von Plätzen und Straßen wiederum bestimmte soziale Differenzierungen bei den Nutzergruppen erzeugen, liegt nahe (siehe vorher).

Über solche naheliegenden Unterschiede hinaus sahen die meisten unserer Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner aber nur selten ausgeprägte milieuspezifische Selektivitäten in den

räumlich zentral gelegenen Plätzen und Parks. Vielfach wurde sogar ausdrücklich betont, dass das »Räume für alle« seien. Erst auf ausdrückliche Nachfrage hin wurden in einzelnen Fällen dann doch Unterscheidungen benannt – etwa Straßenzüge, »deren Geschäftslagen schwächer werden und wo sich dann zunehmend mehr ausländische Geschäftsinhaber« finden. Oder »Orte und Ecken, die manche eher meiden«.

Auslöser für solche sozial differenzierenden Nutzungen können demnach sowohl Veränderungen der Nutzungsangebote (Art der Geschäfte oder gastronomischen Einrichtungen) wie auch die Dominanz bestimmter Nutzungsgruppen (»bärtige Männer einer bestimmten Altersgruppe«, »Gruppen von Trinkern«) sein.

2.3 | Probleme, Herausforderungen, Lösungsansätze

Auf die Frage, welches die wesentlichen Herausforderungen sind, mit denen sich die Kommunen mit Blick auf öffentliche Räume konfrontiert sehen, wurde ein breites Spektrum von Themen genannt. Es deckt sich inhaltlich in weiten Teilen mit der öffentlichen Berichterstattung, weist jedoch zum Teil deutlich abweichende Akzente und Gewichtungen auf.

Bemerkenswert ist, dass viele der nachfolgend darzustellenden Probleme eine eigentlich positiv bewertete Ursache zu haben scheinen: Öffentliche Räume werden gern und (zumeist) intensiv genutzt. Es gebe, so fasste das ein Gesprächspartner zusammen, »eine neue Lust auf Draußen«. Dieses gesteigerte Nutzungsinteresse kann jedoch zu Konflikten führen und ist mit zahlreichen negativen Begleiterscheinungen verbunden.



Abb. 15: Exemplarische Herausforderungen

»Übernutzung« und Nutzungskonkurrenzen

Es gibt offensichtlich in den zentralen Bereichen vieler Städte öffentliche Räume, die so intensiv in Anspruch genommen werden, dass – zumindest in Spitzenzeiten – von »Übernutzung« zu sprechen ist. Das kann sich auf Plätze beziehen, die schon allein durch ihre Anziehungskraft für Touristen so belebt sind, dass sich Einheimische dort nur noch ungern aufhalten. Auch Parks werden – zumal in Innenstädten mit wenig Grünräumen – oft als übernutzt beschrieben. Und die Kennzeichnung »Übernutzung« findet auch auf Räume Anwendung, die so oft und intensiv mit Veranstaltungen unterschiedlicher Art »bespielt« werden, so dass sie ihre Alltagsfunktionen nicht mehr wahrnehmen können.

Diese Nutzungsintensivierung ist mit zahlreichen negativen Nebenwirkungen verbunden. Zu ihnen gehören Verschmutzungen, Zerstörungen, Vermüllungen, Lärm und Nutzungskonflikte – insbesondere mit den in der Umgebung wohnenden Menschen.

Eine besondere Ursache für solche Störungen der Wohnnutzung ist das nächtliche Feiern in Freiräumen. Das habe deutlich zugenommen, wurde durchgängig bestätigt, und entwickle sich zu einem erheblichen Problem. Diese Entwicklung hat ganz verschiedene Ausdrucksformen: Da ist z. B. das sogenannte »Cornern«. Größere Gruppen vornehmlich jüngerer Menschen finden sich zum gemeinsamen Alkoholkonsum an Straßenecken oder in Grünanlagen ein. Die Treffpunkte bleiben oft über längere Zeit konstant und prägen so auch das Bild der entsprechenden Räume.

In ganz anderen Größenordnungen kann sich die nächtliche Inanspruchnahme vor allem städtischer Plätze und Straßen bewegen, die oft von Tausenden Feiernder frequentiert werden. Bundesweit bekannte Beispiele (die auch in unseren Interviews Erwähnung fanden), sind etwa der Gärtnerplatz in München oder der Reuterkiez in Berlin, der seit Jahren als »Partymeile« von sich Reden mache. Störungen der Umgebung sind hier regelmäßige Begleiterscheinungen.

Sie beziehen sich nicht nur unmittelbar auf die jeweiligen Stadträume, sondern beziehen – durch die an- und abziehenden Besucherströme – auch das umgebende Quartier mit ein. Um der damit verbundenen Probleme Herr zu werden, hat man in einigen Stadtverwaltungen (etwa München) eigene Arbeitskreise gebildet und nutzt auch Erfahrungen aus dem Ausland (z. B. aus Bern), wo ähnliche Entwicklungen zu beobachten sind.

(Nächtliche) Leere

Im krassen Gegensatz zu störendem Nachtleben auf den Straßen wird auch vom weitgehenden Ausbleiben jeglicher Nutzung zu Nachtzeiten berichtet. Das kommt offensichtlich nicht nur in entlegeneren, von Leerstand geprägten Einkaufsstrassen, sondern auch an zentralen öffentlichen Plätzen vor, deren Besucherzahl mit Ladenschluss abrupt abnimmt.

Als problematisch wird ein solcher Zustand vor allem dann beschrieben, wenn der Mangel an sozialer Kontrolle an diesen Orten in Sicherheitsbedenken umschlägt.

Solche Situationen sind offensichtlich die Folge einseitiger Nutzungsstrukturen. Daher liegt es nahe, dass in verschiedenen Städten der Versuch unternommen wird, den Anteil der Wohnnutzung in den Innenstädten zu erhöhen (siehe nachfolgend).

Littering

Der Müll in den öffentlichen Räumen habe erheblich zugenommen, wurde vielfach berichtet. Dabei dürfte die wilde Sperrmüllablagerungen in bestimmten Quartieren noch ein räumlich begrenztes Phänomen sein. Flächenhaft wird hingegen vom Anwachsen des Müllaufkommens in den öffentlichen Räumen berichtet. Dabei werden drei Ursachen identifiziert:



Abb. 16: Pocketpark Mathiashofstraße, Aachen

- die allgemeine Nutzungsintensivierung (»Lust auf Draußen«),
- die erhebliche Zunahme der »To-Go-Angebote«, deren Gefäß- und Verpackungsrückständen – neben Flaschen – einen Großteil des Mülls ausmache,
- rücksichtsloses Verhalten vieler Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Räume (»die ihren Müll einfach überall liegen lassen«).

Berichtet wird aber auch von einer gestiegenen Sensibilität gegenüber der (Un-)Sauberkeit öffentlicher Räume, die zu vermehrten Beschwerden von Bürgern und zu negativer Presseberichterstattung führe.

Den Gesprächspartnern zufolge werde auf diese Entwicklungen mit zum Teil erheblich erhöhtem Reinigungsaufwand reagiert. Mancherorts bezog sich dies auf die gesamte Innenstadt, an anderen Stellen wurden besonders sensible Orte stärker ins Auge gefasst.

Ergänzend dazu wurden in mehreren Städte (darunter Berlin, Ludwigsburg und Hamm) Meldesysteme für »wildes Müll« eingeführt, die eine schnellere Beseitigung ermöglichen sollen. Zudem wird die Bevölkerung mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen für einen bewussteren Umgang mit diesem Thema sensibilisiert. Als Beispiel besonderer Art kann hier die Kampagne »so schön wie wir« aus Berlin-Neukölln gelten.

Lokal unerwünschte Personen(gruppen)

In fast allen Städten sind »unerwünschte Nutzergruppen« ein Thema. Damit ist vor allem die »Trinkerszene« (für die es in den Interviews viele Bezeichnungen gab – etwa »Freizeittrinker«,

»Freunde des Alkohols« etc.) gemeint – in Gruppen auftretende, z. T. wohnungslose Menschen, die sich häufig an prominenten Orten im öffentlichen Raum aufhalten. Als »unerwünscht« werden jedoch auch einzelne Obdachlose, Bettler, in öffentlichen Räumen lagernde Gruppen von Jugendlichen (zumal wenn sie der Drogenszene zuzuordnen sind) etc. angesehen. »Unerwünscht« werden diese Menschen genannt, weil »sich viele von ihnen gestört oder abgestoßen« fühlen. Außerdem scheinen sie als Beeinträchtigung des Images einer Innenstadt und ihrer Verkaufslagen betrachtet zu werden. Und nicht zuletzt lösen sie, zumal in Räumen (oder zu Zeiten) mit geringer sozialer Kontrolle, bei vielen Menschen Unsicherheitsgefühle aus.

In vielen Städten versucht man daher, diese Gruppen aus den öffentlichen Räumen – insbesondere in zentralen Lagen – zu verdrängen. Dies wird mit Hilfe von »verstärktem Kontrolldruck«, auch durch Platzverweise und Aufenthaltsverbote versucht. Auch der (befristete) Abbau von Aufenthaltsmöglichkeiten (Bänken) bis hin zum Umbau einzelner Plätze oder Platzbereiche soll solchen Zwecken dienen. Um jedoch ein unkontrolliertes Abwandern in andere Stadtbereiche zu verhindern, wurden verschiedentlich auch alternative Standorte, die nicht im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit liegen, ausgewählt, hergerichtet und »die Betroffenen möglichst freundlich dorthin begleitet«. Auch das hat Nebenwirkungen, denn »es entstanden dann dort Irritationen in der Nachbarschaft und Eltern lassen ihre Kinder jetzt nicht mehr allein in die Anlagen«.

Auf zwei Gruppen ist gesondert hinzuweisen, die in den Städten in sehr unterschiedlichem Maße zu Problemen führen: Das sind zum einen »vandalisierende Jugendgangs, die wir kaum noch unter Kontrolle bekommen«. Und das ist die Drogenszene, insbesondere der Drogenhandel. Die Rede war in einzelnen Fällen von einem »Betäubungsmittelkonsum in kaum vorstellbarem Maß«. Allerdings scheinen die Städte in unterschiedlichem Maße betroffen zu sein, und es handelt sich zumeist um einige räum-



Abb. 17: Sicherheitscontainer, Paradeplatz Mannheim



Abb. 18: Bahnhofsviertel, Hamburg

liche Schwerpunkte, in denen das Problem massiv auftritt – zum Beispiel in Bahnhofsnähe oder in bestimmten Parkanlagen. Mit polizeilichen Maßnahmen allein scheint keine Abhilfe möglich: »Kaum sind die einen weg, kommen andere«. Eine der ergänzenden Strategien (neben Überwachung, polizeilichen Eingriffen etc.) ist die Erhöhung der sozialen Kontrolle durch gezielte Belegung der betroffenen Räume (»Bespielung« von Plätzen, zusätzliche Nutzungsangebote in Parks etc.).

Sicherheit (und Kontrolle)

In der Medienberichterstattung spielt das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum eine besonders große Rolle. In diesem Zusammenhang wird häufig darauf hingewiesen, dass es eine »Diskrepanz zwischen der gefühlten Kriminalitätstemperatur und der Realität der Zahlen« gebe. Auch in unseren Interviews war zu erkennen, dass sich die Sicht der Fachleute von der veröffentlichten Meinung zum Teil deutlich unterscheidet. Es gab sogar kritische Stimmen wie: »Das Thema Sicherheit wird von bestimmten Akteuren gespielt, die sich das dann ans Revers heften wollen«. Oder: »Das ist doch Yellow Press«. Oder: »Das wird aufgebauscht, damit man sich dann als starker OB darstellen kann«.

Das soll nun nicht heißen, dass man den Sicherheitsgefühlen der Stadtbevölkerung (und der Aufmerksamkeit, die das Thema genießt) keine Bedeutung beimäß. Tatsächlich sah man sowohl wegen der politischen Gewichtung des Themas wie auch im Hinblick auf einzelne Räume und Gestaltungsfragen Handlungsbedarf. So wurden etwa Fragen der sozialen Kontrolle durchweg (sehr) wichtig genommen. Bei Umgestaltungen von Plätzen und Parks arbeite man, so hieß es zum Beispiel, mit der Kriminalprävention zusammen und achte von vornherein auf Transparenz der Räume (etwa durch Auslichtung), auf ausreichende Ausleuchtung etc., um Unsicherheitszonen und Angsträume zu vermeiden.

Selbstverständlich kam auch das Thema Videoüberwachung zur Sprache. Die wurde allerdings einerseits als an manchen Orten »gesetzt« angesehen, in ihrer Wirkung allerdings ambivalent eingeschätzt: Der Präsenz von Ordnungskräften vor Ort (Polizei, kommunale Ordnungsdienste) maß man deutlich größere Wirksamkeit bei – sowohl etwaige Abschreckung als auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung betreffend.

Neben einer auf diese Weise ausgeübten Kontrolle wurde aber vielfach auch der Belegung der Räume, also der Erhöhung der Nutzungsfrequenz (»Bespielung«, zusätzliche Nutzungsangebote) und der dadurch hergestellten sozialen Kontrolle besondere Bedeutung beigemessen.

Ein Hinweis soll in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden: Die Diskussion über Sicherheit, Videoüberwachung und Präsenz der Ordnungskräfte richtete sich zumeist auf die Zentren der Städte, hieß es. Die »Kontrolldichte« nehme jedoch »nach außen hin ab«. Insofern sei es durchaus möglich, dass in Städten, die in ihren zentralen Lagen keine Probleme haben, durchaus Unsicherheitszonen und Angsträume existieren – in Stadtteilen, Vororten, an der Peripherie. Es hänge dann, so wurde mehrfach betont, sehr von der Artikulationskraft der dortigen Bewohnerschaft ab, ob die Probleme ausreichend politische Aufmerksamkeit auslösen könnten.

Flächen- und Nutzungskonkurrenz: Verkehr und Aufenthalt in öffentlichen Räumen

In der Wahrnehmung der Fachleute scheint ein Dauerthema in der Auseinandersetzung mit öffentlichen Räumen ein wenig in den Hintergrund getreten zu sein – ohne aber an Wichtigkeit verloren zu haben: Die Nutzungskonkurrenz mit dem motorisierten (fließenden wie ruhenden) Verkehr.



Abb. 19: Parkplatz, Offenbach

Noch immer sind oberirdische Parkplätze eines der heißesten Themen in der Kommunalpolitik – sobald die Idee entsteht, sie zugunsten öffentlicher Räume mit Aufenthaltsqualität zu verändern. Das gilt besonders in Innenstädten, wo der wirtschaftliche Erfolg des Einzelhandels mit dem Vorhandensein ausreichender Parkmöglichkeiten verknüpft wird. Besteht zudem noch Konkurrenz zu Einkaufszentren vor der Stadt mit ihren oft kostenlosen Parkierungsmöglichkeiten, verschärft sich der Widerstand gegen Veränderungen.

Noch immer bilden auch Trassen des motorisierten Verkehrs scharfe Zäsuren im System der öffentlichen Räume. Und auch weiterhin werden stadtstrukturell vormals bedeutsame Räume vom motorisierten Verkehr dominiert. In mehreren Städten wurden solche Orte identifiziert, in denen schon seit längerem versucht wird, den Verkehr zugunsten von mehr Aufenthaltsqualität zurückzudrängen.

Allerdings gab es an der einen oder anderen Stelle auch Erfolgsmeldungen – etwa: »Seit Jahren haben wir diesen Raum im Auge. Dann gab es ein Zeitfenster [Bau unterirdischer Stellplätze]. Und das haben wir genutzt«. Oder: »Früher war da alles zugeparkt. Und es hat viel Zeit und Überzeugungsarbeit gebraucht, bis dort ein Park entstehen konnte... Aber das ist nur ein Teilerfolg. Vieles müsste sich noch ändern. Wir kommen nur in kleinen Schritten voran.«

Am Rande erwähnt sei auch noch eine Entwicklung, auf die wir gleich in mehreren Städten stießen: Das »Autoposing«. Um ihre mehr oder minder spektakulären PKW dem Publikum vorzuführen, umkreisen die meist jugendlichen Fahrzeughalter belebte Plätze, »cruisen« Boulevards entlang und starten spektakulär an Ampeln etc.

Wesentlicher sind einige neue Perspektiven auf das Thema Mobilität, die uns vermittelt wurden. Vier möchten wir hervorheben:

- Es wird häufig nicht mehr in der schlichten Polarität »Mensch gegen Auto« gedacht, sondern als differenziert zu betrachtendes Problem einer Mobilität verstanden, die sich aus verschiedenen Verkehrsarten zusammensetzt. So wird z. B. auch gesehen, dass zwischen Rad- und Fußgängerverkehr Konkurrenzen bestehen. Selbst nur mit Blick auf den Radverkehr ergeben sich neuerdings Probleme angesichts unterschiedlicher Geschwindigkeiten (Pedelegs, E-Bikes, »normale« Fahrräder). Letztlich geht es darum, in begrenzten Stadträumen eine Vielfalt unterschiedlicher Mobilitätsarten »unterzubringen«.
- Solche Überlegungen können auch dazu führen, dass die Idee der »shared spaces« größere Verbreitung findet: »Man muss die Autos nicht vollständig herausnehmen. Wichtig sind verträgliche Geschwindigkeiten und Rücksichtnahmen aufeinander.«
- Es wurde in den Interviews auch immer wieder darauf hingewiesen, dass sich Mobilitätsangebote und Mobilitätsverhalten in absehbarer Zeit stark ändern werde: »Man muss das heute wirklich neu denken«. Was das aber genau heißt, bleibt noch weitgehend unklar. Sicher erscheint nur, dass allein die Elektrifizierung der Pkw am Grundproblem der Flächenkonkurrenz nichts ändert. Erst wenn Sharing-Modelle in verstärktem Maße Platz greifen würden, könnten sich auch flächenmäßig Änderungen ergeben. »Aber auch die benötigen Platz«, hieß es in diesem Zusammenhang – etwa mit Verweis auf Stellplätze für Leihfahräder, Ladestationen etc. Auch neuere Logistikkonzepte mit Mikroverteilzentren, Quartiersboxen etc. wurden in diesem Zusammenhang als neue Nutzungen, die Flächen im öffentlichen Raum beanspruchen, genannt.
- Die Verkehrsfrage wird auch im Kontext klimapolitischer Herausforderungen betrachtet. Schon aus diesem Grunde sei ein Wandel hin zu neuen Mobilitätsformen anzustreben.



Abb. 20: Einkaufszentrum Limbecker Platz, Essen

In jedem Fall sei, so hieß es zum Beispiel, bereits kurzfristig eine Veränderung des Modal Split – etwa durch Stärkung des Radverkehrs, zwingend. Das Bewusstsein für die Frage sei eine große kommunikative Herausforderung. Bislang vollziehe sich der Verkehrswandel nur schleppend.

Formen der Privatisierung, Kommerzialisierung und Flächenkonkurrenz

Früher wurde in der kritischen Stadtliteratur vielfach die »Privatisierung« öffentlicher Räume beklagt. Davon war in den von uns geführten Gesprächen nur selten die Rede. Lediglich auf ausdrückliche Nachfrage wurden einige Aspekte benannt und sogleich in ihrer Bedeutung relativiert. Das gilt zum Beispiel für Räume, die im Zuge von Konversionen, Redvelopments u. Ä. unter privater Beteiligung entstehen. Hier wird etwa darauf verwiesen, dass diese als »privatisiert« betrachteten Räume früher überhaupt nicht öffentlich zugänglich gewesen seien.

Auch die Ausweitung von Sondernutzungsrechten für Außen-gastronomie, Events unterschiedlicher Art etc. scheint heute zur »Normalität« öffentlicher Räume – zumal in zentralen Lagen – zu gehören und wird nur selten als Problem, gelegentlich sogar als Beitrag zur Belebung benannt.

Schon immer wurden in öffentlichen Räumen auch verschiedene technische Einrichtungen – etwa der Stadtwerke, der Stromversorger etc. untergebracht. Das war und ist vielen ästhetisch wie funktional ein Ärgernis. Folgt man einigen unserer Gesprächspartner, nimmt diese Inanspruchnahme durch sogenannte Sparten-träger (u. a. Betreiber von Kabelnetzen) eher zu als ab.

Auch auf die schon erwähnten Carsharing-Stationen, Leihfahrrad-Sammelplätze, Ladesäulen, Mikroverteilzentren der Post (für die Paketzustellung) etc. wurde in diesem Zusammenhang hin-

gewiesen: Auch hierbei handele es sich um Formen der privaten Aneignung öffentlich nutzbarer Räume.

In diesem Zusammenhang wurden wir auf eine weitere Entwicklung aufmerksam gemacht, die ein Gesprächspartner ebenfalls als eine Form der Privatisierung ansah: Im Wohnungsneubau werde aus Kostengründen häufig auf zweite Rettungswege verzichtet. Das mache das Freihalten von Feldern für Rettungsfahrzeuge, von denen aus Anleitungen möglich sind, im öffentlichen Raum notwendig – und verhindere so z. B. das Anpflanzen von Bäumen etc.

Flächenkonkurrenz bei Freiräumen

»Wir werden vom Zuwachs regiert«, hieß es mehrfach in Städten, die unter besonderem Wachstumsdruck stehen. Die Konsequenz: Es werden überall im Stadtgebiet Bebauungsmöglichkeiten gesucht und dabei richtet sich der Blick besonders auf Freiräume unterschiedlicher Art. Für diese Situation wurde in einer Stadt der treffende Begriff des »städtebaulichen Frackings« geprägt. Dieses »Herauspressen« von Baulandreserven hat zur Folge, dass »Räume, die wir vor zwei Jahrzehnten mühsam geschützt haben, nun bebaut werden«.

Von dieser Entwicklung sind insbesondere solche Grün- und Freiräume betroffen, die nicht in besonders hohem Maße genutzt werden oder aus anderen Gründen die Aufmerksamkeit der Stadtöffentlichkeit genießen. Aber gerade kleinere »Alltagsfreiräume« können für Quartiere bzw. Stadtteile und als Bausteine im Freiraumsystem große Bedeutung haben.



Abb. 21: Lippepark, Hamm

Zudem seien Grünräume selbstverständlich von enormer ökologischer bzw. klimapolitischer Bedeutung und bedürften auch schon aus diesem Grunde weiterhin des Schutzes.

Demografischer Wandel

Ein letzter Aspekt ist in diesem Zusammenhang noch anzusprechen, der in vielen Interviews im Kontext allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklungen Erwähnung fand, ohne ausführlicher behandelt zu werden: der demografische Wandel mit seinen verschiedenen Erscheinungsformen. Die Alterung der Gesellschaft findet insbesondere im Thema Barrierefreiheit ihren Ausdruck. Das bezieht sich auf alle öffentlich nutzbaren Räume und wird vielfach auch auf andere Gruppen (etwa Menschen mit Behinderungen) bezogen.

Der wachsende Anteil alter Menschen wirft aber auch die Frage der Erreichbarkeit von Freiräumen auf. So gewinnen etwa wohnortnahe Freiräume in den Stadtteilen angesichts des schrumpfenden Aktionsradius älterer Menschen immer mehr an Bedeutung. Auch auf den öffentlichen Nahverkehr wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. Und nicht zuletzt sieht man in E-Bikes etc. auch eine Möglichkeit, Freiräume auch für ältere Menschen erreichbar zu machen oder etwa große Parks oder Friedhöfe für sie zu erschließen.

Gesellschaftliche Vielfalt war der andere Aspekt des demografischen Wandels, der angesprochen wurde – in zweifacher Hinsicht: Einerseits stellte man nahezu einmütig fest, dass es bei der Nutzung öffentlicher Räume in zentralen Lagen keine deutlich ausgeprägte soziale Selektion oder gar Exklusion gebe (siehe vorher). Andererseits wurde auf die Bedeutung der stadtteilbezogenen Freiräume insbesondere in den Ankunftsquartieren der Städte verwiesen.

2.4 | Governance im öffentlichen Raum

Wie viele Aufgaben der Stadtentwicklung ist auch die Entwicklung öffentlich nutzbarer Räume eine Gemeinschaftsaufgabe – im Schnittbereich vieler Akteure. Das gilt für Planung, Bau, Umgestaltung und Pflege ebenso wie für die vielen Aspekte ihrer Nutzung.

Koordination und Kooperationen

Eine der Herausforderungen für Planung, Herstellung und Pflege öffentlicher Räume besteht in der Verteilung der Zuständigkeiten auf zahlreiche öffentliche Dienststellen, Betriebe etc., die zudem noch mit privaten Akteuren kooperieren (müssen): Planung (Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr, Landschaftsarchitektur), Bau (Tiefbau, Ingenieurbau, Grünflächen) Pflege (häufig eigenständige öffentliche Betriebe, teilweise auch ausgelagert), Abfallwirtschaft/Stadtreinigung, Ordnungsämter, Polizei... – sie alle sind in verschiedener Weise mit der Bewältigung der vorher genannten Herausforderungen befasst. Das geht vielfach nicht reibungsfrei, ist mit hohem Abstimmungsaufwand verbunden und kann in Blockaden münden. Von alledem war in den Gesprächen die Rede. Wenngleich der »Leidensdruck« in den verschiedenen Städten durchaus unterschiedlich zu sein schien.

Die Umgangsformen mit dieser Ausgangssituation waren sehr verschieden. In einigen Fällen gab es regelmäßige Abstimmungen auf der Leitungsebene, in anderen eher informelle operative Kontakte, die sich aber auch als wirkungsvoll erweisen können.

Bezogen auf einzelne Herausforderungen wurden zudem spezifische Koordinierungsformen benannt:



Abb. 22: Zentrale öffentliche Räume in Hamm, Kartenausschnitt

- Häufig werden (Um-)Gestaltungen öffentlicher Räume im Zuge der Kriminalprävention von Abstimmungsrunden unter Beteiligung der Polizei, kommunaler Ordnungsdienste etc. begleitet;
- Zum Umgang mit nächtlichem Feiern und den damit verbundenen Störungen wurde in einem Fall auch eine eigens gebildete Strategieguppe installiert.
- Darüber hinaus gibt es diverse Kooperationsformen vor allem mit der Geschäftswelt in Innenstädten. Diese können sich auf Sicherheits- und Ordnungsfragen beziehen oder auch auf größere Umgestaltungen, die in »öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP)« angegangen werden.

Allgemeiner ausgedrückt: Wer die Herausforderungen im öffentlichen Raum bewältigen will, muss sich immer, so drückte es ein Gesprächspartner aus, fragen: »Wen hole ich ins Boot, wer kommt von selbst«. Dass sich dabei einzelne Partner nicht oder nur schwer »ins Boot holen« lassen, kann zu erheblichen Problemen führen – unter anderem auch dort, wo etwa Pflegeaufgaben an Privatunternehmen ausgelagert wurden.

Von Bedeutung für das kommunale Handeln sind auch Rahmensetzungen des Bundes und der Länder – wie etwa Förderprogramme (z. B. »Aktive Stadt- und Ortsteilzentren«) oder das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, das Kommunalabgabengesetz etc. Sie haben Einfluss auf die Finanzierbarkeit von Maßnahmen, ermöglichen das Erarbeiten von Handlungsprogrammen (mit Aussicht auf Umsetzung) und initiieren querschnittsorientiertes Handeln.

Angesprochen ist damit auch die finanzielle Ausstattung der Gemeinden, die zweifellos großen Einfluss auf den Zustand der öffentlichen Räume hat. Hier waren es insbesondere die Grünflächenämter, die personelle und finanzielle Ressourcenknappheit

beklagten und die sie an der Bewältigung wachsender Anforderungen an Unterhaltung und Pflege öffentlicher Räume hindere.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Einbindung interessierter Bürgerinnen und Bürger in die Neu- und Umgestaltung öffentlicher Räume wurde in nahezu allen Gesprächen als zwingend angesehen: »Es geht nicht ohne«, hieß es. Nur ein »transparentes Herangehen ermöglicht konstruktive Arbeit...«. Man habe, so wurde mehrfach betont, »nur gute Erfahrungen damit gemacht«.

Eine solche Bewertung wurde jedoch nicht durchgängig geteilt. So hieß es zum Beispiel: »Da kommt doch nix anderes heraus als die drei B (Bäume, Bänke, Brunnen), manchmal noch das große P (Parkplätze)«. Einschätzungen wie diese wurde aber auch wiederum kritisiert. So könne und dürfe man nicht vorgehen, hieß es: »Wenn man nur mit dem weißen Blatt hinget und fragt, was sie sich wünschen, kann auch nichts anderes herauskommen. Man muss sie schon auf Ideen bringen...«.

Kritik anderer Art wurde dahingehend geäußert, dass es vor allem »bestimmte Kreise« seien, die sich beteiligen – aus verschiedenen Gründen Interessierte und (vermeintlich) Betroffene. Solche etwa, die »Angst um ihren Parkplatz haben«. Auch in Bezug auf die Meldung von Störungen und Mängeln im öffentlichen Raum gibt es, wie schon erwähnt, vermutlich eine gewisse soziale Selektivität: Artikulationsstarke bürgerliche Kreise prägen das Bild der Negativmeldungen, was aber wenig über die tatsächliche Verteilung der Mängel aussage.

Im Gegensatz zu öffentlichen Räumen von stadtweiter Bedeutung wird die Beteiligung in Stadtteilen anders eingeschätzt. Besonders dort, wo – etwa in Quartieren der sozialen Stadt – über lange Zeit eine intensive Kommunikation aufgebaut und

Vertrauen gewonnen werden konnte, eröffneten Maßnahmen im öffentlichen Raum die Möglichkeit, Wirkungen von Beteiligungen zeitnah zu erleben. Hier könne man auch einzelne Bewohnergruppen gezielt ansprechen und so die Teilhabe sozial ausreichend breit und ausgewogen gestalten.

Zugleich aber wurde in diesem Zusammenhang auch Kritik laut. Gerade in Stadterneuerungsgebieten und Quartieren der Sozialen Stadt seien die Förderprogramme in viel zu hohem Maße baulich-investiv ausgerichtet – aber solche Maßnahmen allein vermöchten keinen nachhaltigen Erfolg zu gewährleisten.

Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerinnen und Bürger werden aber nicht nur an Planungen beteiligt, sie werden auch selbst aktiv bzw. in Umsetzung, Pflege und Weiterentwicklung eingebunden. Man mag bei solchen Stichworten zuerst an »urban gardening« denken. Aber davon war nicht sehr häufig die Rede (was darauf schließen lassen könnte, dass es zwischen fachlicher Aufmerksamkeit und der Relevanz im Alltag der Städte eine gewisse Diskrepanz gibt).

Eher ging es um Patenschaften für Gestaltung und Pflege von Baumscheiben, um gemeinsame Müllbeseitigungsaktionen oder um die dauerhafte Betreuung einzelner Grün- und Freiräume. Gerade dort, wo einzelne Gruppen (z. B. Jugendliche) bisweilen als Störer auffielen, könne, so wurde uns erläutert, unmittelbarer sozialer Kontakt viel bewirken: Vandalismus werde eingedämmt oder verhindert und sozialen Konflikten vorgebeugt.

Zum Schluss

Die Interviewserie hat ein facettenreiches Bild von den Herausforderungen in und mit öffentlichen Räumen – aus der Sicht von kommunalen Fachleuten – erzeugt. Sie mag auch ein wenig zur »Entdramatisierung« angesichts gelegentlich überhitzter öffentlicher Debatten beigetragen haben. Und es sind wohl auch einige neue Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze deutlich geworden. Zugleich aber gibt sie Anlass, an alte Grundsätze zu erinnern, die in Zeiten des »urbanen Frackings« verloren gehen könnten. Früher, so stellte ein Gesprächspartner fest, wurden (neue) Stadtteile von öffentlichen Räumen her gedacht – »heute ist es genau umgekehrt, erst kommt die immobilienwirtschaftliche Betrachtung, dann die Erschließung und dann irgendwann der öffentliche Raum als Aufenthaltsort für Menschen...«.

B | Der Marktplatz in Mannheim

Bedeutung, Nutzung, Handlungsbedarf – eine multiperspektivische Fallstudie

Während im ersten Teil der Erhebungen zehn Stadtberichte im Querschnitt betrachtet wurden, stand in der zweiten Phase der Erhebungen ein konkreter, zentraler Stadtraum im Mittelpunkt: der Marktplatz in Mannheim. Durch Nutzungskartierungen, Raumbesichtigungen und Befragungen wurde an diesem Beispiel exemplarisch untersucht, wie zentrale Stadträume wahrgenommen und bewertet werden, wer sie (nicht) nutzt und welche Arten von Begegnung stattfinden. Neben der Möglichkeit, die gewonnenen Erkenntnisse aus der ersten Phase zu überprüfen, konnten zentrale Fragestellungen des Vorläuferprojekts (ViSta I) erneut aufgegriffen und anhand der Fallstudie beleuchtet werden.

Der ausgewählte Ort zählt zu den in der ersten Phase ermittelten, zentralen öffentlich nutzbaren Räumen in Mannheim. Der Platz verfügt über eine aus seiner Historie heraus begründete, zentrale Stellung im Stadtgebiet und übernimmt u. a. als Ort des Wochenmarkts eine für die Stadtgesellschaft bedeutsame Funktion. Darüber hinaus ergaben die Befragungen der ersten Projektphase Hinweise darauf, dass der Marktplatz auch politisch und kulturell ein Platz zentraler Bedeutung ist. In Bezug auf die Nutzer war von der Besonderheit einer bi-kulturellen Nutzung von türkisch-stämmigen und deutschen Anwohnern die Rede. Die angrenzende Marktstraße mit überwiegend türkischen Geschäften florierte, während die benachbarte Fußgängerzone einen deutlichen Ab-

wärtstrend verzeichne. Die wirtschaftliche Entwicklung des Einzelhandels habe auch Auswirkungen auf den Marktplatz, wie etwa Bewegungen auf dem Immobilienmarkt. Der (eigentlich) prototypische öffentliche Raum des Mannheimer Marktplatzes vereint einige der in der ersten Projektphase ermittelten Eigenschaften und Herausforderungen zentraler öffentlich nutzbarer Stadträume sowie einen unter Gesichtspunkten residentieller Segregation und Milieuspezifika interessanten Raum. Er stellt somit einen für die genannten Fragestellungen geeigneten Fallstudienort dar, dessen Dynamiken, Wahrnehmung und Nutzung es im Weiteren zu untersuchen galt.

Die Innenstadt Mannheims weist eine besondere bauliche Struktur auf: Im Zuge der Stadtgründung zu Beginn des 17. Jahrhunderts wurde sie rasterförmig angelegt und ist somit in deutlich erkennbare Rechtecke unterteilt, welche von einer Ringstraße zwischen Rhein und Neckar gefasst werden (Abb. 23). In den Mannheimer »Quadraten« liegen mehrere öffentliche Räume, die von den Befragten als »zentral« eingeschätzt und benannt werden. Neben dem Marktplatz, stehen zwei Räume im Zentrum der Wahrnehmung: Zum einen der südlich des Marktplatzes gelegene Paradeplatz, der einer der am intensivsten genutzten Plätze der Innenstadt zu sein scheint und im direkten Zusammenhang mit der Einkaufsfunktion der umliegenden Straßen steht. Er befindet sich am Kreuzungspunkt zweier zentraler Hauptverkehrsachsen und hat daher auch für den ÖPNV eine herausgehobene Funktion. Fast ebenso häufig wurde der Friedrichsplatz im Osten der Innenstadt in den Befragungen benannt. Es handelt sich um eine neubarocke Grünanlage mit einem markanten Wasserturm. Außerdem fanden der südlich gelegene Schlossplatz und der Bereich der Kapuzinerplanken mehrmals Erwähnung (Abb. 23-27).

Der Mannheimer Marktplatz misst etwa 115 mal 95 Meter. Die vier Seiten des Platzes weisen ganz unterschiedliche Prägungen auf: Östlich des Platzes befindet sich die Kurpfalzstraße – die frü-

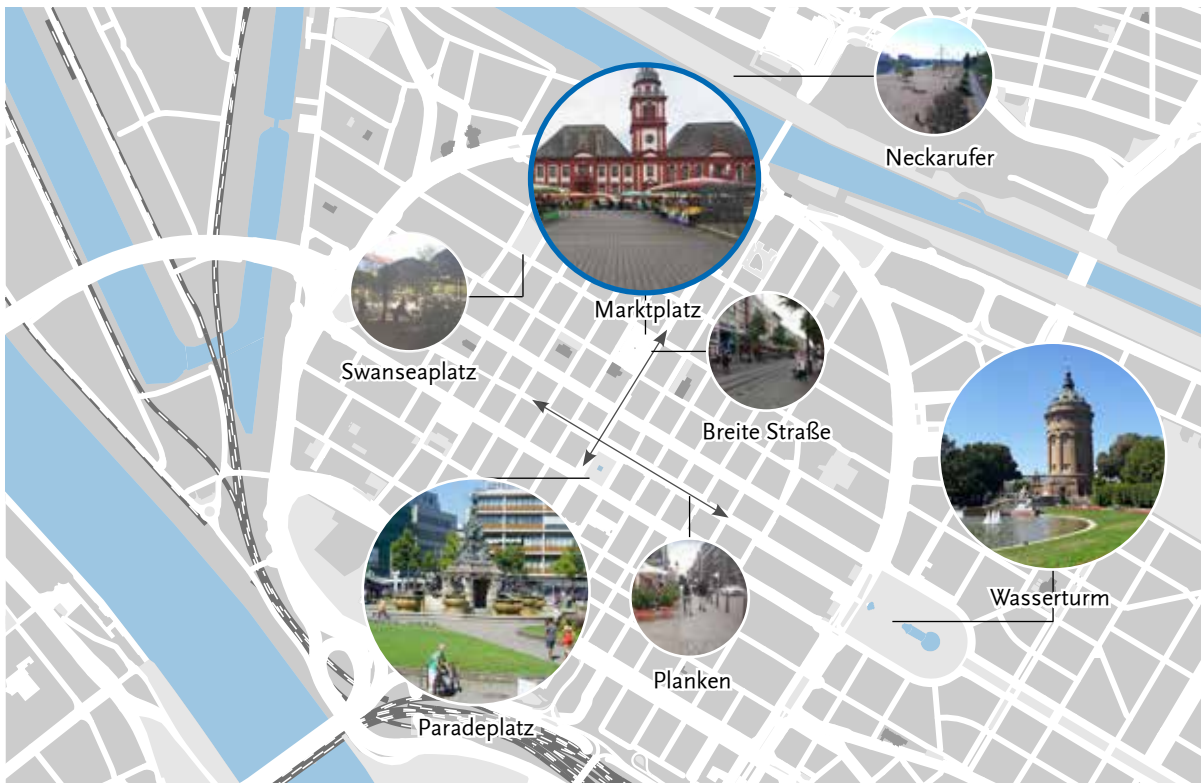


Abb. 23: Öffentliche Räume in der Mannheimer Innenstadt



Abb. 24: Kurpfalzstraße bzw. „Breite Straße“



Abb. 25: Planken



Abb. 26: Paradeplatz



Abb. 27: Friedrichsplatz mit Wasserturm

her Breite Straße hieß und auch heute noch oft so benannt wird – mit der hochfrequentierten Straßenbahnhaltestelle »Marktplatz«. Diese Straßenseite ist geprägt von Einzelhandels- und Dienstleistungsangeboten. Zusammen mit der Straßenbahnhaltestelle beeinflusst der besucherstarke Lebensmittelmarkt auf Höhe des Marktplatzes die Fußgängerfrequenz an dieser Stelle in besonderer Weise. Südlich wird der Marktplatz von einem barocken Doppelbau mit Kirchturm gefasst, in dem sich sowohl die katholische Pfarrkirche St. Sebastian als auch das Alte Rathaus mit historischem Trausaal, der weiterhin häufig für Eheschließungen genutzt wird, befinden. In der Erdgeschosszone des Gebäudes finden sich kleine Geschäfte, ein kleiner Imbiss mit Stehtischen auf dem Platz sowie eine Schneiderei und ein Blumengeschäft auf kleinem Raum. An seiner westlichen Seite verläuft die Marktstraße, welche mit einem vielfältigen Angebot an vor allem türkischer Gastronomie, Schmuck sowie Braut- und Abendmoden überregional bekannt ist und insbesondere am Wochenende zahlreiche Besucher anzieht. Dieser Bereich setzt sich auch in den nordwestlich angrenzenden Quadranten weiter fort. An der nördlichen Seite des Platzes befinden sich weitere, überwiegend orientalisches geprägte Gaststätten, welche im Sommer einen Teil des Platzes für ihre Außengastronomie nutzen.

Optisch wird der Marktplatz von einem mittig darauf befindlichen Brunnendenkmal dominiert, auf das hell abgesetzte Pflastersteine strahlenförmig zulaufen. An der nördlichen und südlichen Brunnenseite sind jeweils zwei hölzerne Sitzbänke angebracht, die zugleich die einzigen ausgewiesenen Sitzmöglichkeiten außerhalb der Außengastronomie darstellen. Umgeben wird der Platz von drei- bis fünfgeschossiger, geschlossener Blockrandbebauung. Unter dem Marktplatz befindet sich zudem eine Tiefgarage, welche von Norden kommend über eine parallel zum Platz verlaufende Rampe befahren und in südlicher Richtung wieder verlassen wird. Drei Treppenzugänge an den Platzseiten (zwei östlich, einer süd-westlich) stellen den fußläufigen Zugang zur Tiefgarage her. An der westlichen Platzseite gibt es zudem einige Anlehnbügel, um Fahrräder abzustellen (Abb. 28).

Während des dreimal wöchentlich stattfindenden Wochenmarkts wandelt sich das Bild dieses in der Mitte eher leeren und zu den Seiten rege genutzten Platzes völlig. Während dienstags und donnerstags nur einige Marktstände und Besucher vor Ort sind, ist der Platz samstags stark belebt: Er wird fast vollständig von einem Meer aus bunten Marktständen bedeckt, die in rechteckigen Karrees zusammenstehen.

Bei der Untersuchung der Nutzung und Wahrnehmung des Mannheimer Marktplatzes konnten in methodischer Hinsicht Erfahrungen aus dem Vorgängerprojekt »Öffentliche Räume in stadsgesellschaftlich vielfältigen Quartieren« genutzt werden. Es kam ein Methodenmix aus unterschiedlichen Verfahren zum Einsatz, der leitfadengestützte Interviews mit Schlüsselpersonen, Nutzerbefragungen sowie Raubeobachtungen vor Ort umfasste:

In insgesamt zwölf Schlüsselpersonengesprächen (dazu die Liste im Anhang) wurde die Rolle des Marktplatzes im Kontext des innerstädtischen Raumgefüges dargestellt und erörtert. Dabei wurden auch Nutzungen, Nutzergruppen und auftretende Nutzungskonflikte thematisiert. Neben vielen interessanten Fakten, die auf diese Weise gewonnen werden konnten, wurden so auch

die unterschiedlichen Sichtweisen verschiedener lokaler Akteure gut sichtbar.

Zudem wurden die Perspektiven der Platznutzerinnen und -nutzer durch kurze Befragungen mit einem vorbereiteten Fragebogen eingefangen: Durch mehr als 60 Straßenbefragungen auf dem Marktplatz, 24 Befragungen von anliegenden Gewerbetreibenden sowie Befragungen der Markthändler und anderen Akteuren eines Händlernetzwerks konnte ein umfassendes Bild zur Wahrnehmung, Nutzung und Bedeutung des Marktplatzes zusammengetragen werden.

Die Raubeobachtungen dienten schließlich der Erfassung der konkreten Raumnutzung. Hierbei galt es herauszufinden,

- wie und von wem der Marktplatz genutzt wird,
- wie sich die Nutzungsart und -frequenz über Tages- und Nachtzeiten sowie an verschiedenen Wochentagen verändert,
- und ob sich die Vielfalt der Stadtgesellschaft und die aus den Vorerhebungen vermutete simultane Präsenz und Sichtbarkeit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in zentralen öffentlichen Räumen vor Ort tatsächlich abbildet.

Es wurden insgesamt 12 Beobachtungseinheiten von je etwa einer Stunde an unterschiedlichen Wochentagen (Werktag und Wochenende) und zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten sowie bei verschiedenen Wetterlagen durchgeführt. Die Beobachtungen wurden parallel von zwei bis vier Beobachterinnen von unterschiedlichen Beobachtungsstandorten aus gemacht, um den gesamten Raum erfassen zu können. Die Ergebnisse wurden anschließend zusammengeführt (eine beispielhafte Raubeobachtungseinheit in Abb. 42).

Die Querauswertung der ersten Phase hatte unter anderem ergeben, dass zentrale öffentliche Räume nicht etwa gleichartig sind, sondern sehr unterschiedliche Charaktere (Funktionen, Nutzungsprofile etc.) aufweisen – dies konnte durch die Fallstudienarbeit in Mannheim bestätigt werden: Die öffentlichen Räume in der Mannheimer Innenstadt unterscheiden sich deutlich: Um den Marktplatz und seine Rolle als Ort für den Wochenmarkt und Großveranstaltungen verstehen zu können, muss er im Zusammenhang mit weiteren zentralen Stadträumen, wie dem Paradeplatz (der als Treff- und Umsteigepunkt dient und Aufenthaltsmöglichkeiten bietet) und dem Friedrichsplatz (als barocke Gartenanlage mit hoher Aufenthaltsqualität) gesehen werden.

Ziel der Untersuchung war es unter anderem herauszufinden, wer zentrale öffentliche Räume auf welche Weise nutzt und welche Probleme bzw. Herausforderungen sich dadurch ergeben. Dahinter stand die Annahme, dass die zentralen Räume (im Gegensatz etwa zu Quartiersplätzen) von stadtweiter Bedeutung sind und daher potentiell von allen Teilen der Stadtgesellschaft genutzt werden.

Hierauf bezogen: Der Marktplatz wird genutzt – auf vielfältige Weise und von verschiedenen Nutzergruppen unterschiedlichen Alters, Ethnien, Geschlechter und sozialer Hintergründe. Als häufigste Nutzung konnte das Überqueren des Platzes identifiziert

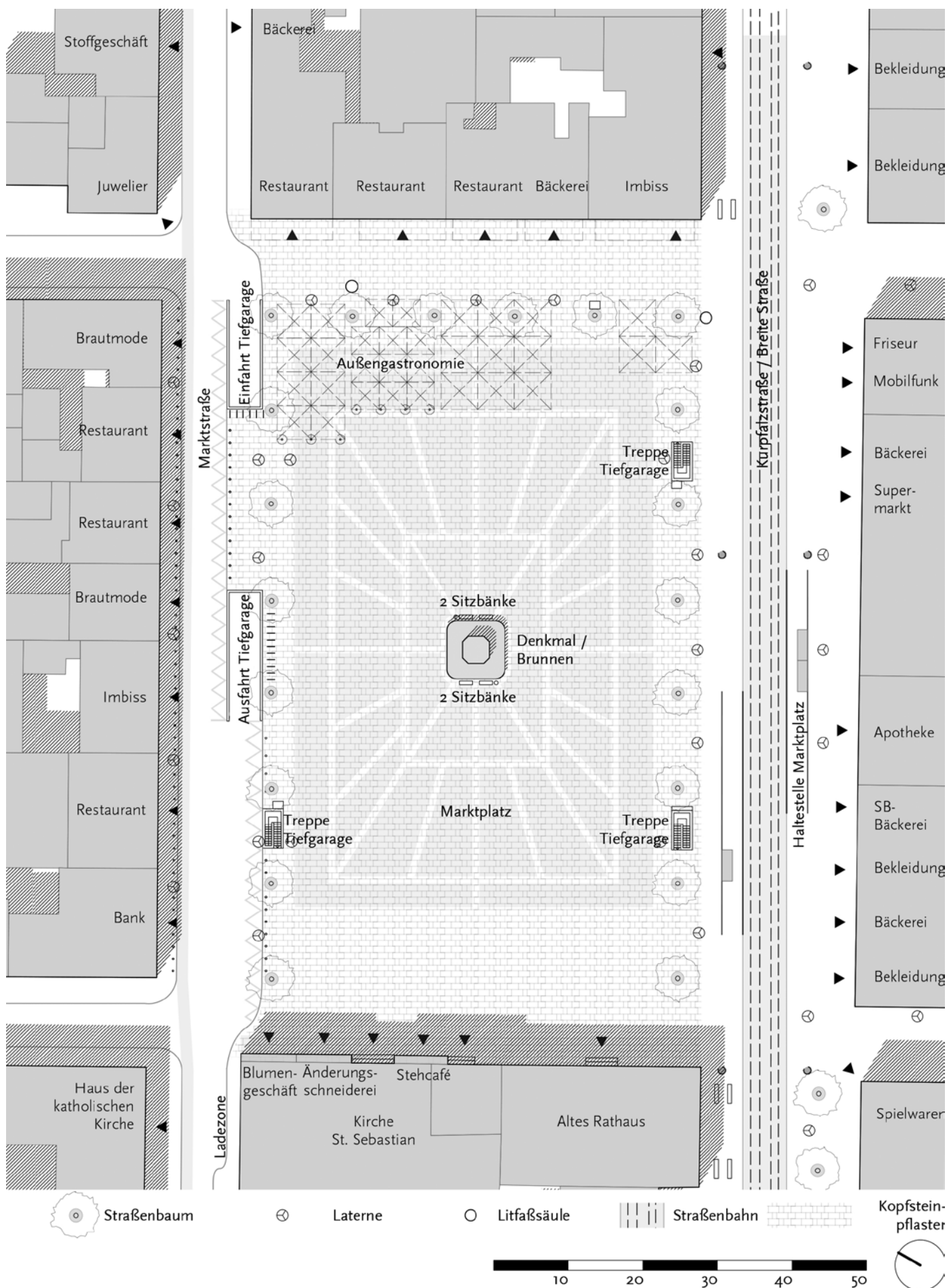


Abb. 28: Gestaltungsplan Marktplatz



Abb. 29: Panoramaaufnahme Mannheimer Marktplatz

werden. Über alle Tageszeiten hinweg passieren in unterschiedlicher Frequenz einzelne Personen und kleinere Gruppen den Platz. In den Beobachtungen vor Ort stellte die nördliche Fußgängerzone zwischen der Gastronomie und ihrer Außenbestuhlung eine besonders häufig genutzte Verbindung dar, genauso wie die diagonale Verbindung von Süd nach Nord.

Viele nutzen den Platz aber auch zum Aufenthalt: Hier steht das Treffen und Unterhalten mit anderen und das Nutzen von Sitzgelegenheiten (auf Bänken, sämtlichen Vorsprüngen, Mäuerchen etc.) sowie das Rauchen und Telefonieren bzw. Tippen auf Mobiltelefonen im Vordergrund. Letzteres zählte mit zu den am häufigsten in den Raumbefragungen aufgezeichneten Nutzungen, wurde jedoch weder in den Nutzerbefragungen noch in den Schlüsselpersonengesprächen als Nutzung benannt. Gruppen von drei bis sieben Personen verschiedenen Alters waren häufig zu beobachten, die sich über 30 bis 60 Minuten auf den Bänken rund um den Brunnen aufhielten. Meist waren kleinere Kinder Teil der Gruppen, die sich damit beschäftigten, Tauben über den Platz zu jagen oder sie zu füttern. Gelegentlich war auch das Ballspiel oder das Klettern am Brunnengitter zu beobachten.

Insbesondere freitags finden sich zudem Hochzeitsgesellschaften ein, um im Standesamt des südlich gelegenen Rathauses Trauungen beizuwohnen. In diesem Zuge wird der Bereich vor dem Standesamt genutzt, um das Brautpaar zu empfangen oder das Hochzeitsauto abzustellen. Der an die Fußgängerzone grenzende Raum seitlich des Standesamtes wird zudem häufig für Informationsstände bzw. das Sammeln von Spenden genutzt.

Die Zeiten, in denen der Marktplatz für den Wochenmarkt genutzt wird, verändern den Raumeindruck: Die freie Platzfläche wird zu großen Teilen von Marktständen bedeckt und auch das Nutzerspektrum verändert sich sichtbar (insbesondere was den Altersdurchschnitt betrifft). Auffällig ist auch, dass der Markt nicht nur zur Lebensmittelversorgung genutzt wird, sondern auch als Treffpunkt und Freizeitort. Allerdings weisen Markthändler darauf hin, dass seit Jahren ein Rückgang der Kunden festzustellen sei...

Neben dem Wochenmarkt wird der Marktplatz zudem einige Male im Jahr für größere Veranstaltungen genutzt: Nahezu alle Gesprächspartner berichteten von Kundgebungen am 1. Mai, aber auch von anderen Gelegenheiten, zu denen der Marktplatz Ort für politische Kundgebungen und Demonstrationen, aber auch für Konzerte, große (auch religionsübergreifende) religiöse Feste und weitere Veranstaltungen dient. Dabei wurde hervorgehoben, dass der Markt als einziger freier Platz in der Innenstadt Mannheims eine einmalige Funktion als Austragungsort solcher Veranstaltungen übernehme. Seine räumliche Flexibilität sei dabei ein wesentlicher Faktor.

Durch die Lage am Rande einer stark türkisch geprägten Gastronomie- und Einkaufszone, kommt dem Marktplatz eine Sonderrolle zu. Bereits in den ersten Gesprächen in Mannheim wurden wir darauf hingewiesen, dass – wie es ein Gesprächspartner ausdrückte – »der historische Marktplatz und sein Umfeld zu den wenigen Bereichen dieser Art in Deutschland gehört, die stark von Einwandererkulturen geprägt sind«.

Dieser Eindruck bestätigte sich sowohl durch den Blick auf die Sozialstatistiken (der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt im Stadtbezirk Innenstadt/Jungbusch bei 61,7%), als auch durch die Vor-Ort-Erhebungen. Wir fanden zwar eine gemischte Nutzerschaft vor, eine Gruppe stach jedoch besonders hervor: Es handelt sich dabei um Kunden aus überwiegend türkeistämmigen Milieus, die – teilweise aus weiter entfernten Wohnorten im Südwesten Deutschlands – anreisen, um das spezialisierte und hochwertige türkisch und arabisch geprägte (Hochzeits-)Angebot nordwestlich des Marktplatzes zu nutzen. Mit Blick auf den gesamten Beobachtungszeitraum kann man jedoch nicht von der Dominanz einer Gruppe sprechen. Das Nutzerspektrum ist eher als vielfältig und verschieden zu bezeichnen – was soziale Milieus, kulturelle Zuordnung, Alter und Geschlecht betrifft.

Die Betriebsamkeit auf dem Platz schwankt je nach Tageszeit und Wetterlage, insofern bestätigt die Untersuchung die Befunde aus der Befragung der Fachleute. Während der Platz am Morgen von Personen vor allem auf dem Weg zu anderen Zielen

»Da trifft sich wirklich alles. Der Markt als Treffpunkt am Samstag hat an Bedeutung deutlich zugenommen.«

»Dort kann man alles sehen, was es auf der Welt gibt.«



Abb. 30 - 33: Impressionen Wochenmarkt (links oben: nächtlicher Aufbau)



Abb. 34: Durchführung Nutzerbefragung

Abb. 35: Durchführung Raumbeobachtung

überquert wird (die Bahnhaltestelle ist dabei ein entscheidender »Frequenzbringer«), erreicht die Nutzungsintensität insbesondere in den Abendstunden ihren Höhepunkt: Von »nächtlicher Leere« als Problem, wie es in der ersten Interviewphase von verschiedenen Seiten beschrieben worden war, kann auf dem Marktplatz nicht die Rede sein. Selbst nachts waren Menschen auf dem Platz anzutreffen (wenn auch in geringerer Zahl als tagsüber), die sich unterhielten, die die gastronomischen Angebote nutzten, auf den vorhandenen Bänken Bier tranken oder Fastfood aßen. Störungen durch diese nächtlichen Nutzungen spielten weder in den Beobachtungen noch in den Befragungen eine Rolle. Einzelne Stimmen deuteten Ruhestörungen durch geräuschvoll vorbeirasende Autos an, ein Konflikt, der auch medial auf Mannheim bezogen unter dem Begriff »Autoposing« thematisiert wird.

In der vorangegangenen Projektphase war zudem eine Übernutzung städtischer Räume als Hauptgrund für Konflikte benannt worden. Auch das ließ sich in den Erhebungen zum Marktplatz nicht bestätigen. Vielmehr ergibt sich der in den Untersuchungen am häufigsten benannte Konflikt am Mannheimer Marktplatz aus speziellen Randnutzungen: Es handelt sich um Grillrauch, der durch zahlreiche umliegende Restaurants mit Holzkohlegrills verursacht wird. Je nach Wetterlage führt er am Platz bis in die Nachtstunden zu Geruchsbelästigung und – nach Aussage einiger Befragter – auch zu Fettablagerungen auf Dächern und Autos. Dieser Aspekt war bereits in der ersten Projektphase von den befragten Fachleuten benannt worden und ließ sich im Rahmen der Erhebungen bestätigen. Damit wird erneut deutlich, dass Nutzungsmischung (in diesem Fall von Wohnen und Gastronomie) in den Innenstädten Konflikte erzeugen können, die immer wieder neu austariert werden müssen. Das gilt vor allem dann, wenn – wie in diesem Fall – die gastronomischen Angebote auf dem Marktplatz wesentlich zu dessen Belebung beitragen und zahlreich von verschiedensten Menschen genutzt werden.

Die Belieferung der um den Platz ansässigen Geschäfte und Lokale ist in diesem Zusammenhang ebenfalls als Konflikt benannt worden: So gibt es zwar ausgewiesene Lieferzonen, diese werden jedoch nach Aussage verschiedener Befragter und im Rahmen unserer Beobachtungen nur selten benutzt. Die Lieferfahrzeuge halten u. a. direkt auf dem Marktplatz oder in der nördlichen Fußgängerzone. Die so entstehenden Verkehrsstaus und unübersichtlichen Verkehrssituationen für Fußgänger werden kritisiert.

Auch das Thema der Verschmutzung findet sich in Mannheim wieder: Verunreinigungen wurden von Befragten bemängelt und z. T. auch von uns beobachtet. Das Problem scheint aber erkannt



Abb. 36: Verschiedene Nutzer des Platzes



Abb. 37: Überqueren des Platzes als Hauptnutzung



Abb. 38: Aufenthalt auf dem Marktplatz auf Bänken

»Der Marktplatz ist toll, um Aufmerksamkeit zu erregen«

zu sein, denn zugleich fiel eine häufige Reinigung des Platzes durch städtische Betriebe auf.

Zudem waren sogenannte »unerwünschte Nutzergruppen«, wie die Trinkerszene, Bettler oder obdachlose Menschen allein oder in Gruppen mitunter auf dem Marktplatz zugegen, sie verhielten sich jedoch nur in Ausnahmefällen auffällig.

Auffällig häufig hielten sich Ordnungskräfte auf dem Marktplatz auf, sichtbar durch auf dem Platz abgestellte Dienstfahrzeuge oder Streife laufende Uniformierte. Auch in der vorangegangenen Untersuchung war von den Befragten der Präsenz von Ordnungskräften größere Bedeutung beigemessen worden als etwa der möglichen Installation von Überwachungskameras. Während das Thema Sicherheit medial große Aufmerksamkeit genießt, stand es in den Befragungen und Beobachtungen nicht im Fokus.

Ein Befund aus verschiedenen vorangegangenen Untersuchungen zum öffentlichen Raum und seiner Wahrnehmung bestätigte sich auch hier: Die Bewertung und Einschätzung eines öffentlichen Stadtraums variiert sehr stark. Mit jedem Gespräch erweiterte und differenzierte sich das Bild des Marktplatzes. Ein Beispiel: Während der überwiegende Teil der Befragten den multikulturellen Charakter des Raumes schätzt und zum Anlass nimmt sich dort aufzuhalten, führt das bei anderen dazu, dass sie sich fremd fühlen und dem Marktplatz fernbleiben. Was für den einen positiv ist, bewertet ein anderer negativ – Ähnliches gilt auch für den Wochenmarkt und die dafür freigehaltene, flexibel nutzbare Platzfläche: Manche betonen die wichtige Funktion des Marktplatzes als Ort, der für politische und andere (Groß-)Veranstaltungen zur Verfügung steht, andere wünschen sich mehr festes Mobiliar, das Aufenthaltsmöglichkeiten ohne Konsumzwang bieten könnte. Es bestätigte sich die Vermutung, dass die Einschätzungen davon abhängen, in welchem Verhältnis die Nutzer zum Raum stehen (sind sie zum ersten Mal da oder halten sie sich täglich dort auf; sind sie als Tourist vor Ort oder als Anlieger/Arbeitnehmer) und welches Alter, Geschlecht oder welche Milieuzugehörigkeit sie aufweisen.

Es bleibt aber festzuhalten: Trotz einiger Konflikte wird der Mannheimer Marktplatz generell positiv bewertet: Er sei, so wurde immer wieder unterstrichen, nicht zuletzt aufgrund seiner Wochenmarktfunktion ein sehr wichtiger Ort für die Innenstadt Mannheims. Auch die Markthändler äußerten sich überwiegend positiv zum Marktplatz: So schätzten sie vor allem die freie und flexible Fläche sowie die zentrale Lage des Platzes in der Innenstadt. Die Lage biete den Kunden die Möglichkeit, weitere Ange-



Abb. 39: Kinderspiel mit Tauben



Abb. 40: Hochzeitsgesellschaft vor dem Standesamt



Abb. 41: Fundraising

bote der Stadt nach dem Wochenmarktbesuch zu nutzen. Zudem betonten viele Befragte, dass es sich um einen »Ort der Begegnung« handle – das Vorhandensein von Menschen verschiedener Kulturen wird von vielen – aber nicht von allen – geschätzt.

Der Marktplatz in Mannheim zeigte sich in unseren Untersuchungen mit zwei Gesichtern: Zum einen ist er, als Übergangsraum zwischen klassischer Innenstadtnutzung und einer spezialisierten, türkisch geprägten Einzelhandelsstruktur überregionaler Bedeutung gelegen, Ort des Aufeinandertreffens verschiedenster Nutzer. Vorbeigehen, Schlendern, Aufenthalt, Essen und Trinken, Kinderspiel und viele andere Nutzungen lassen sich beobachten. Dreimal in der Woche verwandelt er sich in den „klassischen“ Typus des Orts für den Wochenmarkt, die Marktstände mit ihrer überwiegend älteren und – nach Auskunft der Händler – zahlungsfähigeren Kundschaft bestimmen dann das Bild des Platzes.

Er übernimmt demnach sowohl im Alltag als auch als Ort für das Marktgeschehen und für größere Sonderveranstaltungen wichtige Funktionen für die Stadtgesellschaft von Mannheim, der angrenzenden Städte und sogar für Kunden aus dem ganzen Südwesten Deutschlands.



Abb. 43: Türkisch geprägte Gastronomie- und Einkaufszone



Abb. 44: Konfliktthema Grillrauch



Abb. 45: Rechtswidriges Parken auf dem Marktplatz

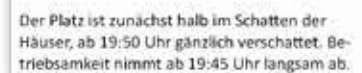
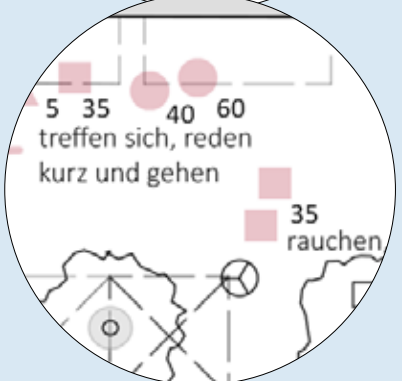
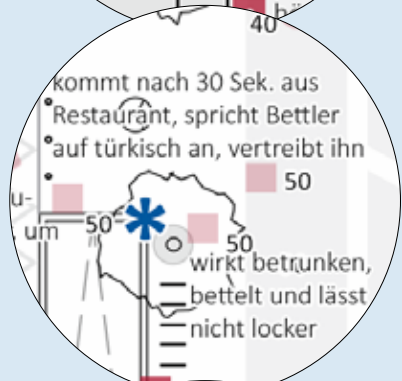
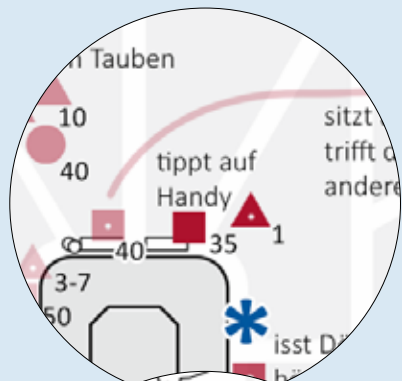


Abb. 42: Beobachtungsbogen (wochentags, 19-20 Uhr)



Die Raumbeobachtungen wurden im Laufe von sechs Tagen zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten durchgeführt. Um den ganzen Platzraum beobachten zu können, waren je nach Betriebsamkeit zwei bis vier Beobachterinnen vor Ort. Festgehalten wurden Personen, die den Platz nutzen, indem sie sich (zumindest kurz) aufhalten. Reines Passieren oder Vorbeifahren wurde stichprobenartig gezählt und als allgemeine Beobachtung festgehalten.

Zu allen Zeiten waren Menschen auf dem Platz zugegen und nutzten ihn. Ihren Höhepunkt erreichte die Geschäftigkeit auf dem Platz an einem sommerlichen Donnerstagabend zwischen 19 und 20 Uhr (sh. Beobachtungsbogen links), aber auch bis in die späten Abend- und Nachtstunden hielten sich Menschen verschiedenen Geschlechts, Alters und Herkunft auf dem Platz auf. Im Rahmen der Beobachtungen entstand so der Eindruck eines frequentierten und genutzten Raumes.

Einige Nutzer trafen sich auf dem Marktplatz, um dann gemeinsam die ansässigen Restaurants zu besuchen. Das Nutzen von Mobiltelefonen sowie das Rauchen stellten sehr häufig zu beobachtende Nutzungen dar. Auffällig war zudem, dass obwohl keine ausgewiesenen Spielgeräte oder -gelegenheiten auf dem Platz vorzufinden sind, Kinderspiel mit mitgebrachtem Spielzeug sowie das Füttern und Jagen von Tauben ebenfalls häufig stattfand.

Betrunkene und/oder verwirrte Personen ließen sich häufiger am Platz beobachten, manche von ihnen tranken auf dem Platz und unterhielten sich dabei, andere durchsuchten Mülleimer. Nur vereinzelt verhielten sich Personen auffällig oder laut.

Gelegentlich wurden wir als Beobachtende von Passanten angesprochen. Manche zeigten Interesse am Verhalten (das Notieren und Verharren auf dem Platz fielen auf), andere baten um Geld, Zigaretten oder Auskunft. So ergaben sich Gespräche, in denen auch der Markt, das Nutzungsverhalten der jeweiligen Personen und ihre Sichten auf den Platz erfasst werden konnten.

C | Lärm, Littering & Co

Ergebnisse eines Werkstattgesprächs

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts »Öffentliche Räume im Zentrum der Städte« (Abschnitt A und B in dieser Broschüre) wurden im Rahmen eines Werkstattgesprächs mit Vertreterinnen und Vertretern aus der kommunalen Praxis und des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (vhw) erörtert (Liste der Teilnehmenden im Anhang).

Ziel des Werkstattgesprächs, das am 19. November 2018 in Hamm stattfand, war es:

- Befunde des Forschungsprojekts auf den Prüfstand zu stellen,
- Handlungsansätze auszutauschen und
- mögliche Folgerungen für Praxis und Forschung zu erörtern.

Das Gespräch war in drei Abschnitte gegliedert:

- Lärm und andere Nutzungskonflikte (»die Lust am Feiern im Freien und was daran stört«),
- Sauberkeit im öffentlichen Raum (»To go und was davon bleibt«),
- Sicherheit, Sicherheitsempfinden (»Mit Sicherheit verunsichert?«).

Jeder der drei Themenkomplexe wurde zunächst mit einigen zentralen Thesen aus dem Forschungsprojekt eingeleitet. Eine erste Rückmelderunde (»Zurufe«) aus Sicht der kommunalen Akteure diente anschließend dazu, Meinungen aus der Praxis zu den Thesen einzufangen. Der nächste Schritt der Erörterungen wurde durch Impulse von Teilnehmenden eingeleitet und war Handlungsansätzen und den damit gewonnenen Erfahrungen gewidmet.

Durch alle drei Erörterungsrunden zog sich wie ein roter Faden die allgemeinere Fragestellung nach möglichen Folgerungen – insbesondere auch für die Frage nach »Regeln« für die alltägliche Nutzung der Stadt – und die stadtgesellschaftliche Kommunikation darüber.

Die Lust am Feiern im Freien – und was daran stört: Lärm und andere Nutzungskonflikte

Vier Befunde aus den Befragungen und Beobachtungen im Forschungsprojekt standen am Anfang der Erörterung zur »Lust am Feiern im Freien«:

- Öffentliche Räume werden intensiv(er) genutzt.
- Mit dieser intensiven Nutzung können negative Wirkungen verbunden sein.
- Dazu gehören insbesondere Nutzungskonflikte mit in der Nähe wohnenden Menschen.
- Eine besondere Ursache für solche Störungen ist das nächtliche Feiern im Freien (»Cornern«, Events, Umfeldler gastronomischer Einrichtungen).

Maßnahmen	Zeithorizont	Stand	Zuständigkeit
1. Ausweitung Nachtleben	Kurzfristig	in Realisierungsphase	Klubs, Stadt, RSA, Kapo
2. Vermittlungsstelle Nachtleben	Kurzfristig	umgesetzt	Stadt, Dritte
3. Lokalvermittlung/Raumbörse	Kurzfristig	umgesetzt	Stadt
4. Spontanbewilligung	Kurzfristig	abgeschrieben	Stadt, RSA
5. Offene Parks	Kurzfristig	in Realisierungsphase	Stadt, Quartierorganisation
6. Ausbau Reinigung	Kurzfristig	in Realisierungsphase	Stadt, Klubs, Kapo
7. Erfahrungsaustausch	Kurzfristig	umgesetzt	Stadt, SSV, Dritte
8. Prävention und Sensibilisierung	Kurzfristig	umgesetzt	Stadt, Vereine, Dritte
9. Nicht kommerzielle Jugendangebote in den Quartieren	Kurzfristig	in Realisierungsphase	Stadt, Vereine, Dritte

Abb. 46: Auszug aus der Maßnahmenliste, Konzept Nachtleben Bern 2017

Mit den »Zurufen aus der Praxis« wurde zunächst bestätigt, dass das »Feiern im Freien« in vielen Städten immer wieder für Diskussionen Sorge. Grundlegend sei zunächst das durchaus positiv zu bewertende Bedürfnis nach Aufenthalt im Freien. Eine Reihe weiterer Faktoren könne jedoch zu unverträglichen Nutzungsintensivierungen führen. So wurde die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums (Events, Außengastronomie etc.) insgesamt als ein wesentlicher Gesichtspunkt benannt.

Jedoch gelte es zwischen gut organisierten Großveranstaltungen, die meist keine Probleme machen, und privaten Treffen – z. B. in Parkanlagen, die häufig zu Beschwerden führen – zu unterscheiden. Zudem führe das Rauchen vor Gaststätten und Restaurants (welches durch das Nichtrauchergesetz stark zugenommen habe) zu vermehrten Beschwerden.

Auch von den Kommunen selbst initiierte Aufwertungsmaßnahmen vormals gering genutzter Räume könnten zu Übernutzung und Konflikten führen. Diese Beobachtung wurde jedoch nicht durchgängig geteilt. So wurde auch berichtet, dass Aufwertungsmaßnahmen häufig zwar eine Veränderung der Nutzerschaft, jedoch nicht der Nutzungsintensität mit sich bringen.

Ebenfalls könne das von der Stadtplanung verfolgte Ziel der Nutzungsmischung generell als eine Ursache von Konflikten zwischen Anliegern angesehen werden. Eine Beobachtung, die sich mit Forschungsergebnissen deckt, wonach Nutzungsmischung nicht einmalig »hergestellt« werden kann, sondern ihre Verträglichkeit immer wieder auf's Neue sozial ausbalanciert werden müsse.

Soziale Gesichtspunkte spielten auch in einer weiteren, in diesem Zusammenhang vorgetragenen Argumentation eine Rolle: Eine Teilnehmerin stellte die These auf, dass die gesellschaftliche Empfindlichkeit zugenommen habe, was u. a. damit zu tun habe, dass man sich in der Nachbarschaft nicht mehr so vertraut sei und die Toleranzgrenze daher sinke. Auch die kulturelle Diversität

bringe mancherorts unterschiedliche Aufenthaltsgewohnheiten und damit auch Konflikte mit sich. Dies wurde von anderen Anwesenden bestätigt.

Bei der Auseinandersetzung mit öffentlichen Räumen, so wurde in der Erörterung zudem deutlich, reiche es also nicht aus, nur auf den jeweiligen Raum und dessen Nutzung zu schauen. Vielmehr müsse beides in den jeweiligen sozialen und räumlichen Kontext gestellt werden.

Als Impuls für die Frage nach Handlungsansätzen stellte Marc Heeb (Polizeiinspektorat der Stadt Bern) das Nachtlebenkonzept aus Bern vor. Auslöser für den Prozess, der zu diesem (stetig fortgeschriebenen) Konzept führte, waren zunehmende Probleme zwischen Clubbetreibern der Berner Innenstadt und den Anwohnern, negative Medienberichte und ein dadurch wachsender politischer Handlungsdruck. Im engen Dialog mit Interessenverbänden, Vereinen, Zivilgesellschaft und Politik wurde ein zunächst internes Grundlagenpapier erarbeitet, aus dem das öffentliche Konzept Nachtleben Bern entstand.

»Mit dem Konzept Nachtleben will die Stadt Bern das Nachtleben unterstützen, ihm wo nötig aber auch Grenzen setzen. Denn wo Lokale bis weit in die Nacht hinein geöffnet haben und der öffentliche Raum intensiv von Nachtschwärmerinnen und Nachtschwärmern genutzt wird, kommt es auch zu Konflikten – sei dies wegen Lärm, Vandalismus oder übermäßigem Alkoholkonsum. Mit einem breiten Mix an Massnahmen wird den verschiedenen Interessen und Bedürfnissen im Berner Nachtleben Rechnung getragen. Bei den Massnahmen handelt es sich einerseits um bereits bewährte, die weitergeführt und ausgedehnt werden, sowie neue, die genauer ausgearbeitet und getestet werden sollen.« (Konzept Nachtleben: Gemeinderat der Stadt Bern 2017, S. 3)

Die zahlreichen Maßnahmen des Konzepts reichen von einem umfangreichen Security-Konzept über Flexibilisierungen der ge-

werblichen Öffnungszeiten bis hin zum Ausbau der nächtlichen ÖPNV-Angebote (Auszug aus der Maßnahmenliste, aus: Konzept Nachtleben: Gemeinderat der Stadt Bern 2017, S. 5).

Insgesamt habe das Vorgehen, so wurde berichtet, zu einer Verringerung der Problematik geführt. Entscheidend sei dabei gewesen, die wesentlichen Akteure im Prozess mitzunehmen, kommunale Hilfestellungen anzubieten sowie Kompromisse zu schaffen. Gleichzeitig sei es von großer Bedeutung, klare Regeln zu formulieren und bei Nichteinhaltung entsprechende Konsequenzen zu ziehen (bis zum Lizenzentzug des Gewerbes).

Erläutert wurde auch, dass die Realisierung einiger dieser Maßnahmen durchaus auch Ressourcen benötigte – dabei allerdings auch die Kosten mitbedacht werden müssten, die durch den Erfolg der Maßnahmen eingespart werden könnten.

Auf eine Nachfrage zur Transparenz des Verfahrens der Konzepterarbeitung wurde zudem erläutert, dass jegliche Zwischenschritte öffentlich (auch im Internet) dargestellt wurden sowie transparent gemacht wurde, welche Anregungen warum und inwieweit in das Konzept integriert werden konnten.

In der nachfolgenden Diskussion stand zunächst das Phänomen der räumlichen Konzentration des Feierns in den Städten im Mittelpunkt. Das scheine sich, so wurde berichtet, zunehmend auf wenige Orte in der Stadt zu konzentrieren – was auf den ersten Blick im Widerspruch zu den heutigen Individualisierungstendenzen und -möglichkeiten stehe. Auch aus anderen Orten wurde berichtet, dass in einem Ortsteil Clubs aussterben, während in einem anderen neue entstehen und auch das Feiern im Freien zunähme.

Solche Prozesse hätten ihre eigene Dynamik, wurde unterstrichen, man könne aber auch auf sie einwirken. So wurde berichtet, dass beispielsweise die Stadt bislang wenig genutzte Räume aktiv »beispiele«, um so deren Attraktivität zu steigern und Nutzungsintensitäten an anderer Stelle zu mindern.

Abschließend wurde von dem neuen Nachtbürgermeister Mannheims berichtet, der in einem aufwändigen, mehrstufigen Verfahren »gecastet« wurde und seit einigen Wochen für das Nachtleben Mannheims als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Er habe bereits Angsträume beispielhaft mit Aktionen »bespielt«, Bierkästen an Mülleimern anbringen lassen und plane weitere Aktionen dieser Art (Link am Ende dieses Kapitels).

In der anschließenden Mittagspause führten die Gastgeber aus Hamm durch das Bahnhofsumfeld und erläuterten die Entwicklung des Quartiers sowie aktuelle Herausforderungen und Planungsabsichten. Dabei wurde exemplarisch deutlich, dass

sich solche Stadträume (insbesondere durch Veränderungen der Randnutzungen) in ständigem Wandel befinden.

To Go – und was davon bleibt. Müll und mehr

Folgende Befunde bildeten Ausgangspunkte der Erörterung:

- Das Müllaufkommen in öffentlichen Räumen hat erheblich zugenommen (von wildem Sperrmüll bis hin zu Kaffeebechern).
- Ursachen sind Nutzungsintensivierung, »To-Go«-Angebote und rücksichtsloses Verhalten.
- Zugleich ist auch die Sensibilität gegenüber Unsauberkeit gestiegen, was zu vermehrten Beschwerden führt.
- Mehr und zügigeres Reinigen als einzige Handlungsmöglichkeit?

In ersten Reaktionen der Vertreterinnen und Vertreter aus der kommunalen Praxis wurden die Befunde grundsätzlich bestätigt. Einige wiesen auf räumliche Schwerpunkte der »Vermüllung« hin: Dazu zählen vor allem städtische Grünflächen, strukturschwächere Quartiere (hier vor allem auch: wilder Sperrmüll) und als erstaunliches Spezialproblem: Autobahnabfahrten. Ergänzt wurde, dass damit auch größere hygienische Probleme (Ratten etc.) einhergehen können. Mit dem deutlich größeren Müllaufkommen steige zudem die Zahl von Ordnungsbußen und der Aufwand (Personal, Kosten) für die Beseitigung des Mülls. Hingewiesen wurde aber auch auf die gestiegene Sensibilität in (Teilen) der Bevölkerung gegenüber Verunreinigungen etc.

Erneut wurde die Frage nach den Ressourcen städtischer Verwaltungen und Betriebe zum angemessenen Umgang mit diesen Herausforderungen (Vermeidung, Reinigung etc.) gestellt. Seitens der Vertreterinnen und Vertreter aus den Kommunen wurde bestätigt, dass es in der Tat zu Engpässen, vor allem aber – mit Blick auf Grünanlagen – zur Verlagerung des Mitteleinsatzes komme: Der Aufwand für Sauberkeit sei so erheblich gestiegen, dass die eigentlichen Pflegeaufgaben darunter zu leiden hätten. Zugleich wurde aber ebenfalls von verschiedenen Seiten darauf verwiesen, dass es auch auf eine gute Organisation ankomme, um die vorhandenen (knappen) Mittel effizient einzusetzen.

Cordula Simon (Stabsstelle Dialog & Zukunft, Berlin-Neukölln) stellte ihrem Impulsvortrag die These voran, dass das Thema

Die Mitmach-Kampagne des Bezirksamtes Neukölln

SCHÖN WIE WIR wurde Anfang 2016 von der Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey ins Leben gerufen, um ein Zeichen für mehr Lebensqualität zu setzen. Anlass war das andauernde Vermüllungsproblem in Neukölln. Es verärgert die Bürgerinnen und Bürger, gefährdet spielende Kinder und stellt eine große finanzielle Belastung für den Bezirk dar.

Ziel der Kampagne ist, dass alle, die in Neukölln leben, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen, sich mit dem gemeinsamen öffentlichen Raum identifizieren und Verantwortung für ein sauberes Umfeld übernehmen.



Kooperationspartner, Unterstützer und Paten



»Sauberkeit im öffentlichen Raum«, insbesondere der Umgang mit Müll im öffentlichen Raum, das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in die Handlungsfähigkeit von Politik und Verwaltung wesentlich beeinflusst.

Hiervon ausgehend berichtete sie über die Ausgangssituation Neuköllns in Bezug auf Müll, dessen Menge in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist. Darauf habe man mit einem 3-Säulen-Modell (Reaktion, Prävention, Repression) reagiert.

Teil dieser Strategie ist ein Anliegen-Management-System (AMS) des Ordnungsamts, über das Bürgerinnen und Bürger illegale Müllablagerungen an die zuständige Stelle melden können. 40 Prozent der Meldungen erfolgen inzwischen auf diesem Wege.

Eine weitere Säule bildete das Programm »Schön wie wir – für ein lebenswertes Neukölln«, das dazu dienen soll, das Bewusstsein der Neuköllner für die Sauberkeit ihres Stadtteils zu erhöhen (Abb. 47). Zu den Maßnahmen zählen Putzaktionen, ein Mehrweg-System für To-Go-Verpackungen, Spielplatzpatenschaften und Unternehmenskooperationen.

Neben diesen nach außen gerichteten Aktivitäten wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass es zu strukturellen und organisatorischen Veränderungen (horizontal wie vertikal) innerhalb der öffentlichen Verwaltung kommen müsse.

Im Erfahrungsaustausch wurde bestätigt, dass Anliegen- oder Beschwerdemanagementsysteme hilfreich sein können. Auch verschiedene Einzelmaßnahmen (z. B. Pfandbechersysteme) werden in anderen Kommunen erprobt. Generell war man sich einig, dass präventive Maßnahmen und Ansätze in diesem Aufgabenbereich hilfreich sein können. Ausführlicher erörtert wurden die folgenden zwei Themen:

Gesellschaftliche Selbstregulierung:

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob und unter welchen Bedingungen sich Menschen in den Städten mit ihren öffentlichen Räumen so weit identifizieren (könnten), dass sie andere, die Müll zurücklassen, darauf ansprechen. In der Diskussion wurde – auch aus den Beobachtungen im Rahmen des Forschungsprojekts – berichtet, dass ein solches Verhalten in Einzelfällen vor allem auf Quartierplätzen beobachtet werden konnte, in zentralen Räumen aber schwer vorstellbar sei. Andere Anwesende fügten hinzu, dass durch ein derartiges Eingreifen auch sozial unangenehme Situationen entstehen könnten. Gemeinschaftliche Aktionen, wie etwa die für Neukölln beschriebenen, könnten jedoch auch Ausdruck von Identifikation sein – und sie zugleich fördern.

Abb. 47: Kampagne »Schön wie wir«, Neukölln

Repression:

Auf Regelverstöße müsse auch mit Bestrafung reagiert werden können. Darüber herrschte Einigkeit. Dies lasse sich aber nur selten mit der gewünschten Konsequenz umsetzen. Das liege einerseits daran, dass die Verursacher identifiziert werden müssten – und dass andererseits (wenn der Verstoß vor Gericht käme) auch wirkungsvolle Strafen verhängt würden. Das sei aber oft nicht der Fall. Dies wiederum könne bei den verantwortlichen öffentlichen Stellen zu Frustration führen und erwecke auch in Teilen der Öffentlichkeit den Eindruck, dass Regelverstöße folgenlos bleiben – oder gar, dass der Staat/die Kommune Ordnung nicht gewährleisten könne. Reaktionen wie die Einführung von »Müll-Sheriffs« in Neukölln sollen dem entgegenwirken. Aus Bern wurde ergänzend darauf hingewiesen, dass sich dort die direkt vor Ort gezahlte Ordnungsbuße als besonders effektive Art der Strafverfolgung erwiesen habe.

Mit Sicherheit verunsichert? Sicherheitsempfinden, unerwünschte Personen etc.

Aus den Befragungen und Raumbesichtigungen im Forschungsprojekt wurden folgende Thesen als Ausgangspunkte für die Diskussion eingebracht:

- Es gibt Räume, die (ggf. temporär) Unsicherheitsgefühle auslösen.
- Es gibt eine Diskrepanz zwischen der »gefühlten Kriminalitätstemperatur« und der Realität der Zahlen.
- Ursachen für Unsicherheitsgefühle sind u. a.: fehlende soziale Kontrolle und unerwünschte Personengruppen.

In der ersten Runde der Rückmeldungen wurde sehr schnell deutlich, dass es in Bezug auf die zweite These große Einigkeit gab: Unsicherheitsgefühle seien ein wichtiges Thema, das von Bürgerinnen und Bürgern immer wieder aufgerufen und durch die Medien weiter zugespitzt werde. Aber gefühlte und tatsächliche Sicherheit klappten oft weit auseinander und man solle sich daher nicht »zu übereilten Maßnahmen« hinreißen lassen.

Unstrittig sei aber auch, dass Räume, die aufgrund ihrer Gestaltung Unsicherheitsgefühle auslösen könnten, zu vermeiden seien. Dieses Bemühen fände etwa in einer engen Zusammenarbeit mit der Polizei bei der Umgestaltung öffentlicher Räume seinen Ausdruck. Kooperationen dieser Art gingen nicht selten deutlich über den »üblichen Weg der Behördenbeteiligung« hinaus. Seit vergangenem Jahr fördere z. B. das Land NRW auch gestalterische Maßnahmen für mehr Sicherheit. Eine vergleichbar enge Kooperation gebe es auch im Bereich der Terrorabwehr. Hier könne etwa durch gezielte Auswahl und Anordnung von Platzmobiliar den geänderten Anforderungen Rechnung getragen werden.

Als gestalterische Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an öffentlichen Orten wurden u. a. Entfernen von Unterholz und Gebüsch, verstärkte Beleuchtung etc. genannt. Zugleich aber wurde auch darauf hingewiesen, dass nicht überall Grün entfernt und unbedingte Einsehbarkeit hergestellt werden müsse und

können. Wichtig sei das Bemühen um »intelligente Gestaltung« und situationsangepasste Lösungen.

Schwieriger wurde die Frage der »unerwünschten Personengruppen«, von denen Unsicherheitsgefühle ausgelöst werden (können), eingeschätzt. So wurde darauf hingewiesen, dass Alkohol trinkende oder auf andere Weise auffällige, sich in Gruppen im öffentlichen Raum aufhaltende Menschen durchaus auch zum öffentlichen Raum gehören. Zudem könne man nicht eingreifen, wenn keine Regelverstöße vorlägen.

Selbst wenn Interventionen möglich oder notwendig seien, würden die Treffpunkte der Gruppen vielfach nur verlagert, was dann an anderen, weniger prominenten Orten Unsicherheitsgefühle auslöse.

Das müsse nicht heißen, dass man nicht auf entsprechende Unsicherheitsgefühle reagieren könne, aber der Handlungsspielraum sei doch deutlich begrenzt. Man müsse also auch auf die Toleranz der Stadtbevölkerung setzen und den Versuch nicht unterlassen, durch Hinweis auf die tatsächliche Sicherheitslage zur Relativierung von Befürchtungen beizutragen. Das allerdings sei jedoch, so ein letzter Hinweis, angesichts der politischen und medialen Instrumentalisierung des »Sicherheitsthemas« eine durchaus schwierige Aufgabe.

Linkhinweise zu den Berichten aus Bern und Neukölln sowie zu den Bild- und Textzitaten

Bezirksamt Neukölln von Berlin/ Verwaltung der Bezirksbürgermeisterin (2017): Schön wie wir in Neukölln. Berlin

Aktuelle Website: <https://www.schoen-wie-wir.de>

Facebook: <https://de-de.facebook.com/SchoenWieWir/>

Anliegenmeldesystem (AMS): (<https://ordnungsamt.berlin.de/frontend/dynamic/#!meldungAktuell>)

»Müll-Sheriffs«: <https://www.berlin.de/ba-neukoelln/aktuelles/pressemitteilungen/2018/pressemitteilung.681446.php>

Gemeinderat der Stadt Bern (2017): Konzept Nachtleben. Überarbeitete Version. <https://www.bern.ch/themen/freizeit-und-sport/nachtleben/downloads-1/konzept-nachtleben-bern-def.pdf/download>

Räumlicher Konzeptplan: <https://www.bern.ch/themen/freizeit-und-sport/nachtleben/downloads-1/berner-nachtleben-konzept-plan-nhe-geandert-2204201.pdf/download>

D | Lessons learned

Anmerkungen zur Auseinandersetzung mit öffentlichen Räumen – in Theorie und Praxis

Im Projektmanagement wird mit »Lessons learned« das Verdichten von Erfahrungen, die im Zuge der Durchführung eines Vorhabens gewonnen wurden, bezeichnet. Es geht dabei also nicht um die eigentlichen Ergebnisse, sondern um das, was bei ihrer Verfertigung auffiel – und für mögliche zukünftige Projekte ähnlicher Art bedeutsam sein könnte.

Eine ähnliche »Verdichtung« sei hier versucht: Welche Erfahrungen ließen sich im Zuge der verschiedenen Untersuchungsschritte gewinnen? Welche theoretischen und methodischen Zugänge zum Thema, zum Verständnis von Wahrnehmung, Bedeutung und Entwicklung öffentlicher Räume, erwiesen sich als hilfreich? Was könnte daraus für die weitere Befassung mit dem öffentlichen Raum – in Praxis und Theorie – gefolgert werden?

Wir greifen dabei gelegentlich auch über die Grenzen des in dieser Publikation dargestellten Projekts hinaus und nutzen Befunde aus dessen Vorgängerprojekten (»Öffentliche Räume in stadtgesellschaftlich vielfältigen Räumen«, Fugmann u. a. 2017). Ebenfalls Eingang fanden empirische Erkenntnisse aus einem breit angelegten DFG-Projekt, in dem auch die Kommunikation zur Entwicklung öffentlicher Räume untersucht wurden (Fugmann u. a. 2018) sowie theoretische Überlegungen zum »belebten Stadtraum« aus jüngerer Zeit (Selle 2018a, S. 295 ff.).

Am Anfang der folgenden Überlegungen steht die Frage nach dem Gegenstand (1). Ihr folgt die nach dessen Nutzung – die sich anders entwickelt hat als prognostiziert wurde (2). Da es inzwischen punktuell sogar zu Überbeanspruchung von Räumen und Nachbarschaften kommt, liegt die Frage nach den Ursachen solcher Entwicklungen nahe (3).

Der Begriffsreihe im Untertitel dieser Publikation folgend, schließen sich dann Überlegungen zur Bedeutung der Räume an (4). Dabei steht hier vor allem die Frage, ob und wie es zu unterschiedlichen Wahrnehmungen und Bewertungen (5) kommt, im Mittelpunkt. Verwiesen wird auf subjektive Raumkonstruktionen (6), gesellschaftliche Standorte (7) und mediale Vermittlung (8). In diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach Begegnung (einander fremder Menschen) in öffentlichen Räumen zu stellen (9).

Das nächste zentrale Stichwort lautet »Entwicklung« – im doppelten Sinne: Zunächst wird darauf verwiesen, dass öffentliche Räume nicht statisch sind, sondern sich in permanenter Veränderung befinden (10). Darauf folgt die Frage nach dem Beitrag, den öffentliche Akteure zur Entwicklung leisten können (11). Die Antwort ist komplizierter als womöglich gedacht, denn die Kommunen haben durchaus nicht die alleinige Gestaltungsmacht im öffentlichen Raum.

Selbstverständlich ist auch die Frage nach der Einbindung der Öffentlichkeit in die Entwicklung der Stadträume zu stellen (12). Sie allein mit dem Hinweis auf das breite Spektrum von Verfahren der Planungsbeteiligung zu beantworten, hieße allerdings zu kurz zu springen. Aus der Alltagsperspektive der Nutzung von Stadträumen resultiert vielmehr ein wichtiger Impuls zur »Veralltäglichen« des Beteiligungsverständnisses.

Aus der Governance-Perspektive (13) wird deutlich, wie komplex Akteurskonstellationen und Interdependenzen sein können. Hier

erweist sich der öffentliche Raum als ein typisches Aufgabenfeld integrierter Stadtentwicklung, bei dem akteurs-, ressort- und raumübergreifend zu denken und zu handeln ist.

Diese integrierte Betrachtungsweise gilt auch für die Methoden- und Theorienvielfalt bei der Auseinandersetzung mit öffentlichen Räumen. Auch hier gilt: Erst im Zusammenführen vieler Perspektiven entsteht ein halbwegs aussagekräftiges Bild von öffentlich nutzbaren Räumen in der Stadt (14).

1 | Nolli hat Recht: Der alltägliche Gebrauch der Stadt definiert den öffentlich nutzbaren Raum – als System

Mitte des 18. Jahrhunderts hat Giambattista Nolli eine Kartierung Roms erstellt, in der alle Flächen weiß gehalten waren, die prinzipiell zugänglich, also für die Stadtbewohner nutzbar waren. Dazu gehörten auch viele Innenhöfe, Passagen und selbst das Pantheon. Alles das sind »öffentlich nutzbare Stadträume«. Die »Pianta Grande di Roma« bietet also bereits eine Definition an, die auch heute in der internationalen Fachdiskussion – allerdings nicht durchgängig – Verwendung findet, so etwa bei Carmona u. a. (2008, S. 4): »Public space (broadly defined) relates to all those parts of the built and natural environment, public and private, internal and external, urban and rural, where the public have free, although not necessarily unrestricted access«.

Auch wir verwenden dieses Gegenstandsverständnis seit langem (vgl. u. a. Havemann/Selle 2010, Berding u. a. 2010) und sehen uns bei jeder Analyse von Nutzungsverhalten in Stadträumen erneut bestätigt: Eigentumsverhältnisse, Ressortzuständigkeiten, bauliche Gegebenheiten, die ansonsten in der Fachdiskussion gelegentlich als Gegenstandseingrenzungen Verwendung finden, haben zweifellos Bedeutung (etwa für die Möglichkeiten kommunalen Handelns), werden jedoch dem Nutzungsverhalten der Stadtgesellschaft in seiner Gesamtheit nicht gerecht.

Plätze, Parks, Promenaden, Straßen und Wege sind Teil eines Systems, das aus alltäglicher Nutzung resultiert, die ihre Wege und Verbindungen sucht – für flanierende wie zielstrebige Fußgänger ebenso wie für den Radverkehr (und andere Verkehrsarten). Das bezieht sich auch auf die Rollenteilung zwischen Teilräumen (»man muss sich die einzelnen Räume wie Zimmer einer Wohnung vorstellen«), auf die wir in unseren Interviews hingewiesen wurden. Und das gilt nicht zuletzt auch für Entwicklungsdynamiken (etwa Veränderungen in der Standortgunst von Teilbereichen durch z. B. Verschiebungen von Einzelhandelslagen, neue kulturelle Angebote etc.), die weit über einzelne Teilräume hinaus Wirkungen entfalten können. Kurzum: Will man sich mit dem öffentlich nutzbaren Stadtraum auseinandersetzen, muss man über den »Tellerrand« einzelner Plätze, Parks etc. hinausschauen.

2 | Dass auf »Funktionsentleerung« »Übernutzung« folgte, muss zu denken geben

Wer sich an die Fachdiskussion über öffentliche Räume aus den 1970er und 1980er Jahren erinnert oder in Abhandlungen aus der Zeit blättert, muss sich heute die Augen reiben. Damals wurde dem öffentlichen Raum ein baldiges Ende vorausgesagt. Man sah ihn zwischen den Mühlsteinen von Zweckentfremdung, Kommerzialisierung, Funktionsverlust und Entleerung zerrieben werden. Und mit dem Aufkommen der internetbasierten Kommunikation sowie der massenhaften Verbreitung mobiler Endgeräte wurden die Prognosen noch einmal dunkler eingefärbt: Nun befürchtete man zu alledem auch noch die Verlagerung des öffentlichen Lebens in den virtuelle Raum.

Und heute? »Übernutzung« war eines der am häufigsten gehörten Stichworte in unseren Interviews. Und mit ihr die Herausforderung ihrer Herr zu werden, also Nutzungskonflikte zu mindern, Sicherheit zu gewährleisten, Sauberkeit aufrecht zu erhalten etc. Von der »Freude am Draußen« war die Rede und insbesondere auch von der »Neuen Lust am Feiern im Freien«. Die öffentlichen Stadträume sind also, dort wo sie störungsfrei nutzbar sind (oder zu sein scheinen), belebt wie nie in ihrer jüngeren Geschichte.

Es lassen sich einige »objektive« Gründe für diese Trendumkehr benennen: Zweifellos ist das partielle Zurückdrängen des motorisierten, stehenden wie fließenden Individualverkehrs eine wichtige Voraussetzung, um Straßen und Plätze wieder für den Aufenthalt nutzbar zu machen. Auch die erhebliche Zunahme von Außengastronomien, von Open-Air-Veranstaltungen etc. könnte man als Verursacher nennen – bewegte man sich hier nicht schon im Bereich der Henne-und-Ei-Frage.

Solche Erklärungen erschöpfen sich schnell. Auch weitergehende Vermutungen, die etwa die Lust an der realen Welt auch als Gegenbewegung zum zeitintensiven Aufenthalt in der virtuellen verstehen, greifen sicher noch zu kurz. Daher sollen Überlegungen dieser Art hier auch keine weiteren hinzugefügt werden.

An dieser Stelle bleibt es bei einer selbstkritischen, auf die Forschungswelt gerichteten Mahnung: Trendextrapolationen einzelner Entwicklungen können arg in die Irre führen. Wenn sie zudem mit Krisenraunen verbunden werden, entstehen eher Spekulationen, die sich von dem wissenschaftlich Nachweisbaren weit entfernen. Auch wenn es gelegentlich notwendig sein mag, auf problematische Entwicklungen durch Zuspitzungen aufmerksam zu machen, schadet ein »Alarmismus« (wie er häufiger gerade auch mit öffentlichen Räumen verbunden ist), mehr als er womöglich nutzen könnte.

Das sollte auch zur Vorsicht bei neuerlichen Prognosen und (in diesen Fall) dem Ersetzen von Befürchtungen durch Hoffnungen gemahnen: Nutzungsintensivierung ist noch keine Qualität an sich. Ebenso wenig entsteht daraus gleichsam automatisch eine neue städtische Öffentlichkeit – eher, wie schon beim Nutzungsverhalten der sogenannten Sozialen Medien zu beobachten ist, eine »geteilte Privatheit«.



We're Citizens
not only
Consumers!



3 | Use begets more use: Was macht die Attraktivität öffentlicher Räume aus? Warum sind einige überlastet, andere nicht?

Auf die Frage, was öffentliche Räume zu belebten Orten macht, in denen gesellschaftliche Vielfalt erlebbar und Begegnung ermöglicht wird, lassen sich aus unseren Untersuchungen zahlreiche Antworten geben. Dabei kann auf vielfache Weise an dem bisherigen Diskussionsstand angeknüpft werden: Das gilt vor allem für die Unterscheidung von notwendiger und optionaler Nutzung, wie sie etwa von Gehl (1987) in die Diskussion eingeführt wurde. Notwendige Aktivitäten sind z. B. Durchquerungen des öffentlichen Raums, um Ziele (Schule, Arbeit, Einkauf) zu erreichen oder Aufenthalt etwa an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs. Sie finden unabhängig von der Qualität der Räume statt. Optionale Aktivitäten sind hingegen, so die Annahme, wesentlich von der Attraktivität der Räume – Ausstattung, Gestaltung, Lage, bereits vorhandene Nutzungen etc. – abhängig.

Wenn man Wahrnehmung und Nutzung in den von uns betrachteten Räumen vor diesem Hintergrund betrachtet, so sind auch hier zunächst die »notwendigen Nutzungen« hervorzuheben: Ein Platz, der zu häufig angestrebten Zielen, auf häufig verwendeten Wegen überquert wird, ist a priori belebter als ein Raum, für den das nicht gilt. Fördernder Faktor ist hier die Tatsache, dass er »auf dem Weg« liegt oder – z. B. durch Nutzungsangebote an seinem Rand – selbst Ziel ist. Insbesondere die Verknüpfung verschiedener Verkehrsarten – nicht nur bei Bahnhofsplätzen, sondern auch im Umfeld von Straßenbahnhaltestellen etc. – erzeugt Nutzungsfrequenz.

Bemerkenswert ist allerdings, dass diese »notwendige Nutzung« vielfach nicht im Blick unserer Interviewpartnerinnen und -partner stand. So wurden Bahnhofsvorplätze, obwohl sie zu den besonders intensiv frequentierten Räumen gehören, selten zu den für eine Stadt »bedeutenden« Plätzen gezählt. Lediglich wenn sie durch unerwünschte Personengruppen öffentliche Aufmerksamkeit erlangten, gar mit Kriminalität (Rauschgifthandel etc.) in Verbindung gebracht und als Orte des Unsicherheitsempfindens auch medial in den Mittelpunkt gerückt wurden, fanden sie Erwähnung.

Das verweist auf eine Art Aufspaltung des Nutzungs-Aspekts: Die »notwendigen« werden eher mit Mobilität etc., die »optionalen« vor allem mit Aufenthalt, mit Freizeit, Muße, Feiern in Verbindung gebracht (wobei der Aspekt des Sports im öffentlichen Raum eine Sonderstellung einnimmt).

Überlastungen gibt es in beiden Funktionsbereichen: Neben der traditionellen Nutzungsüberlagerung und -konkurrenz mit dem motorisierten Verkehr verdichten sich mittlerweile auch die nichtmotorisierten Verkehrsarten. Insbesondere wurde auf die Zunahme und Ausdifferenzierung der Radverkehre und die sich daraus auch für Fußgänger ergebenden Konkurrenz-/Gefährdungssituationen hingewiesen.

Wenn aber von »Übernutzung« die Rede war, bezog sich dies vor allem auf einzelne Plätze und Parkanlagen in den Städten. Generell war damit eine Nutzungsintensität gemeint, die nicht nur drangvolle Enge (die sich im Park anders darstellt als auf einem Platz) meint, sondern auch deren Folgen – also flächige Nutzungsspuren in Grünanlagen, Zerstörungen aller Art, vor allem aber: Vermüllung. Auf diese Begleiterscheinungen sind wir in den ersten Teilen dieser Publikation mehrfach eingegangen. Zu bedenken bleibt aber noch die Frage nach den Ursachen solcher räumlich konzentrierten Nutzungsballung. Dazu einige Hypothesen:

Neben dem grundsätzlichen Bedeutungszuwachs, den die Lust am Aufenthalt im Freien erfahren zu haben scheint, spielt zweifellos auch die Zunahme an Nutzungsangeboten im Freien (Außengastronomie, »Stadtstrände« etc.) sowie die erhebliche Zunahme von Veranstaltungen, die den öffentlichen Raum suchen, eine wesentliche Rolle: Public Viewings gehören ebenso dazu wie Sport- und Musikveranstaltungen, Produktvorstellungen, weitere »Events« aller Art sowie alte und neue Feste.

Ein besonderes Phänomen stellen die manchmal binnen kurzer Zeit sich entwickelnden »angesagten Ort« dar: Bislang vergleichsweise ruhige Lagen – eine Brücke, ein Platz, ein Straßenabschnitt, ein Brachgrundstück – verwandeln sich in der warmen Jahreszeit abends und nachts zu Aktivitätsschwerpunkten, in denen »man« sich trifft – nicht selten zu Hunderten oder gar Tausenden (typische Beispiele aus den letzten Jahren: Friedberger Platz in Frankfurt, Admiralbrücke oder auch der Leopoldplatz in Berlin u. a. (vgl. zu letzterem: Wiebicke 2018, S. 40). Da diese Orte oft weder durch ihre Gestaltung noch durch gastronomische oder sanitäre Ausstattung für diesen Ansturm gerüstet sind und auch Konflikte mit nahe gelegenen Wohnnutzungen nicht ausbleiben, werden sie zumeist schnell zu Themen lokaler Politik (dazu nachfolgend mehr).

Gelegentlich wird dieses Nutzungsverhalten auch wissenschaftlich mit Irritation wahrgenommen, würde man doch angesichts der Individualisierungstendenzen in der Gesellschaft und der Ausdifferenzierung der Lebensstile eher ein entsprechend auch räumlich und sozial differenziertes »Feierverhalten« erwarten. Das scheint hier aber nicht der Fall zu sein. Statt Differenzierung ist eher ein Schwarmverhalten zu beobachten. Das allerdings bestätigt die schon länger bekannte These, dass Nutzung mehr Nutzung erzeugt (»use begets more use«). Offensichtlich hat sich dieser »Mechanismus« mit dem Siegeszug der Sozialen Medien verstärkt, über die sich binnen kürzester Zeit Treffpunkte »herumsprechen«. Einmal mehr erweist sich damit, wie wichtig die Schnittstelle zwischen realem und virtuellem Raum für die Erklärung von Nutzungsverhalten in Stadträumen ist.

Angemerkt sei noch, dass das »use-begets-more-use«-Muster auch gezielt eingesetzt werden kann, indem Orte, in denen sich nächtliche Nutzungsballungen als weniger problematisch erweisen würden, von Kommunen gezielt »bespielt« werden, um Überlastungen an anderer Stelle zu mindern.

4 | Bedeutungen: Öffentliche Räume geben Städten Identität und sind Präsentations-, Projektions- und Angriffsfläche zugleich

»Was kommt einem, wenn man an eine Großstadt denkt, als erstes in den Sinn? Ihre Straßen. Wenn die Straßen einer Großstadt uninteressant sind, ist die ganze Stadt uninteressant; wenn sie langweilig sind, ist die ganze Stadt langweilig«. Mit diesem Zitat von Jane Jacobs (1963, S. 27) hatten wir bereits in der Studie zu öffentlichen Räumen in stadtgesellschaftlich vielfältigen Quartieren deutlich gemacht, dass Straßen und Plätze Städten Identität geben, sie unverwechselbar machen können. Sie sind damit auch Träger von Bedeutungen, Erinnerungen und Geschichten, verdichten sich so zum Bild einer Stadt und können Teil des kollektiven Gedächtnisses werden. Das gilt für den Stadtraum insgesamt. Bei den von Städten erzeugten Bildern spielen aber oft bestimmte öffentliche Räume, einzelne Plätze, Parks oder Straßen (zumeist) in zentralen Lagen eine besondere Rolle.

Wenn wir in unseren Interviews nach den Räumen von besonderer »Bedeutung« gefragt haben, dann war diese Rolle gemeint. Es ging um die Identifikation hervorgehobener Räume. Es zeigte sich dabei, dass durchaus verschiedene Antworten auf diese Frage gegeben wurden – in Abhängigkeit vom Aufgabenbereich der Befragten, ihrem Blick auf die Stadtgeschichte, der besonderen Nutzungsfrequenz oder der Aufmerksamkeit in der aktuellen Stadtdiskussion. Immer aber waren einander überschneidende Nennungen dabei, wurden Räume genannt, die in besonderer Weise mit der Identität der Stadt verbunden sind.

Aber es sind nicht nur solche hervorgehobenen Räume, denen »Bedeutung« in diesem Sinne zukommt. Insbesondere in polyzentrischen Orten oder solchen mit ausgeprägter Quartiersstruktur wurde auch auf Plätze oder Parks verwiesen, die für die jeweiligen Stadtteile besondere Bedeutung haben. Dies deckte sich mit den Befunden aus unserer Untersuchung zu den öffentlichen Räumen in stadtgesellschaftlich vielfältigen Quartieren: Auch dort hatte sich bereits gezeigt, dass einzelne Plätze einem Quartier Mittelpunkt und Identität geben können.

Es ist diese (doppelte) Bedeutung, die öffentliche Räume zu einem besonderen politischen Handlungsfeld werden lassen. Schon in den mittelalterlichen Schriften aus der Gattung »Städte-lob« (laudes urbium; vgl. z. B. Arnold 2000) wurde die Güte des Stadtregimes am Zustand der Plätze und Straßen bemessen. Aber auch ihre Nutzung, die dort sichtbar werdenden Sitten und Gebräuche der Stadtgesellschaft galten bereits als Gradmesser.

Wie das Eingangszitat von Jane Jacobs zeigt, ist das sieben Jahrhunderte später nicht wesentlich anders. Öffentliche Räume sind weiterhin sichtbarer Ausdruck von Stadtleben und Stadtpolitik, sind Präsentations-, Demonstrations- und Projektionsfläche gleichermaßen. Schon ein Blick in Nachrichtensendungen macht deutlich: Es sind die großen Plätze und breiten Straßen auf denen Aufmärsche stattfinden, Proteste, Demonstrationen, Feiern und Feste.

Unglücklicherweise macht diese hervorgehobene Rolle öffentliche Räume auch zu Angriffsflächen: Viele terroristische Anschläge der letzten Jahre zielten auf belebte Plätze in den Städten.

Nicht erst seither ist Sicherheit ein eng mit öffentlichen Räumen verknüpftes Thema. Viele Unsicherheitsgefühle in der Gesellschaft sind mit ihnen verbunden. Mediale und politische Zuspitzungen (dazu unten mehr) tragen allerdings nicht selten dazu bei, dass sich die Problemwahrnehmung von der tatsächlichen Sicherheitslage weit entfernen kann und zugleich Einfallstore für Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen verschiedener Art entstehen. Das wiederum bietet Gelegenheit für demonstratives politisches Handeln (»zero tolerance«) etc.

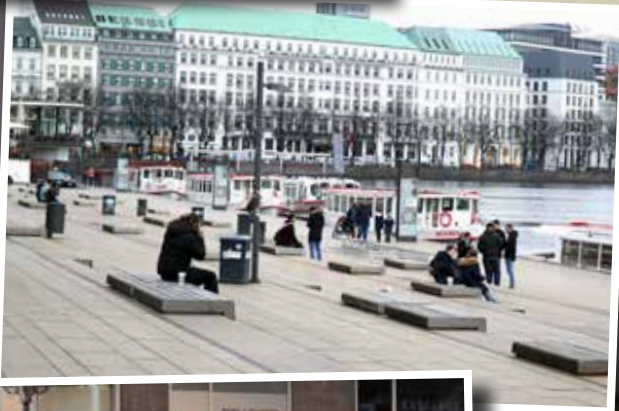
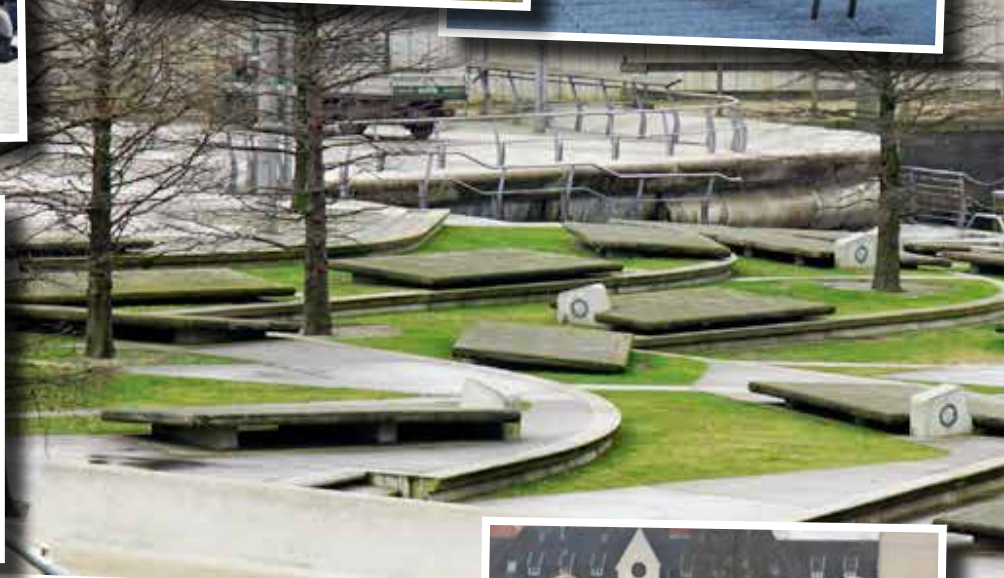
Unabhängig von solchen sich selbst verstärkenden Spiralen bleibt aber festzuhalten, dass gesellschaftliche Herausforderungen in der Tat in öffentlichen Räumen auf besondere Weise sichtbar werden – und damit auch das mögliche Scheitern im Umgang mit ihnen.

5 | Vielfalt: Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume werden verschieden wahrgenommen und ihre Bedeutung unterschiedlich eingeschätzt

Es wurde schon erwähnt: Nach »bedeutenden« öffentlichen Räumen gefragt erhielten wir viele Antworten. Sehr unterschiedliche Gesichtspunkte flossen in die jeweiligen Beurteilungen ein: Der eine dachte an die Bedeutung für das Handeln im eigenen Ressort (»alle Grünflächen der Stadt sind für uns von besonderer Bedeutung«), die andere an die Stadtgeschichte (»nach wie vor sind die Ortsmitte der durch Eingemeindung zusammengeschlossenen Stadtteile von besonderer Bedeutung...«), Dritte erwähnten umstrittene Flächen (»irgendwann muss es gelingen, diesen Schlüsselraum von den PKW zu befreien, aber noch...«) und selbstverständlich spielte auch die Nutzungsfrequenz eine Rolle (»Im Sommer ist vor allem für jüngere Menschen das Flussufer von besonderer Bedeutung«).

Wie auch immer man an dieses Thema herangeht stößt man auf Vielfalt und Verschiedenheit: Wählt man z. B. einen konkreten Ort aus und fragt nach dessen Wahrnehmung und Beurteilung, können geradezu konträre Einschätzungen zu hören sein. In unserer Fallstudie zum Mannheimer Marktplatz wurde das sehr deutlich.

Ein weiteres Beispiel: In einer Stadt hat sich im universitären Umfeld ein vormals recht ruhiger Standort zu einem quirligen Mittelpunkt insbesondere studentischen Lebens entwickelt. Zahlreiche Gaststätten, Bars, Clubs, Kinos sind hier entstanden und nicht nur bei gutem Wetter werden die Freiräume und Straßen intensiv genutzt. Offensichtlich ist es für Viele »attraktiv«, hierher zu kommen. Aber nicht für alle: Einigen erscheint er als »Schandfleck« in der Stadt, anderen mindestens »befremdlich«. Mit der Konsequenz, dass die letztgenannten Gruppen ihn meiden, häufig sogar nur vom Hörensagen kennen.



Die Alt-Bewohnerschaft in der Umgebung hingegen sieht sich dem Treiben wehrlos ausgesetzt, hat schon oft wegen der täglichen und vor allem nächtlichen Störungen Beschwerden eingereicht oder dies bereits resigniert aufgegeben und würde am liebsten wegziehen, wenn es denn diese Option überhaupt gibt.

Dieses Beispiel verweist nicht nur auf mögliche Konsequenzen einer Nutzungsintensivierung, sondern auch darauf, dass selbst die »Belebung« öffentlicher Räume, die gemeinhin als wünschenswert gilt, verschieden, wenn nicht kontrovers erlebt wird. Sie kann von den einen als »lebendig« und »anregend«, von anderen aber als »unruhig«, »chaotisch« oder gar »Angst erregend« wahrgenommen und bewertet werden.

Ähnliches gilt auch für Situationen, die Unsicherheitsgefühle auslösen können: Dass hier geschlechtsspezifische Unterschiede eine Rolle spielen, dürfte unstrittig sein. Dunkle, unübersichtliche Räume oder der Aufenthalt unerwünschter Personengruppen veranlassen Mädchen und Frauen häufiger, Umwege zu gehen. Das ist auch in unseren Beobachtungen erneut deutlich geworden. Andere Wahrnehmungen hingegen unterschieden sich: »Leere« Räume etwa können bei einigen Unwohlsein auslösen, während andere sie unbeeindruckt nutzen, gar als »angenehm weit« empfinden. Und ein hell erleuchteter, scheinbar übersichtlicher Platz wird von den einen kommentarlos durchquert, während der Schlagschatten der Stelen am Platzrand (aus dem unvermittelt Menschen hervortreten könnten) bei anderen Irritationen erzeugt.

Eine Folgerung aus solchen Beobachtungen liegt nahe: Erst in der Zusammenschau unterschiedlichster Perspektiven wird die tatsächliche Bedeutung, die ein öffentlicher Raum hat, sichtbar. Wer immer an die Aufgabe der (Um-)Gestaltung herangeht, ist gut beraten, sich mit dieser Perspektivenvielfalt auseinanderzusetzen.

Diese Konsequenz sollte jedoch nicht nur für die Erstellung solcher Räume gelten. Da sie sich, einmal gebaut, dennoch weiter verändern müsste auch für die Nutzungsphase, für den Alltag des »Gebrauchs« der Stadt ein Sensorium entwickelt werden, das z. B. auf Nutzungskonflikte aufmerksam macht und zu Bemühungen um Interessenausgleich führt.

6 | In der Wüste: Öffentliche Räume sind individuelle und kollektive »Konstruktionen«

Wie kommt es zu unterschiedlichen Wahrnehmungen und Bewertungen öffentlicher Räume? Um hier eine Antwort zu finden, muss man wohl zunächst fragen, wie überhaupt Bilder von Räumen entstehen.

Das macht der Geograph Peter Weichhart (2010) deutlich indem er eine Kindheitsgeschichte erzählt: Da spielte er mit seinen Freunden in einer »Wüste«. Damit bezeichneten sie ein großes Areal, auf dem verschiedene Baumaterialien – Sand, Erden, Baustoffe etc. – gelagert waren. Diese »Wüste« kann, so Weichhart als »Musterbeispiel einer alltagsweltlichen Raumkonstruktion gelten. Ein bestimmter [...] Ausschnitt der Erdoberfläche wird [...] auf verschiedenartige Weise »angeeignet«, als Handlungsbühne

und Ressourcenquelle genutzt und als materielle Extension von Ich- und Gruppenidentität wirksam. Dem so konstituierten Raum werden Attribute und Werte zugeschrieben, er wird in einen Sinn- und Bedeutungskontext eingeordnet«.

Dieses »Konstruieren von Räumen« sei, so Weichhart weiter, ein »letztlich trivialer und selbstverständlicher Standardprozess unserer alltagsweltlichen Praxis«. Es handele sich um eine »Grundfunktion unseres kognitiven Apparates«. Mit Blick auf die eigene Disziplin fügte er hinzu, es sei auch eine Standardprozedur geographischer Forschung: »Geographen haben nie etwas anderes gemacht, als Räume zu konstruieren – allerdings haben sie das über lange Strecken ihrer Fachgeschichte nicht bemerkt«.

Solche Raumkonstruktionen sind nicht beliebig. Sie werden z. B. durch Lebensalter (Kinder sehen die »Wüste«, Erwachsene eine Baustelle) oder Fachlichkeit (Geographen schauen anders auf die Stadt als, sagen wir, Taxifahrer) geprägt, verändern sich im Laufe des Lebens und unter dem Einfluss zahlreicher Faktoren, von denen der gesellschaftliche »Standort« besondere Bedeutung hat. Worauf nun einzugehen ist...

7 | Nicht beliebig: Standort und Perspektive prägen Wahrnehmung und Bedeutung öffentlicher Räume

Der Ort, an dem man lebt und der gesellschaftliche Kontext, dem man entstammt, prägen das Verhalten. Diese Prämisse liegt der Wahrnehmungspsychologie von Klaus Holzkamp (1978) zugrunde: Seiner Auffassung nach ist die unterschiedliche Wahrnehmung und Bewertung ein und derselben Sache – wie wir das etwa beim »belebten Platz« gesehen haben – auf gesellschaftliche Unterschiede der Wahrnehmenden zurückzuführen. Ihr »Standort« in der Gesellschaft und die »Perspektive« mit der sie auf die Welt (oder die Stadt) schauen, prägt die Wahrnehmungstätigkeit und im Ergebnis die individuelle »Wahrnehmungskompetenz«.

Dass sich die Wahrnehmungsweisen durch Handeln verändern, liegt auf der Hand: Das Gehör der Geigerin, der Blick des Röntgenologen, die Augen des planlesenden Städtebauers sind durch Übung, durch »Wahrnehmungstätigkeit« geschult. Aber Holzkamp meint mehr: Seiner Auffassung nach resultiert aus der gesellschaftlichen Stellung aller Menschen, ganz unabhängig davon, ob sie ihre Sinne gezielt schärfen (müssen), eine bestimmte Wahrnehmung der ihnen zugänglichen Welt. Und diese alltägliche Wahrnehmungstätigkeit bildet die Grundlage für die »Verschiedenheiten der Wahrnehmungskompetenz«. Dabei ist gesellschaftliche Stellung oder »Standort« durchaus auch konkret räumlich gemeint: Der Ort, an dem man aufwächst – ob Dorf oder Stadt, ob Villenviertel oder Wohnort marginalisierter Gruppen – prägt »Wahrnehmungsmodi« und »Wahrnehmungskompetenz«. Es macht also einen Unterschied, ob der Tagestourist die Piazza San Marco in Venedig als Inbegriff »mediterraner Urbanität« bestaunt, als Kellner im Caffè Florian dort alltäglich arbeitet oder als »multi-lokaler Weltbürger« diesen Ort wegen der vielen Touristen möglichst zügig durchheilt, um in der Ruhe einer Hotelterrasse unter seinesgleichen die Stadt zu genießen. Auch die Stadtforscher, die durch Palermo, Kopenhagen, Chi-

cago oder Hongkong streifen (um einige Referenzorte zu benennen, die in verschiedenen Studien Verwendung fanden) und über das Gesehene berichten, sind durch ihre gesellschaftlichen »Standorte« geprägt und betrachten die Orte und Städte aus spezifischen Perspektiven, die sich zweifellos sehr wesentlich von den Standorten und Wahrnehmungsweisen der in diesen Städten lebenden, die Orte auf verschiedene Weise alltäglich nutzenden Menschen unterscheiden.

8 | Medial vermittelt: Unser Wissen über die öffentlichen Räume beziehen wir nicht nur von dort

»Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Medien«. Dieser Satz Niklas Luhmanns (1996, S. 9) wird gern zitiert – und oft kritisiert. Letzteres vor allem mit dem Hinweis: Es könne ja wohl nicht sein, dass alle eigene Erfahrung ausgeblendet werde. Das Weltwissen bestehe doch zunächst und vermutlich in erster Linie aus der Gesamtheit des selbst Gesehenen, Gehörten, Gefühlten etc. Wer solche Einwände durch zeitgenössisches Philosophieren untermauern möchte, könnte sich unschwer zum Beispiel auf Hartmut Rosas (2016) »Resonanzen« beziehen, die offensichtlich Subjekte voraussetzen, die sich die Welt mit eigenem Sensorium aneignen und von ihr beeindrucken lassen.

Nun sei hier nicht der waghalsige Versuch einer Luhmann-Exegese unternommen, aber doch zweierlei zu bedenken gegeben: Es liegt zunächst nahe, den Satz zu ergänzen. Das könnte den zitierten Einwänden den Wind aus den Segeln nehmen. Er würde dann lauten: »Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, nicht bereits aus eigener Erfahrung wissen, wissen wir durch die Medien.« Allerdings würde der Gehalt des Satzes fast banal – und hinsichtlich seiner Trennung von »Erfahrung« und »Wissen« auch erneut kritikbedürftig.

Womit die zweite Überlegung ins Spiel kommt: »Wissen« resultiert nicht nur aus unmittelbarer sinnlicher Erfahrung. Es ist Ergebnis eines Prozesses, der sich aus vielen Quellen speist. Zu denen gehören – neben interpersonal vermittelten Erfahrungen (von denen etwa Freunde berichteten) – ganz unzweifelhaft Medien aller Art: Presse, Radio, Fernsehen, Film und – in unseren Tagen unübersehbar – das Stimmengewirr der internetbasierten Kommunikation. Also »wissen« wir viel über die Welt, ohne je Entsprechendes mit eigenen Sinnen erlebt zu haben. Und selbst die eigenen Erfahrungen erhalten Deutung und Gewicht durch die Einbettung in medial vermittelte Bilder und Muster. So kann sich Wahrnehmung selbst verändern: Man wird erst aufmerksam auf etwas, weil in den Medien Aufmerksamkeit erregt wurde, man sieht etwas »mit anderen Augen«, weil medial diese andere Deutung vermittelt wurde.

Es ist hier nicht der Ort, um die sich damit ergebenden thematischen Weiterungen zu behandeln. Aber unstrittig dürfte zum Beispiel sein, dass Xenophobie ganz wesentlich durch mediale Beeinflussung gespeist werden kann – indem Vorurteile erzeugt und Stereotypen verstärkt werden.

Kriminalitätsfurcht insgesamt und damit das Auseinanderklaffen von subjektiven (Un-)Sicherheitsgefühlen und objektiver Sicherheitslage (vgl. Hirtenlehner u. a. 2018, Hirtenlehner/Groß 2018) finden hier zwar nicht die alleinige, aber doch eine wesentliche Erklärung.

Die Bezüge zu den öffentlichen Räumen liegen auf der Hand. Ihre Wahrnehmung wird also nicht nur geprägt durch individuelle »Konstruktionen« (Weichhart), durch gesellschaftliche Standorte und Perspektiven (Holzkamp) sondern eben auch durch die Medien und die mit ihnen vermittelten Inhalte. Dies bezieht sich nicht nur auf die Räume an sich, sondern ganz wesentlich auch auf die Menschen, die in ihnen sichtbar werden:

9 | Segregiert und fragmentiert: Öffentliche Räume als Orte, in dem sich die Fremden begegnen?

»Die moderne Großstadt ist ein Ort, an dem Fremde leben. Auf dem Dorf gibt es keine Fremden. Der Fremde ist der prototypische Städter. Im öffentlichen Raum begegnet jeder, auch der Alteingesessene, dem anderen als Fremder. Urbanität beinhaltet Regeln zivilisierten Umgangs unter Fremden. [...] Diese Eigenschaften bestimmen ein Verhalten, das die Konfliktmöglichkeiten, die in der unvermeidbaren Begegnung mit Fremden angelegt sind, entschärft, indem es den anderen möglichst wenig zur Kenntnis nimmt« (Siebel 2010).

Ausführungen wie diese sind – wie es scheint – oft bestenfalls halb gelesen worden. Nur so ist die Entstehung der Vorstellung zu erklären, »dass sich im städtischen Raum [...] eine Gemeinschaft der Bürger« konstituiert (Rauterberg 2002). Sie ist weit verbreitet und prägt viele der positiven Funktionszuschreibungen für öffentliche Räume: Welten begegnen sich, vermischen sich im belebten Treiben und bilden so die lokale Stadtgesellschaft.

Überlesen wurden dabei anscheinend Hinweise wie der, dass man den anderen, die Fremden eigentlich möglichst wenig zur Kenntnis nehmen will, dass man sich abzusichern versucht gegen die Zumutungen der Stadt. Denn, wie Pierre Bourdieu es formuliert: »Tatsächlich steht einem nichts ferner und ist nichts weniger tolerierbar als Menschen, die sozial fern stehen, aber mit denen man in räumlichen Kontakt kommt« (Bourdieu 1991).

Dieses Bourdieu-Zitat führt zugleich einen Schritt über die allgemeine Rede vom »Fremden« hinaus. Die Zumutung scheint in der sozialen Fremdheit zu liegen: Der »Fremde« mag tolerierbar sein, sofern er erkennbar dem eigenen sozialen Milieu zuzuordnen ist – vermeintlich sozial fernstehende in räumlicher Nähe sind es, zumal in größerer Zahl, nicht. Umgekehrt und positiver formuliert: »Soziale Beziehungen, das ist die Quintessenz von zahlreichen Untersuchungen, ergeben sich am ehesten zwischen Menschen mit gleichem sozio-ökonomischen Status und gleichem Lebensstil« (Häußermann 2007a, S. 237).

Dieser Mechanismus ist altbekannt und prägt das Bild der Stadt von Anfang an: Man bleibt unter seinesgleichen. Ob es früher die Straßen und Gassen einzelner Zünfte waren oder später die »guten« und »schlechten« Viertel. Man bleibt unter sich und



hat wenig Kontakt zu »sozial fernstehenden« Gruppen. Womit die beiden in diesem Zusammenhang zentralen Begriffe angesprochen sind:

»Sozialräumliche Segregation«:

Bezeichnungen wie »Arbeiterviertel«, »bessere Gegend« etc. bringen die Alltagserfahrung zum Ausdruck, dass Gruppen der Stadtgesellschaft im Stadtgebiet ungleich verteilt sind. Die einen leben eher oder gar ausschließlich hier, die anderen dort. Paul-Henry Chombart de Lauwe (1977) hat dafür eine griffige Formulierung gefunden: »Das Bild der Gesellschaft ist auf den Boden geschrieben«. Wer beim Stichwort »Segregation« allerdings vorrangig an die Quartiere der Armen und Zugewanderten denkt, irrt: »Am stärksten segregiert wohnen in den Städten immer die reichsten Haushalte – aber die Separierung in »exklusiven« Wohngebieten erfolgt freiwillig. Durch hohe Boden- oder Mietpreise [...] werden Barrieren gegen die übrige Bevölkerung errichtet [...] Die Lebenswelten driften auseinander, die sozialen Distanzen werden größer – bis hin zur »Spaltung der Stadt« (Häußermann 2006, S. 16).

»Fragmentierte Aktionsräume«:

Einzelne Gruppen der Bevölkerung wohnen nicht nur vorrangig in bestimmten Stadtteilen (residenzielle Segregation), auch ihre Aktionsräume (dort, wo sie arbeiten, ihre Freizeit verbringen etc.) unterscheiden sich von denen anderer Gruppen. Das führt im Ergebnis dazu, dass sich sozialräumliche Patchworks bilden, die nebeneinander existieren: Man kennt die Wohnorte der anderen ebenso wenig wie deren Arbeitsumfelder und verbringt auch die Freizeit an getrennten Orten in der Stadt. Sebastian Beck und Thomas Perry (2008, S.117) bringen das auf die Formel: »Wir leben ganz offensichtlich nicht in gleichen, sondern bestenfalls in ähnlichen sozialen Räumen«.

Das alles ließe die Vermutung plausibel erscheinen, dass sich in der Stadt zwar einander fremde Individuen begegnen, sozial zueinander fern stehende Milieus aber kaum aufeinander treffen.

Ganz so separiert stellt sich die Situation allerdings nicht dar. Wie (auch) unsere Untersuchungen zeigen, gibt es durchaus noch Schnittbereiche. Das gilt sowohl für öffentliche Räume im Zentrum der Städte wie für Plätze, Parks und Straßen in stadtgesellschaftlich vielfältigen Quartieren:

Bezogen auf zentrale Stadträume wurde in den Befragungen der Fachleute aus zehn Städten durchweg dementiert, dass es Plätze oder Parks besonderer Bedeutung gebe, die vorrangig oder ausschließlich von einzelnen Gruppen genutzt werden. Alle Teile der Stadtgesellschaft seien in den prominenten Freiräumen zu finden.

Allerdings gibt es durchaus bestimmte soziale »Profile« einzelner Räume – etwa fände man jüngere Menschen und migrantische Milieus häufiger am grünen Rand des Flusses, ältere und eher bürgerlichen Milieus zuzuordnende Menschen hingegen vorrangig an jenem Platz und so weiter.... Solche spezifischen Zusammensetzungen des Publikums können sich sogar in Abhängigkeit

von Tages- und Nachzeiten oder von bestimmten Wochentagen (Markttage etc.) ändern, wie etwa die Beobachtungen zum Marktplatz in Mannheim zeigen.

Allerdings gab es in mehreren Innenstädten Straßenzüge bzw. Geschäftslagen, deren Entwicklung als problematisch eingeschätzt wurde – nicht zuletzt weil sie Personengruppen anzogen, die von anderen gemieden werden. Auch Teile von Parks können von einzelnen Gruppen derart intensiv angeeignet werden, dass andere sie nicht mehr aufsuchen. Auch nach außen hin, in die Vororte hinein, differenziert sich bei zunehmender residenzieller Segregation das Bild deutlich.

In stadtgesellschaftlich vielfältigen Quartieren ist das Spektrum der vorzufindenden Milieus zwar nicht mehr so breit wie in der Gesamtstadt (bzw. weist andere Verteilungen auf), aber auch hier gibt es sozial vielfältig genutzte öffentliche Räume – vom Quartiers- bis zum Kinderspielplatz. Allerdings findet man hier auch »Schattenzonen« und »Vermeidungsräume« vor, die von einzelnen Gruppen möglichst umgangen werden. Zwischen diesen Polen lassen sich – in Abhängigkeit von Randnutzung, Bewohnerschaft im Umfeld und Gestaltung – sehr unterschiedliche Teilräume mit je spezifischen (sozialen) »Profilen« identifizieren.

Auch hier sind in der 24-Stunden-Beobachtung z. T. erhebliche Veränderungen der Nutzerstruktur in Teilräumen zu beobachten, auch hier kann es zu Nutzungskonkurrenzen und Verdrängungen kommen. Insbesondere in so genannten »Ankunftsquartieren« mit erheblicher Fluktuation eines Teils der Bevölkerung können Zuwanderungswellen – wie es uns in einem Fall am Beispiel der EU-Binnenmigration aus Südosteuropa erläutert wurde – zu Umdeutungen von Räumen führen. Auch die »Verjüngung« der Quartiersbevölkerung, etwa durch verstärkten Zuzug von Studierenden, oder die Zunahme von Außengastronomie und nächtlichem Feiern verändern Raum-Umfeld-Konstellationen. Alles das kann für »Alteingesessene« mit erheblichen Irritationen verbunden sein. Und alles das weist auch ein weiteres Mal darauf hin, dass öffentliche Räume in vielfacher Hinsicht Veränderungen unterworfen sein können und nicht einmal gebaut in ihrer Funktion und Nutzung festgeschrieben sind.

Es lässt sich also zunächst festhalten: Trotz Segregation und Fragmentierung gibt es weiterhin Stadträume, in denen stadtgesellschaftliche Vielfalt sichtbar wird.

Aber ist es das, was von den öffentlichen Räumen erwartet wird? Sieht man sie nicht eher als Orte der Begegnung in einem sehr viel umfassenderen, interaktiven Sinn?

Solche Erwartungen sind schon oft mit Skepsis betrachtet worden. So schreibt Wulf Tessin etwa, es sei »schon erstaunlich, wie die »urbanistischen« Ideologien gerade die Kontaktaufnahme und die zwischenmenschliche Kommunikation als »eigentlichen« Verhaltenstypus in der Öffentlichkeit derart privilegieren und propagieren, obwohl es doch eher der unübliche Verhaltensmodus ist, nicht nur was seine tatsächliche Häufigkeit, sondern gerade auch was seine normative Legitimität anbetrifft« (Tessin 2010, S. 272). Und Rauterberg (2002) resümiert: »Der Traum von der Vielheit in Einheit, von heterogener Homogenität, ist ein Traum fern der Wirklichkeit«.

Redet man also nicht von Träumen, sondern von Wirklichkeiten so erweist es sich mit Blick auf den Stand der Forschung (ausführlicher: Wiesemann 2015; Berding/Karow-Kluge 2017) und unsere eigenen Beobachtungen als sinnvoll zu unterscheiden in:

Sichtbarkeit (»visibility«),

die die »simultane Präsenz im Raum« zur Voraussetzung hat. Massey (2005) spricht in diesem Zusammenhang auch plastisch von »throwntogetherness«. Und in einem unserer Interviews war ebenfalls treffend die Rede von einer »Mischung, die sich nicht mischt«. Dennoch können mit der Wahrnehmung der Anderen in alltäglichen Situationen zentrale Voraussetzungen für ein soziales Miteinander in den Städten geschaffen werden. Oder wie es Vaiou und Kalandides (2009, S. 18) ausdrücken: »The borders between familiar and strange, insider and outsider are re-negotiated and even challenged«. Sichtbarkeit kann jedoch auch, darauf weist Wiesemann (2015, S. 193) in seiner differenzierten Betrachtung zu Recht hin, zu einer Affirmation und damit zu einer Festschreibung von Vorurteilen und Stereotypen gegenüber »Anderen« beitragen.

Interaktion,

die über die reine Wahrnehmung anderer Personen im Raum hinausgeht und verschiedene Arten des Reagierens aufeinander bzw. des Agierens miteinander umfasst. Das kann von aufeinander bezogenen Bewegungen im Raum über Begrüßungszeichen bis hin zu Gespräch und gemeinsamem Handeln reichen. Zugleich muss unterschieden werden zwischen einvernehmlicher und konflikthafter Interaktion: Aufeinanderzubewegen oder Ausweichen wären in diesem Sinne zwei Ausprägungen von Interaktion ebenso wie gemeinsames Spiel auf der einen und Streit auf der anderen Seite.

Im Rahmen unserer Beobachtungen bildeten simultane Anwesenheit und Sichtbarkeit im Raum die häufigste Form der »Begegnung«. Darüberhinaus wurden aber auch zahlreiche Interaktionen unterschiedlichster Art beobachtet. Wenige waren negativer Art: Nutzungskonflikte gab es lediglich vereinzelt durch sozial auffällige Einzelpersonen bzw. raumgreifende Gruppen. Deutlich häufiger waren Begrüßungen, kurze oder längere Gespräche – und natürlich gemeinsames Kinderspiel – zu beobachten.

10 | Nichts bleibt wie es ist: Der Wandel öffentlicher Räume begründet eine »Daueraufgabe ohne Dauerlösung«

Es dürfte im Verlauf der bisherigen Darstellungen bereits deutlich geworden sein, dass öffentliche Räume auf vielfache Weise »in Bewegung« sind: Funktionen, Nutzungen, Bedeutungen wandeln sich dabei oft schneller als die baulich-räumlichen Gegebenheiten. Selbst Plätze und Parks, die äußerlich unverändert erscheinen mögen, können sich tatsächlich stark verändert haben...

Die langen Wellen des Wandels hat Jan Gehl (2010, S. 376) in einer Abbildung für die letzten zwei Jahrhunderte nachgezeichnet. Dabei wird deutlich, wie sich die Nutzungen von notwendigen (Verkehr, Handel etc.) zu optionalen (Freizeit, Kultur etc.) verschoben haben. Vorangetrieben wurden und werden diese Veränderungen durch ökonomische, gesellschaftliche, politische und technologische Entwicklungen und sie vollziehen sich teils kontinuierlich, teils in Schüben.

Wer sich heute mit öffentlichen Räumen auseinandersetzt, wird zunächst vor allem mit Momentaufnahmen von z. T. sehr widersprüchlichen Entwicklungen konfrontiert, die in zahlreiche offene Fragen münden:

- Der Strukturwandel im Einzelhandel ist nur einer von vielen Faktoren, die die Randnutzungen öffentlicher Räume wesentlich verändern – mit weitreichenden Folgen für deren Attraktivität und Nutzung. Welche Stabilisierungs- und Kompensationsmöglichkeiten gibt es hier – in den Innenstädten wie in nebenzentralen Lagen, Vororten etc.?
- Ist die – häufig mit Kommerzialisierung verbundene – »Beispielung« öffentlicher Räume eine angemessene Reaktion auf Funktionsveränderungen? Welche Rolle spielen hierbei Stadtmarketing und die ökonomische Bedeutung der Vergabe von Sondernutzungsrechten? Und wo liegen die Grenzen dieser Form der Nutzungsintensivierung?
- Während nach wie vor Nutzungskonflikte mit ruhendem und fließendem Verkehr kommunalpolitische Diskussionen befeuern stellt sich zugleich die Frage nach der Zukunft der städtischen Mobilität und deren Auswirkungen auf Gestalt und Nutzung öffentlicher Räume.
- Der Druck, noch unbebaute Flächen für Wohnungsbau zu nutzen, ist in wachsenden Städten sehr groß. Um das zu verdeutlichen ist schon von »urban fracking« gesprochen. Das bleibt nicht ohne Konsequenzen für das System der öffentlich nutzbaren Räume. Wo liegen hier Grenzen – in ökologischer (u. a. Stadtklima) wie in sozialer (u. a. Freiraumversorgung) Hinsicht?
- Welche Folgen haben Gentrifizierung und die mit ihr verbundene Homogenisierung von Sozialstrukturen auf die Entwicklung und Nutzung öffentlicher Räume in den betroffenen Gebieten?
- Was folgt aus der Parallelentwicklung von (weiterhin steigenden) Unsicherheitsgefühlen und zunehmender Überwachung (Video, Polizeipräsenz)?
- Wie lassen sich die Folgen intensiver Freiraumnutzung (Müll, Zerstörung von Grünräumen etc.) mindern?
- Auf welche Weise können die Konflikte nächtlichen Feierns im Freien (insbesondere mit der Wohnnutzung) gemindert werden?
- Welche Wirkungen hat der demografische Wandel (Alterung, Zuwanderung) auf Nutzung und Gestaltung öffentlicher Räume?



Diese Auflistung ließe sich verlängern. Aber auch so wird schon deutlich, dass öffentliche Räume nicht sind, sondern werden. Immer wieder auf's Neue müssen gesellschaftliche Ansprüche und räumlich-funktionale Angebote zueinander finden.

Daraus folgt auch: Wer nur einzelne der genannten Entwicklungen in den Blick nimmt und ihren weiteren Verlauf zu prognostizieren versucht, gerät schnell in die Irre. Die Erfahrungen mit den Krisenmeldungen der 80er Jahre müssen zu denken geben. Für Forschungen, die sich mit öffentlichen Räumen auseinandersetzen, ist mithin ein ganzheitlicher Ansatz erforderlich, der verschiedene Dimensionen des Wandels in ihren (möglichen) Wechselwirkungen berücksichtigt.

Ganz Ähnliches gilt auch für die Praxis: Öffentliche Räume sind eine typische Querschnittsaufgabe und bedürfen integrierten Handelns (dazu nachfolgend mehr). Und diese Aufgabe ist nicht einmal zu »erledigen«. Funktionen und Nutzungen ändern sich ständig und machen Reaktionen erforderlich. Kurzum: Es handelt sich um eine »Daueraufgabe ohne Dauerlösung«.

11 | An der Entwicklung mitwirken: Die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen sind begrenzt, aber von zentraler Bedeutung

Oft wird unterstellt, dass es sich bei öffentlichen Räumen um ein Handlungsfeld handelt, das im Gegensatz zu vielen anderen Aufgabenbereichen der Stadtentwicklung vollständig und umfassend von den Kommunen gesteuert werden kann. Das ist aber aus mehreren Gründen nicht der Fall:

Nutzung ist nur bedingt steuerbar. Sie sucht sich ihre eigenen Wege. In einigen Parkanlagen ist dies wörtlich zu nehmen und deutlich zu sehen. Aber hier geht es um mehr: Welche Räume warum attraktiv sind und intensiv genutzt werden, ist nur bedingt vorherzusehen. Letztlich entscheidet die Stadtgesellschaft, wo sie sich mit Vorliebe aufhält, an welchen Orten sie nächstens feiert und in welchem Ambiente sich welche Gruppen besonders wohl fühlen.

Soweit es um Gestaltung, Pflege und Entwicklung der Räume geht sind neben der Kommune zahlreiche »Stakeholder« von Bedeutung, die nach eigenen Interessen handeln. Das gilt sowohl für Akteure mit Rechten an öffentlich genutzten Flächen (von Kirchen über Hochschulen bis hin zu privaten Grundeigentümern) wie für die Betreiber von Randnutzungen, deren Einrichtungen (Gastronomie, Handel, Kultur) wesentlichen Einfluss auf die Belegung der Räume haben (vgl. ausführlicher: Berding u. a. 2010, Fugmann 2018).

Die baulich-räumliche Planung und Entwicklung vermag immer nur Rahmenbedingungen zu schaffen, die von anderen Akteuren – z. B. den Grundstückseigentümern, den Projektinitiatoren und -entwicklern, den Geschäftsinhabern, Betreibern von Freizeiteinrichtungen etc. – ausgefüllt und von den Nutzern angenommen werden müssen. Das gelingt vielfach nicht: Oft entstehen die in den Plänen vorgesehenen Einrichtungen, die zum Beispiel zur

Belegung der Plätze und ihrer Ränder hätten beitragen können, gar nicht erst: Die ökonomischen Realitäten und die Standortentscheidungen privater Akteure passten nicht zu den Plänen. Und selbst wenn anfänglich Erfolge zu vermelden waren, können wirtschaftlicher Wandel – etwa im Einzelhandel – oder neue Präferenzen der Nutzer zu Leerständen und Verödung führen. Die Beispiele für gute Absichten ohne Wirkung sind zahlreich.

Unglücklicherweise hält sich in einem Teil der theoretischen Diskussion (z. B. Sennett 2018, Löw 2018 u.v.a.m.) zäh die Vorstellung, dass »die Planung« oder »Stadtplaner und Architekten« verantwortlich für das sind und sein können, was sich uns als Stadt darstellt. Damit werden die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten dieses Berufsstandes maßlos überschätzt. Und damit auch der Blick darauf verbaut, wie es tatsächlich um das Zustandekommen städtischer Bau- und Nutzungsstrukturen bestellt ist.

»Mehr als die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Vielfalt und Lebendigkeit entfalten können, sollen sich Architekten und Städtebauer nicht abverlangen. Seien wir also bescheiden. Viel wäre schon gewonnen, wenn Städtebauer in der Lage wären, die Voraussetzungen für eine »belebte Stadt« zu verwirklichen«. Hartmut Häußermanns (2007b) Rat klingt bescheiden und geht doch weit über die Möglichkeiten baulich-räumlicher Steuerung, selbst über die kommunalen Handlungspotenziale insgesamt hinaus.

Das ist keine Bankrotterklärung, sondern nur die nüchterne Einsicht in die Tatsache, dass die Gestaltungsmacht öffentlicher Akteure selbst in einer ihrer Domänen – dem öffentlichen Raum – begrenzt ist. Zweifellos leisten sie ganz wesentliche Beiträge zu dessen Entwicklung. Aber die »belebte Stadt« und ihre Voraussetzungen vermögen sie nicht zu »verwirklichen« (ausführlicher Selle 2018a, S. 353 ff).

12 | Mehr Alltag für die Bürgerbeteiligung: Responsivität könnte ein Schlüssel sein

Wenn es Handlungsfelder gibt, in denen Sinn und Nutzen partizipativer und kooperativer Vorgehensweisen deutlich wird, dann gehört die (Um-)Gestaltung öffentlicher Räume zweifellos dazu: Dass hier Kooperation mit vielen Stakeholdern notwendig ist, dürfte wohl unstrittig sein. Wer einmal die Umwandlung eines vormals als Parkplatz genutzten innerstädtischen Freiraums begleitet hat, wird erfahren haben, dass dies intensiver multilateraler Kommunikation bedarf – und dass auf diesem Wege Lösungen im Konsens möglich werden, die zuvor nicht erwartbar waren.

Und wer mit den Expertinnen und Experten des Alltags – Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aus verschiedenen Kulturkreisen und Altersstufen – Möglichkeiten einer Umfeldverbesserung erkundet hat, weiß auch um den inhaltlichen Ertrag solcher Prozesse.

Im Rückblick auf ein halbes Jahrhundert Praxiserfahrungen in und mit öffentlichen Räumen könnte das folgende Zitat als Resümee

gelesen werden (wäre da nicht das Missverständnis, dass erst »in Zukunft« derlei »verstärkt zu erproben« sei. Diese Erfahrungen liegen alle schon vor):

»Bei der Entwicklung von Freiräumen kommt es zukünftig verstärkt darauf an, Verfahren für eine neue Planungskultur zu erproben, die eine kooperative Freiraumentwicklung fördert. Das Management von Akteuren (Aktivierung von Kooperationspartnern, Einbeziehung von Stakeholdern, Bürgermitwirkung) ist eine neue Aufgabe von Planerinnen und Planern, die als solche definiert und mit entsprechenden personellen Ressourcen aktiv und offensiv angegangen werden soll. Hierzu gehört auch die Entwicklung innovativer Lösungen für eine »Kultur der Mitwirkung« und aktive Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an »ihren« Freiräumen. Die Einbindung privater Akteure und der Zivilgesellschaft in die Planung und Pflege erhöht die Identifikation der Bürgerschaft mit ihren Anlagen und hilft dabei, Grünflächen bedarfsgerecht zu gestalten und zu bewahren...« (BMUB 2017, S.33).

Während es die Vielfalt positiver Erfahrungen bei der baulichen Entwicklung von öffentlich nutzbaren Räumen schon gibt (und man auch aus negativen noch weiter lernen könnte), bedarf – mit Blick auf die Zukunft – möglicherweise ein anderer Aspekt verstärkter Beachtung: Bislang bezieht sich Partizipation (nicht nur im Freiraum) allein auf den »Produktionszeitraum«. Die Planung und Umsetzung von Gestaltungsmaßnahmen war und ist Gegenstand von Erörterungen. Aber was ist davor und kommt danach?

Diese Frage mögen sich Bewohnerinnen und Bewohner stellen, die einmalig aufgefordert wurden, ihre Meinung zu bekunden, für die sich davor und danach aber niemand mehr interessiert. Und auch diejenigen, die die Partizipationsmöglichkeit anbieten, müssen sich fragen, ob durch solche punktuellen Öffnungen eine »Kultur der Mitwirkung« entstehen kann.

Damit ist ein grundsätzliches Problem planungsbezogener Beteiligung angesprochen: Anlass, Thema und Zeitpunkt ergeben sich aus Erfordernissen der Planungsprozesse. Ob Thema und Zeitpunkt aber den Bedürfnissen der Beteiligten entsprechen, wird nicht gefragt. Ebenfalls bleibt offen, ob es nicht außerhalb von Planungsaufgaben den Wunsch gibt, sich äußern zu können – und gehört zu werden.

Auf solche Gedanken wird man dann aufmerksam, wenn man einmal nicht Planungs-, sondern Nutzungsprozesse in den Blick nimmt. So wie es in unseren Untersuchungen der Fall war. Hier ging es um den Alltag der öffentlichen Räume – ihre Nutzung, ihre Pflege, das Neben- und Miteinander der Menschen, die Muße, die Hektik, den Markt, das Feiern, den Müll, den Lärm und die Leere, den Parkdruck und die Parkbank, die Polizeipräsenz und das Kinderspiel...

An wen wendet man sich, wenn in diesem Nutzungsalltag etwas zu erörtern, zu ändern, zu verbessern wäre? Wie steht es um die Teilhabemöglichkeiten diesseits und jenseits von »Vorhaben« der städtischen Verwaltung?

Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, dass der Alltag für die Menschen in der Stadt eine größere Bedeutung hat als die oft am Abstand vieler Jahre angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten

an Planungsprozessen (die das eigene Lebensumfeld betreffen könnten). Da liegt der Schluss nicht fern, dass es für die »Kultur der Mitwirkung« ebenfalls entscheidender ist, was im Alltag an Mitwirkungsmöglichkeiten sichtbar wird. Das heißt: Wer über die Weiterentwicklung des Beteiligungsverständnisses nachdenkt, muss den Blick von der »Produktion« der Räume (die »Planung eines Vorhabens«) auf deren Nutzung lenken.

Es gibt also berechtigten Anlass darüber nachzudenken, wie es um den Alltag der Kommunikation zwischen Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik steht – also auch: ob und wie die lokale Demokratie im Alltag erlebt wird (wenn sich nicht auf das Zustandekommen von Entscheidungen zu Vorhaben reduziert wird).

Man kann zur Begründung einer solchen Denkrichtung ganz hoch hinauf in die Sphären umfassender Gesellschaftstheorien schauen und sich zum Beispiel auf Hartmut Rosas »Resonanz«-Begriff (2016) beziehen. Zu dessen elementaren Bestandteilen gehört die Vorstellung, andere erreichen zu können und sie zum Antworten zu bringen. Lassen wir alle anderen Aspekte, die Rosa in seinem Verständnis von »Resonanz« zusammenführt beiseite und beschränken uns auf das insbesondere aus Entwicklungspsychologie, Pädagogik und Kommunikationstheorien bekannte »Antwortverhalten«: Man hört nicht nur einander zu und antwortet, sondern stimmt auch das eigene Verhalten aufeinander ab. Eine so verstandene Responsivität verbindet also die Vorstellung von gelingender Kommunikation mit dem Erleben von Selbstwirksamkeit (»ein anderer hat mir zugehört, geantwortet und wir können uns verständigen«).

Soweit die Höhen der Theorie und abstrakten Begriffe. Für den Alltag der Demokratie hat Jürgen Wiebicke (2018, ähnlich auch: Schnur 2018, S. 7) einen ganz einfachen Rat: »Mache dir die Welt zum Dorf«. Er plädiert für eine »Politik des Nahbereichs« und zeigt u. a. am Verständigungsprozess zu einem problematischen öffentlichen Raum in Berlin (a. a. O. S. 40 f.) wie wichtig das einander Zuhören und die Verständigung in zivilgesellschaftlichen Netzwerken ist. Aber nicht nur dort: Auch das Verhältnis der lokal Aktiven zur Politik ist unmittelbar betroffen, so Wiebicke »Mehr Demokratie wagen heißt heute, ein kluges Miteinander zwischen repräsentativer Politik und Bürgerengagement von unten zu organisieren. Dazu müssen sich aber nicht nur Politiker ändern, sondern wir alle.«

In dieses Umfeld könnte man ein Verständnis von Responsivität im Alltag der Städte ansiedeln und die nicht leicht zu beantwortende Frage stellen, wie sie denn zu bewirken ist. Es kann sicher nicht nur um »Mängelmelder« und Ähnliches gehen. Auch wenn solche niedrigschwelligen Kommunikationsformen ein Element sein können, sofern sie sich auf Anregungen aller Art beziehen (»Anliegenmelder«). Und eben so sicher ist, dass es nicht nur um bilaterale Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und »der Stadt« auf der anderen Seite gehen kann: Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation (vom Zusammenschluss der Einzelhändler in einer Straße bis zum Kultur- oder Gardening-Projekt) ist zweifellos ein ebenfalls wichtiges Element. Aber man wird auch über die vertikale Organisation der Stadtpolitik (etwa Rolle der Bezirksvertretungen, Ortsämter etc.) und ihr kommunikatives »Sensorium« (zu verschiedenen Formen: Kuder 2019) ebenso nachdenken müssen wie über die Ansprechbarkeit der Administration vor Ort (Stadtteilkümmerer, Quartiersmana-



ger, Stakeholder Manager). Und nicht zuletzt geht es bei alledem um die Frage, wer denn eigentlich was gestalten kann, welche Möglichkeiten die Kommune hat, allein oder mit anderen auf Anregungen und Hinweise zu reagieren. Fertige Antworten auf die vielen Fragen gibt es noch nicht.

13 | Alles Governance: Die Mitwirkung an Nutzung, Pflege und Entwicklung von Stadträumen geschieht auf vielerlei Weise

»I use the term ›governance‹ here and elsewhere to refer to all forms of collective action, of which formal government activity is one«. Mit dieser Definition ist Patsy Healey (2012a) wohl eine der kürzesten Umschreibungen für einen Begriff gelungen, der seit mehr als zwei Jahrzehnten auch in der Auseinandersetzung mit Prozessen der Stadtentwicklung eine zentrale Rolle spielt. Dabei lässt sie auch ein duales Begriffsverständnis hinter sich, in dem noch zwischen »Government« (dem hoheitlichen Handeln des Staates) und »Governance« (dem Handeln vieler Akteure auf nicht-hierarchische Weise) unterschieden wurde. Das ist aus vielen Gründen sinnvoll. Der einfachste: Das eine lässt sich – zumindest in den Aufgabenfeldern der Stadtentwicklung – vielfach vom anderen nicht trennen.

So wurde »Governance« zum Oberbegriff für das (auf eine gemeinsame Aufgabe gerichtete) Handeln vieler Akteure, das als »Teilmenge« auch hierarchische, gesetzlich geregelte staatliche Steuerungsformen umfasst.

Eine so verstandenen Governance-Perspektive (vgl. ausführlicher: Selle 2018a, S. 31 ff. und 422 ff.) ist sehr hilfreich, um Prozesse der Stadtentwicklung beschreiben und verstehen zu können. Das gilt auch und besonders für die Entwicklung öffentlicher Räume. Denn hier sind viele Akteure auf vielfache Weise aktiv. Nur einige Schlaglichter auf die Akteurs-Sphären (Staat, Markt, Zivilgesellschaft ...) aus deren Handeln Stadtentwicklungsprozesse resultieren:

- *Akteure aus den Sphären der Märkte* – Immobilieneigentümer, Einzelhändler, Gastronomen u.v.a.m. – haben mit ihrem Verhalten wesentlichen Einfluss auf wirtschaftliche Dynamiken, die Wachstum und Verfall ganzer Quartiere prägen (ohne dass eine Kommune nennenswerten Einfluss hätte). Sie setzen damit im übertragenen wie konkret-räumlichen Sinne Rahmenbedingungen auch für die Nutzung und Entwicklung öffentlicher Räume. Zudem greifen sie unmittelbar in die Räume ein – etwa mit Sondernutzungsrechten in der Gastronomie, mit Events aller Art und nicht zuletzt auch mit der (Ko-)Finanzierung von Gestaltungsmaßnahmen.
- Die *Stadtgesellschaft* prägt mit ihrem Verhalten, ihren Präferenzen und Abneigungen ganz wesentlich die Nutzung der Räume. Das kann im negativen Fall zu Entleerungen hier und Überlastung dort führen, Nutzungskonflikte verursachen und unerwünschte Folgen (z. B. Zerstörungen, Müll) hinterlassen. Zugleich aber prägen die Bürgerinnen

und Bürger mit kulturellen Aktionen – vom spontanen Auftritt bis zu großen Festen – und sportlichen Aktivitäten, die in nahezu allen Freiraumarten zu finden sind, sowie mit einem breiten Spektrum anderer Freizeitaktivitäten das Leben auf Plätzen, in Parks und Promenaden. Zivilgesellschaftliche Akteure sind auch gestaltend im öffentlich nutzbaren Raum tätig – etwa mit community gardens, wie man sie schon aus den USA der 1970er Jahre kennt, oder mit heutigen Formen von »Sharing-Ansätzen« in Gemeinschaftsgärten (vgl. Sinning/Spars 2019), mit »urban gardening«, mit Baumscheibenpatenschaften bis hin zu gemeinschaftlicher Selbsthilfe im Kampf gegen Vermüllung. Nicht zuletzt üben sie soziale Kontrolle aus, greifen auch schon einmal ein, wie wir in unseren Beobachtungen sahen, wenn andere behelligt werden, oder reparieren ein Spielgerät, das Kinder zu gefährden schien. Vor allem aber melden sie Störungen jeglicher Art an städtische Stellen und tragen so dazu bei, dass möglichst bald (Gegen-)Maßnahmen eingeleitet werden.

- *Staatliche bzw. kommunale Akteure* sind auf vielfältige Weise für öffentliche Stadträume zuständig: Sie gewährleisten Sicherheit und Ordnung, pflegen Grünflächen und Plätze und gestalten sie, wo erforderlich, neu oder um. Allerdings sind diese Aktivitäten auf eine Vielzahl von Akteuren verteilt. Nur ein kleiner Ausschnitt: Polizei, lokale Ordnungskräfte, Abfall-/Entsorgungsbetriebe, Öffentliche Verkehrsbetriebe, Betriebe für Grünflächenpflege, Ämter für Bauordnung, Hochbau, Tiefbau, Stadtplanung, Stadterneuerung, Liegenschaften, Naturschutz, Umwelt, Grünplanung, strategische Stadtentwicklung, Jugend und Soziales sowie ggf. Quartiersmanagement und diverse Stabs- und Koordinierungsstellen.

Unter den diesen drei Sphären nicht unmittelbar zuzuordnenden Akteuren sind insbesondere die Medien zu nennen, die Meldungen über öffentliche Räume gern aufgreifen und mit ihrer Berichterstattung nicht selten einseitige Bilder zeichnen. Insbesondere das Image von ohnehin benachteiligten Quartieren – und deren Plätzen, Parks und Straßen – kann dadurch nachhaltig Schaden nehmen. Mediale Vermittlung, erheblich verstärkt durch social media, trägt auch dazu bei, dass etwa die Sicherheitslage in den öffentlichen Räumen der Städte von der Bevölkerung deutlich negativer eingeschätzt wird, als es die Kriminalstatistik darstellt.

In diesem Gemenge von Akteuren, Aktivitäten, Bezügen und Wechselwirkungen handlungsfähig zu werden und zu bleiben ist die große Herausforderung für die Auseinandersetzung mit öffentlichen Räumen.

Dass aus dieser Vielfalt und Zersplitterung von Zuständigkeiten nicht ohne Weiteres gemeinsames Handeln resultiert, liegt auf der Hand. Insofern sind einerseits untereinander unverbundenen Handeln oder sogar deutliche wechselseitige Blockaden zu beobachten.

Aber andererseits gibt es auch Bemühungen um Integration: Baulich-räumliche Umgestaltungen – von Straßen und Plätzen – werden zumeist in Abstimmung oder Kooperation mit betroffenen privaten Akteuren und begleitet von intensiver Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. Projektbezogen und temporär lassen

sich hier auch am ehesten noch verschiedene Zuständigkeiten auf kommunaler Seite bündeln. Dabei werden zunehmend nicht nur die mit planerischen und technischen Aufgaben betrauten Fachämter, sondern auch Gesichtspunkte der Kriminalprävention in die Planungen einbezogen.

Institutionell wurden und werden auf kommunaler Seite auch immer wieder Versuche zu verstärkter Kooperation unternommen – etwa im Rahmen so genannter Sicherheitspartnerschaften, durch Koordinierungsstellen (z. B. für Sicherheit und Ordnung) oder durch Erweiterung der Kompetenzen einzelner Fachstellen – indem etwa ehemalige Grünflächenämter für das »Management des öffentlichen Raums« zuständig werden.

Zu erwähnen sind insbesondere aber auch stadtteilbezogene Ansätze, wie sie im Kontext verschiedener Formen des Quartiersmanagements zu finden sind. Sie können im Idealfall den Ansprüchen an eine integrierte Bearbeitung von Aufgaben der Stadtentwicklung – akteurs-, ressort-, maßnahmen- und raumübergreifend zu denken und zu handeln – am nächsten kommen: Das System der öffentlichen Räume, der Wege und Bezüge, der aufgesuchten und gemiedenen Orte, mithin also auch Aspekte der Nutzung und deren Veränderung können hier in ihren Zusammenhängen betrachtet und bearbeitet werden. Verschiedene »Stakeholder« lassen sich vor Ort besser einbinden. Und es kann von hier aus auch der Versuch einer »externen Koordination« der verschiedenen Zuständigkeiten in der Zentralverwaltung versucht werden. Besonders zu erwähnen ist auch, dass auf dieser Handlungsebene und durch das Vorhandensein konkreter Ansprechpartnerinnen und -partner zudem jene Responsivität gegeben ist, von der oben die Rede war und die gewährleistet, dass Alltagserfahrungen aufgegriffen und als Aufgaben thematisiert werden können.

14 | Die Mischung macht's: Zum Verständnis öffentlicher Räume bedarf es vieler Perspektiven

Was für die Auseinandersetzung mit öffentlichen Räumen in der Praxis der Stadtentwicklung gilt, kann auch für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihnen Geltung beanspruchen: Auch hier gilt es, viele Zugänge, Perspektiven, Theorien und Methoden zusammenzuführen, um ein Bild vom Ganzen zu erhalten. Es gibt den Königsweg nicht – weder die eine Theorie, mit der man erklären könnte, warum und wie sich öffentliche Räume entwickeln, welche Interessen und Eigenlogiken sich hier schneiden, wie, warum und von wem sie genutzt werden usw. Noch gibt es das eine Methodenset, mit dem das notwendige Wissen empirisch erzeugt werden könnte, um solche Fragen zu beantworten.

Forschen zu öffentlichen Räumen heißt also, verschiedene theoretische und methodische Bausteine zusammenzufügen und – da dies nie für die ganze Breite des Forschungsfeldes gelingen kann – zugleich die Grenzen der eigenen Bemühungen zu sehen und zu vermitteln.

Einige der Theoriebausteine, die dazu geeignet sein könnten, wurden hier erwähnt. Andere nicht – wie etwa Martina Löw's

Anspruch »Stadt vom Raum« aus denken zu können (Löw 2018). Beiden, genannten wie ungenannten sozialwissenschaftlichen Theoriebausteinen ist jedoch gemein, dass sie von der räumlich-funktionalen Entwicklung der öffentlichen Räume – und deren ökonomischen, rechtlichen, politischen und planerischen Rahmenbedingungen – wenig zu wissen scheinen. Dieser Mangel an stadtentwicklungs- und planungstheoretischen Komponenten dürfte wohl die wesentliche Leerstelle im derzeit verfügbaren Theorien-Puzzle zu öffentlichen Räumen darstellen.

Anders verhält es sich auf den ersten Blick beim Methodenkanon zur Beobachtung des Lebens in öffentlichen Räumen. Mit »How to study public life« (Gehl/ Svarre 2013) wird ein umfassender »Methodenkoffer« angeboten, der lediglich der Ergänzung durch technische Neuerungen bedarf (z. B. GPS-basierte Aufzeichnungsformen). Auch wir griffen in unseren Untersuchungen auf dieses Handwerkszeug zurück und die dabei gewonnenen Erfahrungen bestätigen: Erst im Mix der methodischen Zugänge entstehen hinreichend detaillierte und tiefenscharfe Bilder von der Nutzung der Räume.

Wenn von »Zusammenfügen« die Rede ist, dann muss beim Thema »Öffentlicher Raum« auch die Frage gestellt werden, wie die Perspektiven von Forschenden und Nutzenden, also denjenigen, die sich in öffentlichen Räumen aufhalten und sie auf vielfältige Weise in Anspruch nehmen, verschränkt werden können.

In der Praxis ist die Antwort vielerorts gegeben: Jugendliche durchstreifen ihr Umfeld und dokumentieren die sie interessierenden Orte und Aktivitäten in Videoclips, in Quartiersgeschichtswerkstätten berichten ältere Bewohnerinnen und Bewohner von den Veränderungen eines Platzes, in Stadteilspaziergängen identifiziert man gemeinsam Lieblingsorte und Räume des Unbehagens und im weiteren Planungsprozess erörtert man immer wieder gemeinsam, wie sich der Platz, die Straße, die Wegeverbindung verbessern lassen.

Auch in der Forschung scheint die Antwort auf die »Verschränkungs-Frage« bereits gegeben. Denn hier findet man zahlreiche Aussagen beschreibender und normativer Art, in denen die Autorinnen und Autoren unmittelbar vom eigenen Erleben auf die Nutzung und Nutzbarkeit von Stadträumen schließen. Gelegentlich wird dies expliziert, wie etwa in Sennetts »Offener Stadt« (2018, 28 ff), wo erläutert wird, wie Ereignisse der eigenen Biografie die Wahrnehmung prägten. Häufiger jedoch gewinnt man den Eindruck, da fühle sich jemand zu Situationsbeschreibungen und -analysen befugt, weil er oder sie ja selbst die Stadträume durchquert, also weiß, wovon die Rede ist. Diese »Ein-Personen-Empirie«, die von eigener Anschauung auf das Allgemeine schließt, ist nicht nur aus Gründen mangelnder Transparenz oder mit Blick auf die nicht reflektierte gesellschaftliche Standortgebundenheit der Forschenden bedenklich. Problematisch wird sie insbesondere dadurch, dass sie sich der realen Perspektivenvielfalt verschließt und damit Vielfalt und Verschiedenheit in Nutzung und Wahrnehmung der Stadt (siehe vorher) außer acht lässt.

Hier bedürfte es anderer, explizit verschiedene Sichtweisen einbeziehender Forschungsstrategien. Als »Aktionsforschung« (vgl. Moser/ Ornaier 1978, Freire 1982) wurden solche Ansätze in den 1970er und 1980er Jahren populär, befeuert etwa von Arbeiten eines Paul Feyerabend, der den »Methodenzwang« in den Wis-

senschaften kritisierte (1976, 1979). In fortgeschriebener Form finden sie weiterhin etwa im pädagogischen Bereich Anwendung, indem Lehrende ihr Lehrverhalten erforschen und Forscherinnen und Forscher auch selbst vor der Klasse stehen. Verwandte Formen finden sich heute in »Partizipativer Forschung«, »citizen science« oder »open science« (vgl. von Unger 2014, Ziegler/Weißpflug 2018). Laien werden hier selbst zu Forschenden und Forschende öffnen ihre Problemwahrnehmung für die Sichtweisen derer, die nun nicht mehr »Beforschte«, sondern Partner in gemeinsamen Lernprozessen sind.

Bei allen Unterschieden im Detail – insbesondere die professionellen Rollen und Funktionen betreffend – eint diese Ansätze vor allem, dass

- die Forschenden »ins Feld gehen« und mit den dort Agierenden »auf Augenhöhe« interagieren,
- möglichst alle Perspektiven auf ein Thema erfasst und in die Erörterungen einbezogen werden und
- mit dem gemeinsam gestalteten Prozess nicht nur »Forschungsergebnisse« erzeugt, sondern auch Veränderungen bewirkt werden sollen.

Das alles ist nicht ohne methodische Fallstricke, aber – in diesem Fall zeigt es bereits die Planungspraxis – sehr fruchtbar. Es wäre daher zu wünschen, wenn sich auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlichen Räumen verstärkt solcher – verschiedene Perspektiven miteinander verschränkenden – Forschungsstrategien bedienen würde.

Anhang

Dank an Mitwirkende

An den in dieser Publikation dargestellten Untersuchungen haben – über das Forschungsteam hinaus – viele mitgewirkt. Ihnen allen verdanken wir wichtige Einsichten und Erkenntnisse.

Ihnen allen gilt unser herzlicher Dank!

Interviewpartner und Interviewpartnerinnen Phase I (Kapitel A)

Aachen

Christoph Ruckert

Stadtverwaltung – Strategische Umwelt- und Grünplanung

Annika Kubbilun

Stadtverwaltung – Stadterneuerung und Stadtgestaltung

Berlin

Thomas Helfen

Quartiersmanagement Flughafenstraße (Neukölln)/Stadtkümmerei GmbH

Olaf Korbjuhn

Bezirksamt Neukölln, Ordnungsamt

Christian Bärmann

Bezirksamt Neukölln, Koordinierungsstelle für Sicherheit und Ordnung

Anna Hermanns

Bezirksamt Neukölln, Stabsstelle der Bezirksbürgermeisterin

Essen

Andreas Bomheuer

ehem. Beigeordneter für Kultur, Integration und Sport

Simone Raskob

Beigeordnete für Umwelt und Bauen

Joachim Augustin

Fachbereichsleiter Grün und Gruga

Ronald Graf

Amtsleiter Stadtplanung und Bauordnung

Hamburg

Cornelia Peters

Amt für Naturschutz, Grünplanung und Energie,
Referat Gesamtstädtische Freiraumentwicklung NGE 12

Frithjof Büttner

BID-Beauftragter, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Markus Weiler

Abteilungsleiter Management des öffentlichen Raums,
Bezirksamt Hamburg-Mitte

Siegfried Krauß

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Projektgruppe
HafenCity

Hamm

Heinz-Martin Muhle

Planungsamtsleiter

Marcus Bijan-Irani

Tiefbau- und Grünflächenamt Hamm, Abteilung Grünflächen

Jörg Wiesemeier

Amtsleiter Ordnungs- und Wahlamt

Klaus Ernst

Leiter Stadtmarketing Hamm

Kiel

Gerwin Stöcken

Dezernent für Soziales, Wohnen, Gesundheit und Sport

Gerald Krysta

Stadtplanungsamt, Gestaltung des öffentlichen Raums

Ludwigsburg

Albert Geiger

Referatsleiter Nachhaltige Stadtentwicklung

Martin Kurt

Fachbereichsleiter Stadtplanung und Vermessung

Ulrike Schmidtgen

Referatsleiterin Tiefbau und Grünflächen

Mannheim

Peter Myrczik

Fachbereichsleiter Rat, Beteiligung und Wahlen

Dr. Hanno Ehrbeck

Abteilungsleiter Städtebauliche Planung

Klaus Schwennen

Abteilungsleiter Grünflächen,
stellvertretender Fachbereichsleiter Grünflächen und Umwelt

München

Martin Klamt

Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Ulrich Riedel

Grünplanung/Stadtsanierung

Florian Hochstätter

Sachgebietsleiter Hochbau H15 – Gestaltung öffentlicher Raum

Ruth Vesenbeckh

Stadtentwicklungsplanung, Soziale Grundsatzfragen,
Infrastruktur

Katja Beaujean

Stadtentwicklungsplanung, Mobilität, Verkehrsräume

Offenbach

Dr. Matthias Schulze-Boeing

Amtsleiter Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration,
Geschäftsführer Main.Arbeit kommunales Jobcenter Offenbach

Marion Rüber-Steins

Referatskoordinatorin Stadtentwicklung, Stadtplanungsamt

Interviewpartner und Interviewpartnerinnen Fallstudie Mannheim (Kapitel B)

Dr. Esther Baumgärtner

Quartiermanagement e.V.

Susanne Deß

Abendakademie

Klaus Eberle

Fachbereich Sicherheit und Ordnung

Karl Jung

Katholisches Stadtdekanat

Hendrik Meier

Nachtbürgermeister

Kenan Nalci

OMMA Ortsverein Marktplatz Mannheim e. V.

Wolfgang Ockert

Bürger- und Gewerbeverein östliche Innenstadt e. V.

Marco Otto

Stadtteilzeitschrift Lameyer

Hennes Reiß

Café Journal

Thomas Sprengel

Event & Promotion Mannheim GmbH

Jutta Weyl

Wirtschafts- und Strukturförderung, Einzelhandels- und Citymanagement

Eberhard Will

BÜRGERFRAKTION, Gemeinderat

Teilnehmende am Werkstattgespräch »Lärm, Littering & Co« (Kapitel C)

Aus den Kommunen

Dr. Esther Baumgärtner

Mannheim, Quartiermanagement e. V.

Marcus Bijan

Hamm, Abteilung Grünflächen

Holger Botz

Duisburg, Abteilung Stadtgestaltung/Stadtplanungsamt

Marc Heeb

Bern, Polizeiinspektorat

Heinz-Martin Muhle

Hamm, Stadtplanungsamt

Dr. Christoph Ruckert

Aachen, Strategische Umwelt-/Grünplanung

Cordula Simon

Berlin Neukölln, Stabsstelle Dialog & Zukunft

Jörg Wiesemeier

Hamm, Ordnungs- und Wahlamt

Vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin

Prof. Dr. Jürgen Aring

Dr. Thomas Kuder

Dr. Lars Wiesemann

Aus dem Forschungsteam (NetzwerkStadt und Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung der RWTH Aachen)

Dr. Friederike Fugmann

Ronja Klopmeier

Anna Scheurer

Prof. Dr. Klaus Selle

Literatur

- Arnold, Klaus (2000) Städtelob und Stadtbeschreibung im späteren Mittelalter und in der frühen Neuzeit. In: Peter Johanek (Hrsg.): Städtische Geschichtsschreibung im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit. Köln [Böhlau] S. 258-264
- Beck, Sebastian; Perry Thomas (2008): Studie Soziale Segregation. Nebeneinander und Miteinander in der Stadtgesellschaft. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung H.- 3/2008 S. 115 ff.
- Berding, Ulrich; Havemann, Antje; Pegels, Juliane; Perenthaler, Bettina (2010): Stadträume in Spannungsfeldern. Plätze, Parks und Promenaden im Schnittbereich öffentlicher und privater Aktivitäten. edition stadt|entwicklung. Detmold (Verlag Dorothea Rohn)
- Berding, Ulrich; Karow-Kluge, Daniela (2017): Begegnung in öffentlichen Räumen - Eine Annäherung an den Stand der Diskussion. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) H. 1/2017, S. 8-12
- BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) (Hg.) (2017): Weißbuch Stadtgrün. Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft. Berlin
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Martin Wentz (Hg.): Stadt-Räume. Frankfurt/New York S. 25 ff.
- Carmona, Matthew; Magalhaes, Claudio de; Hammond, Leo (2008): Public space: the management dimension. Oxon
- Chombart de Lauwe, Paul-Henry (1977): Aneignung, Eigentum, Enteignung. Sozialpsychologie der Raumanneignung und Prozesse gesellschaftlicher Veränderung. In: arch + H. 34 /1977 S. 2 ff.
- Dangschat, Jens S. (2011): Partizipation, Integration und öffentlicher Raum. In: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2011 12.12.2011. Bonn. URL: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/beitrag_dangschat_111212.pdf (02.04. 2019)
- Feyerabend, Paul (1976): Wider den Methodenzwang. Frankfurt [Suhrkamp]
- Feyerabend, Paul (1979): Erkenntnis für freie Menschen. Frankfurt [Suhrkamp]
- Fincher, Ruth; Iveson, Kurt (2008): Planning and Diversity in the City. Redistribution, Recognition and Encounter. Basingstoke.
- Freire, Paulo (1982): Creating alternative research methods: Learning to do it by doing it. In: Budd Hall, Arthur Gillette, Rajesh Tandon (Hg): Creating knowledge: A monopoly? New Delhi, S. 29 ff.
- Fugmann, Friederike, Karow-Kluge, Daniela; Selle, Klaus (2017): Öffentliche Räume in stadsgesellschaftlich vielfältigen Quartieren: Nutzung, Wahrnehmung und Bedeutung. vhw-Schriftenreihe Bd. 7. Aachen/Berlin
- Fugmann, Friederike; Ginski, Sarah; Selle, Klaus ; Thissen, Fee u. a. (2018): Multilaterale Kommunikation in Prozessen der Stadtentwicklung. Querauswertung von 50 Praxis-Beispielen. PT_Materialien H. 40|1 Aachen
- Fugmann, Friederike (2018): Multilaterale Kommunikation in Planungsprozessen öffentlicher Räume. Dissertation. RWTH Aachen
- Gehl, Jan (1987, zuerst 1980): Life between buildings. Using Public Space. 2. englische Aufl., Van Nordstrand Reinhold Company (Hg.), New York.
- Gehl, Jan (2010): Public spaces for a changing life. In: Antje Havemann, Klaus Selle (Hg.) (2010): Plätze, Parks & Co. Stadträume im Wandel – Analysen, Positionen und Konzepte. edition stadt|entwicklung. Detmold (Verlag Dorothea Rohn)
- Gehl, Jan; Svarre, Birgitte (2013): How to Study Public Life. Washington/Covelo/London.
- Hallenberg, Bernd; Rohland, Peter (2013): Herausforderung »Neue Soziale Kohäsion« in den Städten. Der Beitrag des Städte-netz-Projekts. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung H. 5 (Oktober – November) 2013 S.231-234
- Häußermann, Hartmut (2006): Integration - Desintegration. In: Aus Politik und Zeitgeschehen (APuZ) Ausgabe 40/41_2006
- Häußermann, Hartmut (2007 a): Effekte der Segregation. In: vhw Forum Wohneigentum H. 5/2007 S. 237
- Häußermann, Hartmut (2007 b): Lebendige Stadt, belebte Stadt oder inszenierte Urbanität? In: Peter Zlonicky u. a. (Hg.) Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik. Memorandum. Berlin/München S. 67 ff.
- Havemann, Antje; Selle, Klaus (Hg.) (2010): Plätze, Parks & Co. Stadträume im Wandel – Analysen, Positionen und Konzepte. edition stadt|entwicklung. Detmold (Verlag Dorothea Rohn)
- Healey, Patsy (2012a): Communicative Planning: Practices, Concepts, and Rhetorics. In: Sanyal Bishwapriya u. a. (Hg) Planning Ideas that Matter. Cambridge/London [MIT]

- Healey, Patsy (2012b) Performing Place Governance Collaboratively: Planning as a Communicative Process. In: Fischer/Gottweis (Hg) The Argumentative Turn revisited. Durham & London S. 58 ff.
- Heinze, Michael (2019): Käthes Garten – Gemeinschaftsgarten der degewo in der Berliner Gropiusstadt. In: Sinning, Heidi; Spars, Guido (Hg.): Sharing-Ansätze für Wohnen und Quartier. Stuttgart [Fraunhofer] S. 301 ff.
- Hertzsch, Wencke (2013): Transformation Öffentlicher Räume als planerische Integrationsaufgabe. In: Wissensplattform Stadtentwicklung. Stadt und Hochschule im Dialog. Werkstattberichte Stadt Wien Bd. 137. S. 146 f.
- Hirtenlehner, Helmut; Groß, Eva; Meinert, Julia (2016): Fremdenfeindlichkeit, Straflust und Furcht vor Kriminalität. Interdependenzen im Zeitalter spätmoderner Unsicherheit. In: Soziale Probleme H. 1/2016, S. 17–47
- Hirtenlehner, Helmut; Hummelsheim-Doss, Dina; Sessar, Klaus (2018): Kriminalitätsfurcht. Über Angst der Bürger vor dem Verbrechen. In: Dieter Hermann und Andreas Pöge (Hg.): Kriminalsoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. 1. Aufl. Baden-Baden [Nomos] S. 459–474.
- Hirtenlehner, Helmut; Groß, Eva (2018): Sichtbare ethnische Vielfalt und Furcht vor Kriminalität. In: Kriminalistik (8-9/2018), S. 526–531.
- Holzkamp, Klaus (1978): Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt a.M. [Suhrkamp]
- Jacobs, Jane (1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Berlin [Ullstein]
- Kaschuba, Wolfgang (2015): Urbane Identitäten oder: Stadtkultur als Vogel Pönix. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung H 1 (Januar – Februar) 2015, S. 2-6
- Kuder, Thomas (2019): Kommunalpolitik im Wandel. Versuch einer konstruktiven Einordnung im Lichte der Resonanztheorie. vhw WerkStadt No.30. Berlin [vhw]
- Löw, Martina (2018) Vom Raum aus die Stadt denken: Grundlagen einer raumtheoretischen Stadtsoziologie. Bielfeld [transcript]
- Luhmann, Niklas (1996) Die Realität der Massenmedien. Opladen [Westdeutscher Verlag]
- Massey, Doreen (2005): For Space. Los Angeles/London u. a. [Sage]
- Moser, Heinz; Helmut Ornauer (Hg) (1978): Internationale Aspekte der Aktionsforschung. München [Kösel] S. 173–189
- Rauterberg, Hanno (2002) Wohnzimmer ist überall. In: Die Zeit Nr. 3/2002; (auch: http://www.zeit.de/2002/03/Wohnzimmer_ist_ueberall) [Zugriff 10.4.2019]
- Rosa, Hartmut (2016) Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Frankfurt [Suhrkamp]
- Schnur, Olaf (2018): Renaissance des Lokalen – Quartiere im Fokus von Wissenschaft und Politik. vhw werkSTADT Nr. 25. Berlin [vhw]
- Selle, Klaus (2005): Planen, Steuern, Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmund [Dortmunder Vertrieb]
- Selle, Klaus (2018a): Stadt entwickeln. Arbeit an einer Gemeinschaftsaufgabe. edition stadt | entwicklung. Verlag Dorothea Rohn, Lemgo
- Selle, Klaus (2018b): Von Nolli bis heute: Die Bedeutung des öffentlichen Raumes in den Städten. In: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hg.) Europäische Stadt: Wandel und Werte. Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz Bd. 42, Berlin, S. 69-74
- Sennett, Richard (2018): Die offene Stadt. Eine Ethik des Bauens und Bewohnens. München [Hanser]
- Siebel, Walter (1997): Die Stadt der Zuwanderer. In: Häußermann, Hartmut; Oswald, Ingrid (Hg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Wiesbaden, S. 30-41.
- Siebel, Walter (2010): Urbanität. In: Dietrich Henckel u. a. (Hg.) Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch. Wiesbaden [VS] S. 533 ff
- Sinning, Heidi; Spars, Guido Hg. (2019): Sharing-Ansätze für Wohnen und Quartier. Nachhaltigkeitstransformation, kollaborative Konsummodelle und Wohnungswirtschaft. Stuttgart [Fraunhofer]
- Tessin, Wulf (2004): Freiraum und Verhalten. Soziologische Aspekte der Nutzung und Planung städtischer Freiräume. Eine Einführung. Wiesbaden [VS]
- Tessin, Wulf (2010): Zur Ideologie »uneigentlichen« Verhaltens im öffentlichen Freiraum. In: Antje Havemann und Klaus Selle (Hg.) (2010): Plätze, Parks & Co. edition stadt-entwicklung. Detmold [Verlag Dorothea Rohn] S. 264 ff.,
- Unger, Hella von (2014): Partizipative Forschung, Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden [VS]
- Vaiou, Dina; Kalandides, Ares (2009): Cities of »others«: public space and everyday practices. In: Geographica Helvetica. Jg. 64 2009/1. Zürich, S. 11-20.

Weichhart, Peter (2010): Raumkonstruktionen, »Turns« und Paradigmen. In: Karlheinz Wöhler, Andreas Pott, Vera Denzer (Hg.) Tourismusräume. Zur soziokulturellen Konstruktion eines globalen Phänomens. Bielefeld [transcript]

Whyte, William H. (1980): The social life of small urban spaces. Washington.

Wiebicke, Jürgen (2018): Zehn Regeln für Demokratie-Retter. Köln [Kiepenheuer & Witsch] 5. Auflage

Wiesemann, Lars (2015): Öffentliche Räume und Diversität. Geographien der Begegnung in einem migrationsgeprägten Quartier – das Beispiel Köln-Mülheim. Berlin [Lit-Verlag]

Ziegler, David; Weißpflug, Maike (2018): Citizen Science in Deutschland – Alte und neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements in den Wissenschaften. In: Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland (hgg. vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement) 20/2018

Impressum

Auftragnehmer und Auftraggeber:

Ein Forschungsprojekt von NetzwerkStadt GmbH
in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Planungstheorie und
Stadtentwicklung an der RWTH Aachen, beauftragt von und
in Zusammenarbeit mit dem vhw – Bundesverband für Wohnen
und Stadtentwicklung e. V. (vhw)

Bearbeitung:

Abschnitt A (2017/2018): Friederike Fugmann, Smina Gahlen,
Daniela Karow-Kluge, Anna Christina Scheurer, Klaus Selle
Abschnitt B (2018): Friederike Fugmann, Smina Gahlen,
Ronja Klopmeier, Anna Christina Scheurer, Klaus Selle, unter
Mitwirkung von Derya Erdogan
Abschnitt C (2018): Friederike Fugmann, Ronja Klopmeier,
Klaus Selle
Abschnitt D (2019): Klaus Selle
Redaktion des Gesamtberichts: Ronja Klopmeier und Klaus Selle

Berlin/Schwerte, Juni 2019

ISBN: 978-3-87941-998-2

Anmerkungen zur Schreibweise:

Wenn im Rahmen dieser Arbeit von Bewohnern, Nutzern,
Gesprächspartnern etc. die Rede ist, sind damit selbstverständ-
lich immer auch Bewohnerinnen, Nutzerinnen, Gesprächspart-
nerinnen etc. gemeint. Auf eine explizite Benennung wird aus
Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet.

Anmerkungen zu Fotos und Abbildungen:

Wenn nicht anders vermerkt, sind die Auftragnehmer dieser
Studie Urheber der erstellten Abbildungen.

Kartedaten: ©OpenStreetMap
www.openstreetmap.org/copyright

Gestaltung / Druck:

Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim





